

**BEITRITT ZUM UNO-ÜBEREINKOMMEN GEGEN TRANSNATIONALE
ORGANISIERTE KRIMINALITÄT, ZUM ZUSATZPROTOKOLL ZUR
VERHINDERUNG UND BESTRAFUNG DES MENSCHENHANDELS,
INSBESONDERE DES HANDELS MIT FRAUEN UND KINDERN, UND
ZUM ZUSATZPROTOKOLL GEGEN DEN MENSCHENSCHMUGGEL
AUF DEM LAND-, LUFT- UND SEEWEG**

Bericht und Vorentwurf

Bern, November 2003

Übersicht

Prägende Ereignisse der jüngeren Vergangenheit, wie das Ende des Ost-West-Konfliktes und der daraus entstandene beschleunigte Globalisierungsprozess, haben auch die Kriminalitätsentwicklung beeinflusst. Die organisierte Kriminalität hat die innerstaatliche Dimension überschritten, sie zeigt zunehmend transnationale Auswirkungen und hat sich zu einem der grossen Probleme internationaler Politik entwickelt. Auch die Schweiz ist von dieser Entwicklung nicht verschont geblieben. Zum Zwecke der effizienten Bekämpfung der organisierten Kriminalität sind namentlich folgende strafrechtliche Massnahmen ergriffen worden: Die Unterstützung und Beteiligung an einer organisierten kriminellen Organisation wurde unter Strafe gestellt, der Zugriff auf die finanzielle Basis des organisierten Verbrechens wurde verstärkt, insbesondere durch Bestrafung von Geldwäscherei und Korruption sowie durch die Verstärkung der Beschlagnahme und Einziehung der deliktisch erworbenen Erträge. Weiter wurde kürzlich die Verantwortlichkeit der juristischen Person für die Teilnahme an entsprechenden Delikten eingeführt. Ferner bestehen seit Anfangs 2002 zusätzliche Bundeskompetenzen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens und komplexer Wirtschaftskriminalität. Allerdings kann der repressive Ansatz allein nicht den erhofften Rückgang solcher Straftaten bewirken. Vielmehr bedarf eine wirksame Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität auch zielgerichtete und koordinierte Strategien der Prävention und einer engen Zusammenarbeit auf nationaler und insbesondere auch auf internationaler Ebene.

Bislang gab es noch kein weltweites Instrument, welches spezifische Massnahmen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität zum Gegenstand hatte. Diese Lücke wird durch das vorliegende Übereinkommen geschlossen. Es vermindert die Unterschiede unter den nationalen Gesetzssystemen und setzt Standards für die innerstaatlichen Rechte. Weiter strebt es eine verbesserte und intensivere Zusammenarbeit unter den Staaten an, um die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität effektiver bekämpfen zu können.

Zur Erreichung dieses Ziels verpflichten sich die Vertragsstaaten insbesondere dazu, die Beteiligung an einer kriminellen Organisation unter Strafe zu stellen, die vorsätzliche Geldwäscherei strafbar zu erklären, die Strafbarerklärung der vorsätzlichen aktiven und passiven Korruption ausländischer Amtsträger zu prüfen, juristische Personen strafrechtlich, zivilrechtlich oder administrativ zu belangen, die Einziehung von deliktisch erlangten Vermögenswerten sicherzustellen, die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene in diesen Bereichen zu verbessern und sich um Präventionsmassnahmen zu bemühen.

Die Konvention wird durch die Zusatzprotokolle betreffend Menschenhandel, Menschenschmuggel und Feuerwaffen ergänzt. Das Feuerwaffenprotokoll ist nicht Gegenstand dieser Vorlage.

Das Zusatzprotokoll gegen Menschenhandel befasst sich mit dem Kampf gegen den Handel mit Menschen zum Zwecke ihrer Ausbeutung, wobei Frauen und Kindern besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Ausbeutung kann sexueller oder anderer Art sein (Arbeitsleistung, Entnahme von Organen). Strafbarkeit des Handels, Prävention, Opferschutz und Zusammenarbeit unter den Vertragsstaaten sind die wichtigsten Inhalte dieses Protokolls. Es findet Anwendung auf Delikte

grenzüberschreitender Natur, an welchen eine organisierte kriminelle Gruppe mitwirkt.

Das Zusatzprotokoll gegen Menschenmuggel enthält namentlich die Verpflichtung, den illegalen und ausbeuterischen grenzüberschreitenden Schmuggel von Migrantinnen und Migranten und die Herstellung oder Beschaffung von gefälschten Dokumenten zu diesem Zweck unter Strafe zu stellen. Zudem haben die unterzeichnenden Länder Massnahmen auf den Gebieten des Informationsaustausches, der Grenz- und Dokumentensicherheit, der Prävention, der Aus- und Weiterbildung sowie der technischen Kooperation zu treffen. Die Staaten verpflichten sich ferner, Opferschutz zu gewähren sowie ihre eigenen Staatsangehörigen und Angehörige von Drittstaaten mit einem Anwesenheitsrecht zurückzunehmen.

Bereits das geltende schweizerische Recht genügt den Ansprüchen des Übereinkommens gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und der beiden Zusatzprotokolle gegen Menschenhandel und Menschenmuggel weitgehend. Mit dem Inkrafttreten des revidierten Tatbestandes des Menschenhandels wird es den Anforderungen vollumfänglich genügen. Das schweizerische Recht erfüllt darüber hinaus bereits heute verschiedene Anforderungen, welche das Übereinkommen als fakultative Weiterentwicklung der landesrechtlichen Gesetzgebung postuliert. Die Schweiz kann mit dem Beitritt zum Übereinkommen und zu den beiden Zusatzprotokollen einen wichtigen Beitrag zur wirksameren Bekämpfung des organisierten Verbrechens auf internationaler Ebene leisten. Ausserdem liegt es im Interesse unseres Landes, dass die bei uns geltenden Standards - so insbesondere bei der Bekämpfung der Geldwäscherei oder der grenzüberschreitenden Korruption - auch von anderen Staaten respektiert werden, dies insbesondere auch mit Blick auf die Wettbewerbsgleichheit.

Inhaltsverzeichnis

Übersicht	2
1. Einleitung	7
1.1. Lage und Gegenmassnahmen der Schweiz bei der Bekämpfung grenzüberschreitender organisierter Kriminalität, Menschenhandel und Menschenschmuggel	7
1.1.1. Organisierte Kriminalität	7
1.1.1.1. Lage international	7
1.1.1.2. Lage national	8
1.1.1.3. Massnahmen der Schweiz	10
1.1.2. Menschenhandel	11
1.1.2.1. Lage international	11
1.1.2.2. Lage national	12
1.1.2.3. Massnahmen der Schweiz	13
1.1.3. Menschenschmuggel	14
1.1.3.1. Lage international	14
1.1.3.2. Lage national	15
1.1.3.3. Massnahmen der Schweiz	15
1.2. Die Rolle der Vereinten Nationen im Kampf gegen die transnationale organisierte Kriminalität	16
1.3. Die internationalen Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität	16
1.3.1. Übereinkommen der Vereinten Nationen	17
1.3.2. Regionale Übereinkommen	17
1.3.3. Empfehlungen des Europarates	18
1.4. Die Schweiz und der Beitritt zum Übereinkommen und zu den Zusatzprotokollen	19
2. Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität	20
2.1. Allgemeiner Teil	20
2.1.1. Entstehung des Übereinkommens	20
2.1.2. Die Schweiz und die Vorarbeiten zum Übereinkommen	20
2.1.3. Inhalt und Bedeutung des Übereinkommens	21
2.1.4. Verhältnis des Übereinkommens zu den Zusatzprotokollen	22
2.2. Besonderer Teil: Die wichtigsten Bestimmungen des Übereinkommens und ihr Verhältnis zum schweizerischen Recht	22
2.2.1. Zweck (Art. 1)	22
2.2.2. Begriffsbestimmungen (Art. 2)	22
2.2.3. Geltungsbereich (Art. 3)	24
2.2.4. Schutz der Souveränität (Art. 4)	25
2.2.5. Kriminalisierung der Beteiligung an einer organisierten kriminellen Gruppe (Art. 5)	25
2.2.6. Kriminalisierung des Waschens der Erträge aus Straftaten und Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei (Art. 6 und 7)	26
2.2.6.1. Kriminalisierung des Waschens der Erträge aus Straftaten (Art. 6)	26
2.2.6.2. Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei (Art. 7)	28
2.2.7. Kriminalisierung der Korruption und Massnahmen gegen die Korruption (Art. 8 und 9)	30
2.2.8. Verantwortlichkeit juristischer Personen (Art. 10)	32

2.2.9.	Strafverfolgung, Aburteilung und Sanktionen (Art. 11)	33
2.2.10.	Einziehung und Beschlagnahme (Art. 12)	34
2.2.11.	Internationale Zusammenarbeit zum Zwecke der Einziehung (Art. 13)	35
2.2.12.	Verfügung über eingezogene Erträge aus Straftaten oder Vermögensgegenstände (Art. 14)	36
2.2.13.	Gerichtsbarekeit (Art. 15)	37
2.2.14.	Auslieferung (Art. 16)	38
2.2.15.	Überstellung verurteilter Personen (Art. 17)	40
2.2.16.	Rechtshilfe (Art. 18)	40
2.2.17.	Gemeinsame Ermittlungen (Art. 19)	42
2.2.18.	Besondere Ermittlungsmethoden (Art. 20)	42
2.2.19.	Kriminalisierung der Behinderung der Justiz (Art. 23)	43
2.2.20.	Zeugenschutz (Art. 24)	44
2.2.21.	Hilfe und Schutz für Opfer (Art. 25)	45
2.2.22.	Massnahmen zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden (Art. 26)	46
2.2.23.	Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Art. 27)	47
2.2.24.	Sammlung, Austausch und Analyse von Informationen über das Wesen der organisierten Kriminalität (Art. 28)	48
2.2.25.	Ausbildung und technische Hilfe (Art. 29)	49
2.2.26.	Sonstige Massnahmen: Anwendung des Übereinkommens durch wirtschaftliche Entwicklung und technische Hilfe (Art. 30)	49
2.2.27.	Prävention (Art. 31)	50
2.2.28.	Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens (Art. 32)	51
2.2.29.	Anwendung des Übereinkommens (Art. 34)	51
2.2.30.	Schlussbestimmungen (Art. 35-41)	51
3.	Protokoll zur Verhinderung, Unterdrückung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Kindern	53
3.1.	Allgemeiner Teil	53
3.1.1.	Bedeutung, Entstehung und Inhalt des Zusatzprotokolls	53
3.2.	Besonderer Teil: Die wichtigsten Bestimmungen des Zusatzprotokolls und ihr Verhältnis zum schweizerischen Recht	53
3.2.1.	Verhältnis zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Art. 1)	53
3.2.2.	Zweck (Art. 2)	54
3.2.3.	Begriffsbestimmungen (Art. 3)	54
3.2.4.	Geltungsbereich (Art. 4)	55
3.2.5.	Kriminalisierung (Art. 5)	56
3.2.6.	Hilfe und Schutz für die Opfer des Menschenhandels (Art. 6)	56
3.2.7.	Rechtsstellung der Opfer des Menschenhandels in den Aufnahmestaaten (Art. 7)	57
3.2.8.	Rückführung der Opfer des Menschenhandels (Art. 8)	57
3.2.9.	Verhütung des Menschenhandels (Art. 9)	58
3.2.10.	Informationsaustausch und Ausbildung (Art. 10)	59
3.2.11.	Massnahmen an den Grenzen (Art. 11)	59
3.2.12.	Sicherheit und Kontrolle von Dokumenten (Art. 12)	61
3.2.13.	Rechtmässigkeit und Gültigkeit von Dokumenten (Art. 13)	61
3.2.14.	Schlussbestimmungen (Art. 14-20)	61

4.	Protokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	63
4.1.	Allgemeine Bestimmungen	63
4.1.1.	Bedeutung, Entstehung und Inhalt des Zusatzprotokolls	63
4.2.	Besonderer Teil: Die wichtigsten Bestimmungen des Protokolls und ihre Bezüge zum schweizerischen Recht	63
4.2.1.	Verhältnis zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die transnationale organisierte Kriminalität	63
4.2.2.	Zweck (Art. 2)	63
4.2.3.	Begriffsbestimmungen (Art. 3)	64
4.2.4.	Geltungsbereich (Art. 4)	64
4.2.5.	Strafrechtliche Verantwortlichkeit der Migranten (Art. 5)	64
4.2.6.	Kriminalisierung (Art. 6)	64
4.2.7.	Schleusung der Migranten auf dem Seeweg (Art. 7-9)	66
4.2.8.	Information (Art. 10)	67
4.2.9.	Massnahmen an den Grenzen (Art. 11)	67
4.2.10.	Sicherheit und Kontrolle von Dokumenten (Art. 12)	67
4.2.11.	Rechtmässigkeit und Gültigkeit von Dokumenten (Art. 13)	67
4.2.12.	Ausbildung und technische Zusammenarbeit (Art. 14)	67
4.2.13.	Sonstige Verhütungsmassnahmen (Art. 15)	68
4.2.14.	Schutz- und Hilfsmassnahmen (Art. 16)	69
4.2.15.	Rückführung geschleuster Migranten (Art. 18)	70
4.2.16.	Schlussbestimmungen (Art. 19-25)	71
5.	Auswirkungen	73
5.1.	Finanzielle und personelle Auswirkungen	74
5.2.	Volkswirtschaftliche Auswirkung	74
5.3.	Auswirkungen auf die Informatik	74
5.4.	Auswirkungen auf die Kantone	74
6.	Legislaturplanung	74
7.	Verhältnis zum europäischen Recht	74
7.1.	Europäische Union	74
7.2.	Europarat	74
8.	Verfassungsmässigkeit	75
	Bundesbeschluss	76
	Anhang	77

1. Einleitung

1.1. Lage und Gegenmassnahmen der Schweiz bei der Bekämpfung grenzüberschreitender organisierter Kriminalität, Menschenhandel und Menschenschmuggel

1.1.1. Organisierte Kriminalität

1.1.1.1. Lage international

Angesichts hoher Mobilität, moderner Kommunikationsmittel, wirtschaftlicher Anreize und globaler Nachfrageeffekte hat die organisierte Kriminalität die innerstaatliche Dimension überschritten und zeigt zunehmend transnationale Auswirkungen. Die heutige Kriminalitätsentwicklung reflektiert den internationalen Umbruch. Dieser ergab sich zum einen aus dem Ende des Ost-West-Konflikts mit dem Zusammenbruch von Rechtsordnungen in osteuropäischen - aber auch in zentralasiatischen und afrikanischen - Ländern. Zum andern korreliert dieser Umbruch mit dem beschleunigten Globalisierungsprozess. Als Reaktion auf die neue Gefahrenkonstellation durch nichtmilitärische Gefährdungspotenziale forderten die EU-Regierungschefs erstmals 1995 am Gipfel in Cannes einen weiter gefassten Sicherheitsbegriff. Nebst der Bekämpfung des Terrorismus verlangten sie explizit eine verstärkte Kooperation beim Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität.

Ursprünglich ging man bisher im Wesentlichen von fünf grossen Strukturen der organisierten Kriminalität aus. Die ältesten sind die allgemein bekannten chinesischen Triaden. Weitere Strukturen sind die italienische Mafia (mit all den mit ihr verwandten Organisationen wie Camorra, N'drangheta usw.), die japanischen Jakuzas, die lateinamerikanischen Drogenkartelle und die verschiedenen, unter dem Oberbegriff "osteuropäische Mafia" subsumierten Gruppen aus den Mitgliedsländern der Gemeinschaft der unabhängigen Staaten (GUS) sowie aus weiteren Ländern Mittel- und Osteuropas. Viele Merkmale dieser Organisationen stimmen weitgehend überein. Sie sind vielfach nach einem ähnlichen Schema aufgebaut und arbeiten in vergleichbarer Weise. Jedoch sind heute Anzeichen eines Strukturwandels zu erkennen, und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität hat eine dem Terrorismus ähnliche Transformation vollzogen: Vielfach dominieren zur Zeit statt der grossen patriarchalisch geführten Kartelle und Mafia-Gruppen stark arbeitsteilige Netzwerke von Kleingruppen. Diese Organisationsform erlaubt ein rascheres Reagieren auf staatliche Repression und auf Marktveränderungen. Die internationale Verflechtung und grenzüberschreitende Arbeitsteilung haben mit wenigen Ausnahmen die Bedeutung von familiären und ethnischen Bindungen in der organisierten Kriminalität teilweise relativiert. Die Abgrenzung zwischen diesen Gruppen erfolgt oft weniger territorial, wie es beispielsweise in Süditalien, Kolumbien oder in der Stadt Chicago früher ausgeprägt der Fall war, sondern eher funktional. So treten kolumbianische Kartelle als Exporteure von Kokain auf, afghanische als Produzenten von Heroin, italienische Mafiosi als Schutzgelderpresser und nigerianische, türkische, kurdische, albanische sowie russische Gruppierungen als zentrale Zwischenhändler für Drogen und Menschenschmuggler. Diese funktionale Arbeitsteilung entschärft Konflikte

zwischen den kriminellen Gruppen. Auseinandersetzungen treten aber nach wie vor dort auf, wo neue kriminelle Unternehmen in von anderen Gruppen besetzte Märkte vorzudringen versuchen. So konnten Konflikte bei der Ausweitung der Aktivitäten albanischer krimineller Gruppen in den von kurdischen und türkischen Organisationen beherrschten europäischen Heroinhandel oder beim Vordringen der russischen Mafia in traditionell von der italienischen Mafia dominierte Geschäftsbereiche beobachtet werden.

Die besondere Gefahr der transnationalen organisierten Kriminalität liegt zum einen im Versuch, Regierungen zu unterwandern, zu kontrollieren und zu korrumpieren. Die andere international bedeutende politische Dimension transnationaler organisierter Kriminalität liegt in ihrer Rolle als Zwischenhändler und als Lieferant von Waffen für private Gewaltakteure und Terrorgruppen.

Das Ausmass organisierter Kriminalität ist sehr umstritten. Dies liegt an der Datenlage, da es wegen der Illegalität der Aktivitäten und der Abschottung der Gruppierungen fast unmöglich ist, zuverlässige quantitative Angaben über die organisierte Kriminalität zu erheben. Sie nützt besondere Gewinnmöglichkeiten aus und verstösst gegen staatliche Regulierung und Einschränkung bei bestimmten Geschäftsaktivitäten. Dabei ist sie vor allem in folgenden Geschäftsfeldern aktiv: Drogenproduktion und -handel, Menschenhandel und -schmuggel, Waffenhandel, Kunsthandel, Zigarettenschmuggel, Fälschungen und Finanzbetrug. Allein das Marktvolumen des illegalen Handels mit Drogen wird auf weltweit rund 600 Milliarden Franken geschätzt. Ein weiterer zentraler Bereich der transnationalen organisierten Kriminalität ist die Geldwäscherei. Jährlich durchlaufen nach Schätzungen von Fachleuten weltweit zwischen 1'200 und 3'000 Milliarden Franken, die aus Straftaten stammen, Geldwäschereiprozesse¹. Selbst wenn die realen Umsatzzahlen der organisierten Kriminalität am unteren Grenzwert der Schätzungen liegen würden, unterstreichen sie doch eindrucksvoll ihre internationale wirtschaftliche Relevanz. Das Gefährdungsszenario nur auf eine mögliche Destabilisierung der Wirtschaft zu reduzieren, wäre zudem verfehlt, da von den negativen Auswirkungen die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche betroffen sind.

1.1.1.2. Lage national

Organisierte Kriminalität mit ihrem meist grenzüberschreitenden Charakter stellt eine Bedrohung für die internationale Staatengemeinschaft und damit auch für die Schweiz dar. Zwar liegen keine Anhaltspunkte darüber vor, dass internationale kriminelle Organisationen derzeit die politischen Institutionen oder die legale Wirtschaft in der Schweiz unterwandert hätten. Es wird jedoch immer wieder versucht, Gelder aus illegalen Tätigkeiten in der Schweiz zu deponieren. Zudem sind verschiedene ausländische Gruppierungen, die der organisierten Kriminalität zugeordnet werden können, in der Schweiz präsent. Der hohe Grad internationaler Verflechtung krimineller Aktivitäten widerspiegelt sich deutlich im Bereich der Rechtshilfe: Besonders bei bedeutenderen internationalen Fällen richten ausländische Strafverfolgungsbehörden regelmässig Rechtshilfeersuchen auch an die Schweiz. Es gibt denn auch einige Fälle von Rechtshilfe und Auslieferung zu

¹ Diese Zahlenangaben sowie weitere Angaben und Lagebeurteilungen unter dieser und den folgenden Ziffern stammen teilweise aus vertraulichen Quellen oder sind Erkenntnisse aus vertraulichen strategischen Analyseberichten des EJPD der Jahre 2001/2002.

Artikel 260ter des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937². Im Bereich der Rechtshilfe beziehen sich die meisten Gesuche auch auf andere kriminelle Handlungen wie Betäubungsmittelhandel, Waffenhandel oder Geldwäscherei. Die Schweiz hat in solchen Fällen mehrmals Rechtshilfe geleistet. So wurde in einem Fall Italien Rechtshilfe geleistet³ und die Auslieferung gewährt⁴, namentlich für die Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation. Kürzlich hat die Schweiz auch einen Anführer der terroristischen Organisation der „Roten Brigaden“⁵, dessen Verhalten unter Artikel 260ter StGB fällt, an Italien ausgeliefert. Das Bundesgericht hat diesbezüglich präzisiert, dass diese Bestimmung grundsätzlich auch auf terroristische Gruppierungen anwendbar ist⁶. Die Schweiz hat zudem namentlich die Auslieferung eines aktiven ETA-Mitgliedes an Spanien gewährt, ebenfalls gestützt auf Artikel 260ter StGB.

Es hat sich gezeigt, dass bestimmte ethnische Gruppen, namentlich solche aus Albanien, in organisierte Kriminalität verstrickt sind und in der Kriminalitätsentwicklung in der Schweiz eine bedeutende Rolle einnehmen. Diese Gruppen sind deliktsübergreifend aktiv und verfügen über bewegliche und teilweise sehr gut ausgebaute Netzwerke von einem relativ hohen Organisationsgrad. Die national beziehungsweise ethnisch geprägten Täterstrukturen weisen überwiegend zwei oder drei Hierarchiestufen auf. Zwischen hierarchisch strukturierten Gruppierungen bestehen darüber hinaus vielfach horizontale Beziehungsnetze, innerhalb deren kooperiert wird. In ihrer grössten organisatorischen Ausprägung sind sie grenzüberschreitend tätig. Auch kleinere Gruppen mit einer zwar klaren, aber flacheren Hierarchie und einer eher beweglichen Organisation verfügen über Auslandbezüge. Das Schwergewicht ihrer Aktivitäten liegt im Drogenhandel, wo sie zu rund 80 Prozent den Heroinhandel dominieren. Sie benützen die gleichen Netzwerke jedoch auch für die Abwicklung von Menschenhandel und Schmuggelgeschäften. Verschiedene Verfahren weisen zudem auf die Verwicklung von Reisebüros in ethnisch albanischem Besitz in Geldwäscherei hin. Speziell gilt dies für den Transfer von Geldern aus dem Drogenhandel und für deren Reinvestition in den Ursprungsländern. Es liegen auch Hinweise zu Aktivitäten ethnisch albanischer krimineller Gruppen im Bereich des Waffenhandels vor.

Kriminelle Organisationen und Gruppen aus Russland und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) üben in der Schweiz soweit ersichtlich kaum basiskriminelle Aktivitäten aus. Hingegen wird der Finanzplatz Schweiz von diesen Organisationen häufig als Drehscheibe für Geldwäscherei missbraucht. Jährlich fallen zudem gesamthaft zwischen 120'000 und 200'000 Frauen aus südost- und osteuropäischen Staaten dem Frauenhandel zum Opfer. Die Zahl der Russinnen und Ukrainerinnen, die mit einem Künstlerinnenvisum zur Arbeit in einem Kabarett oder Nachtclub in die Schweiz einreisen, ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Viele Frauen reisen auch mit einem Touristenvisum ein. Es deutet alles darauf hin, dass es sich um organisierten Frauenhandel handelt und dass viele dieser Frauen zur Prostitution gezwungen werden.

² StGB, **SR 311.0**

³ Insbesondere BGE 1A 326 und 327/2000, die sich für die neuste Entwicklung der doppelten Strafbarkeit betreffend Art. 260ter StGB auf BGE 1A 328/2000 beziehen.

⁴ BGE 1A 328/2000

⁵ BGE 128 II 355 und 125 II 569.

⁶ BGE 125 II 569 Erw. 5c S. 574.

Zunehmend sind auch Aktivitäten krimineller Gruppierungen west- und zentralafrikanischer Herkunft. Die Strukturen sind in ihrem Aufbau global angelegt, äusserst dynamisch, stark vernetzt und sehr flexibel. In der Schweiz beteiligen sich westafrikanische Gruppierungen hauptsächlich am Drogenhandel und dominieren dabei den Strassenhandel mit Kokain. Sie sind aber auch an Betrugsdelikten beteiligt, besonders an Vorschussbetrügen, wozu Fälschungen von Dokumenten aller Art begangen werden. Gruppierungen aus Zentralafrika haben sich auf Betrug durch Missbrauch von Informationen spezialisiert.

Wenn auch keine direkte Durchdringung der Schweiz durch organisierte Kriminalität feststellbar ist, bleibt das Risiko bestehen, dass kriminelle Organisationen die hohe Dienstleistungsqualität des Finanzplatzes Schweiz missbrauchen.

1.1.1.3. Massnahmen der Schweiz

Die Schweiz erachtet die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität mit ihren Begleiterscheinungen und die entsprechende Prävention seit langem als eine sehr wichtige Aufgabe. Die besondere Herausforderung solcher moderner Kriminalitätsformen liegt aber nicht allein darin, das materiellrechtliche Instrumentarium anzupassen; die Schweiz ist diesbezüglich auf einem beachtlichen Stand. Vielmehr verlangen diese Verbrechensformen nach vermehrter Koordination im In- und Ausland und nach ausgeprägtem Spezialwissen, v.a. auf finanztechnischem Gebiet.

Der Bund hat seit den achziger Jahren damit begonnen, ein Dispositiv gegen diese neuen Kriminalitätsarten aufzubauen. Dazu gehören insbesondere die 1990 in Kraft gesetzten Geldwäschereinormen des Strafgesetzbuches⁷. Hinzu kam 1994 ein zweites Massnahmepaket gegen Geldwäscherei und organisiertes Verbrechen. Dieses stellt die Beteiligung an einer Verbrechensorganisation unter Strafe⁸, schafft beachtliche Beweiserleichterungen für die Einziehung⁹ und statuiert das Recht des Finanzintermediärs, Wahrnehmungen, die darauf schliessen lassen, dass Vermögenswerte aus einem Verbrechen herrühren, den zuständigen Behörden zu melden¹⁰. Seit anfangs 1995 ist das totalrevidierte Vermögensstrafrecht in Kraft, das auch neue deliktische Spielarten wie die Computerkriminalität erfasst. Ausserdem ist seit dem 1. April 1998 das Bundesgesetz vom 10. Oktober 1997 zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor¹¹ in Kraft. Das Gesetz schafft für den gesamten Finanzsektor einen einheitlichen Standard der Sorgfaltspflichten, die zur Bekämpfung der Geldwäscherei eingehalten werden müssen (Identifizierungspflicht, Dokumentationspflicht usw.). Liegen Verdachtsgründe für geldwäschereiverdächtige Machenschaften vor, so besteht für die Finanzintermediäre die Pflicht, den Vorfall der Meldestelle für Geldwäscherei zu melden, welche ihrerseits die Strafverfolgungsbehörden orientiert. Weiter hat der Bund mit dem Erlass des Bundesgesetzes vom 7. Oktober 1994 über

⁷ Art. 305bis und ter StGB.

⁸ Art. 260ter StGB.

⁹ Art. 58 f. StGB.

¹⁰ Art. 305ter Abs. 2 StGB.

¹¹ GwG, SR 955.00.

kriminalpolizeiliche Zentralstellen des Bundes¹² und der gestützt darauf eingerichteten Zentralstelle zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens die Möglichkeit geschaffen, die Kantone durch Informationen, Analyse und Koordination im Kampf gegen das organisierte Verbrechen zu unterstützen. Die Drogendatenbank JANUS¹³ bietet insbesondere den Kantonen bei ihren Ermittlungen gegen den illegalen Betäubungsmittelhandel rasche und effiziente Unterstützung. Schliesslich wurde das Bundesgesetz über die verdeckte Ermittlung¹⁴ im Sommer 2003 vom Parlament verabschiedet.

Auf internationaler Ebene arbeitet die Schweiz seit jeher aktiv an der Bekämpfung der Geldwäscherei mit. Sie war seit Beginn an den Arbeiten der Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) beteiligt und betätigt sich weiterhin in diesem Gremium. Die Empfehlungen dieser von den G7-Ländern eingesetzten Gruppe für die Bekämpfung der Geldwäscherei hat unser Land anerkanntermassen gut erfüllt. Anlässlich der Plenarsitzung in Berlin vom 18. – 20. Juni 2003 wurde die Totalrevision der 40 Empfehlungen genehmigt. Die überarbeiteten Empfehlungen setzen neue internationale Standards im Kampf gegen die Geldwäscherei. Das Resultat dieser Verhandlungen ist für die Schweiz insgesamt positiv. Die Schweiz hat sodann 1993 das Übereinkommen Nr. 141 des Europarates über Geldwäscherei, Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten¹⁵ ratifiziert. Weiter setzt unser Land im Ausland Polizeiattachés ein¹⁶, welche die Behörden der Schweiz, des Gastlandes und internationale Organisationen (z.B. Interpol) in wichtigen Fällen internationaler Kriminalität unterstützen. Die Schweiz hat ferner in den letzten Jahren die Prävention und Repression der Korruption fortlaufend verstärkt. Im Zentrum steht das am 1. Mai 2000 in Kraft getretene neue Korruptionsstrafrecht¹⁷, womit unter anderem die aktive Bestechung ausländischer Amtsträger strafbar geworden ist. Diese Revision ermöglichte es der Schweiz, am 31. Mai 2000 dem OECD-Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr beizutreten. Das Strafrechtsübereinkommen des Europarates gegen Korruption wurde vom Bundesrat am 26. Februar 2001 unterzeichnet. Ein Vorentwurf zur Ratifikation und Umsetzung dieser Konvention wurde im Herbst 2003 in die Vernehmlassung gegeben. Schliesslich wurde mit dem totalrevidierten Rechtshilfegesetz¹⁸, in Kraft seit 1. Januar 1997, auch die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der organisierten Kriminalität stark verbessert.

1.1.2. Menschenhandel

1.1.2.1. Lage international

Kaum ein anderes Menschenrechtsthema hat in den letzten Jahren so viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen wie der Menschenhandel. In der zunehmend

¹² Zentralstellengesetz, ZentG, SR 360.

¹³ Verordnung vom 30.11.2001 über das Informationssystem der Bundeskriminalpolizei (JANUS-VO), SR 360.2.

¹⁴ BVE, BBl 2003 4465, vgl. auch BBl 1998 4241, insb. 4317.

¹⁵ Europaratsübereinkommen Nr. 141, SR 0.311.53.

¹⁶ Die Polizeiattachés sind stationiert in Prag, Rom, Washington (2) und Wiesbaden sowie bei Interpol in Lyon. Für 2004 ist die Entsendung eines Polizeiattachés nach Thailand geplant.

¹⁷ Art. 322ter - 322 octies StGB.

¹⁸ Bundesgesetz vom 20.3.1981 über internationale Rechtshilfe in Strafsachen, IRSG, SR 351.1.

globalisierten Welt mit gleichzeitig asymmetrisch wachsenden Bevölkerungen verlassen Menschen aus armen Ländern und aus Konfliktgebieten vermehrt ihre Heimatländer, um sich vor den Gefahren von Kriegen zu schützen und ihre Lebenschancen anderswo zu verbessern. Zu den Hauptursachen für diese Entwicklung gehören Armut und Arbeitslosigkeit in den Herkunftsländern sowie die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften und nach Frauen für das Erotikgewerbe in den Zielländern.

Laut einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen (Oktober 2002) hat sich die Zahl der sich ausserhalb ihres Geburtslandes befindenden Menschen seit 1975 auf 175 Millionen verdoppelt. Der beliebteste Kontinent für diese Personen ist Europa, das im letzten Viertel des letzten Jahrtausends 56 Millionen Einwanderer aufgenommen hat.

1.1.2.2. Lage national

Gemäss Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) gelangen jährlich zwischen 1'500 und 3'000 Menschen als Opfer von Menschenhändlern in die Schweiz. Die Opfer des Menschenhandels werden von international tätigen kriminellen Organisationen nach Westeuropa gebracht. Auch kleinere, oft familiär oder ethnisch geprägte Gruppen organisieren den Handel mit Menschen in die Schweiz. Im Herkunftsland rekrutieren diese Gruppen ihre Opfer, mehrheitlich Frauen und auch Kinder, oft in der Familie (Töchter, Cousinen usw.), im näheren Umfeld der Familie, in Klubs oder über Anzeigen. In der Schweiz bestehen Kontakte zu in der Schweiz lebenden Verwandten oder Landsleuten, die im Prostitutionsmilieu tätig sind oder die Inhaber von Saunas, Salons oder Kabarettts kennen. In einzelnen Fällen ist die Zahl der Menschen, mit denen diese kleinen Gruppen Handel treiben, überraschend hoch. Ein im Kanton Tessin lebendes Paar - eine Lettin und ein Italiener - schleuste, unterstützt von einem Mittelsmann in Italien, zwischen 1998 und 2000 gegen siebzig Frauen aus osteuropäischen Ländern ins Tessin. Eine mehrere Deutschschweizer Kantone betreffende Ermittlungsaktion lässt deutlich erkennen, dass eine international tätige kriminelle Organisation in den Menschenhandel mit Zielland Schweiz verwickelt ist. Ursprünglich nur im Menschenhandel tätig, hat diese multikriminelle Organisation ihre Aktivitäten mittlerweile auf die Einfuhr von Heroin und Kokain ausgedehnt und investiert den Profit aus dem Menschenhandel in Immobilien. Die Organisation rekrutiert potenzielle Opfer in deren Heimatländern über Anzeigen, Mund-zu-Mund-Propaganda, Bekanntschaften oder über Reiseagenturen. Sie versorgte so rund dreissig Bars, Restaurants, Saunas, Massagesalons und Kabarettts in sechs Kantonen der Deutschschweiz mit Frauen.

Gemäss Internationaler Organisation für Migration (IOM) sind rund 48 Prozent der 175 Mio Migranten weltweit Frauen, in gewissen Regionen sogar mehr (sog. feminization of migration). Frauen migrieren zunehmend unabhängig in der Rolle als alleinige Brotverdiener. Irreguläre Migration setzt sie der Ausbeutung durch Menschenhändler und Arbeitgeber aus. Gegenüber Männern sind sie in stärkerem Ausmass der sexuellen Ausbeutung sowie der Zwangsarbeit ausgesetzt.

Unverändert geblieben ist der starke Zustrom von Frauen aus Osteuropa, der sich zwischen 1993 und 2000 in der Schweiz mehr als verdoppelt hat. Ein Teil dieser Frauen hält sich illegal in der Schweiz auf und viele sind in der Prostitution tätig.

Frauenhandel erfolgt meist durch gezielte, persönliche Anwerbung von Frauen in deren Herkunftsländern oder über Inserate. Einem Teil der Opfer ist bekannt, dass sie der Prostitution zugeführt werden sollen, jedoch werden sie häufig über die Höhe der Verdienstmöglichkeiten und die Arbeitsbedingungen getäuscht.

1.1.2.3. Massnahmen der Schweiz

Sich in der Schweiz zu prostituieren, ist legal. Verboten ist hingegen die Ausnützung sexueller Handlungen und die Förderung der Prostitution (Artikel 195 StGB). Artikel 195 StGB stellt unter Strafe, eine unmündige Person der Prostitution zuzuführen oder die Abhängigkeit einer Person auszunützen und diese der Prostitution zuzuführen. Voraussetzung für die Strafbarkeit ist, dass auf die sich prostituierende Person ein gewisser Druck ausgeübt worden ist, dem sie sich nicht ohne Weiteres entziehen konnte.

Strafbar ist es ferner, Personen im Zusammenhang mit Menschenhandel sexuell auszubeuten (Artikel 196 StGB). Nach Artikel 196 StGB macht sich strafbar, wer mit Menschen Handel treibt, um der Unzucht eines anderen Vorschub zu leisten. Mit Menschen handeln heisst insbesondere, in Anlehnung an die bisherige Auslegung des Strafartikels sowie unter Berücksichtigung der internationalen Rechtstexte, Personen anbieten, beschaffen, vermitteln, verkaufen oder übernehmen sowie entsprechende Verhandlungen führen¹⁹. Andere Formen des Menschenhandels, namentlich der Handel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft oder zur Entnahme von Körperorganen, wurden bisher von Artikel 196 StGB nicht erfasst. Auf diese Formen sind die allgemeinen Strafbestimmungen des StGB, wie beispielsweise der Tatbestand der Nötigung oder Körperverletzung oder die Strafbestimmungen anderer Gesetze wie zum Beispiel des Ausländer-, Arbeits- oder Gesundheitsrechts anwendbar. Diese Strafbestimmungen treffen aber den Kern des Menschenhandels als Vermittlung und Übernahme von Menschen als Handelsware nicht und sind mit vergleichsweise niedrigen Strafen bedroht.

Deshalb soll Artikel 196 StGB revidiert werden. Der vorgeschlagene Artikel 182 StGB legt vergleichsweise mehr Gewicht auf die kommerzielle Ausbeutung von Menschen und beschränkt sich nicht mehr allein auf die sexuelle Ausbeutung. Der Anwendungsbereich erstreckt sich auf jegliche vermittelnde und entgegennehmende Handlung, bei der Menschen der sexuellen Ausbeutung oder der Ausbeutung der Arbeitskraft zugeführt werden oder ihnen Organe zum Zwecke des Handels entnommen werden. Der neue Artikel entspricht den aktuellen Bedürfnissen des Schutzes der Opfer des Menschenhandels (vgl. dazu Ziff. 3.2.3). Diese Revision des Strafgesetzbuches wird im Rahmen der Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie vorgeschlagen²⁰. Deshalb ist sie nicht Gegenstand dieser Vorlage²¹.

¹⁹ Basler Kommentar StGB II, Schwaibold/Meng, N 10 zu Art. 196.

²⁰ Bericht und Vorentwurf über den Beitritt der Schweiz zum Fakultativprotokoll vom 25. Mai 2000 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie, und über die entsprechende Änderung der Strafnorm über den Menschenhandel vom 15. Oktober 2003 (insb. S. 21 ff. des Berichts).

²¹ Für weitere, nicht strafrechtliche Massnahmen kann auf den Bericht Menschenhandel in der Schweiz, EJPD 2001, verwiesen werden.

1.1.3. Menschensmuggel

1.1.3.1. Lage international

Weil der Migrationsdruck in wirtschaftlich entwickelten Regionen, die den Schutz der Menschenrechte und das Recht auf Asyl gewähren, steigt und das Angebot an legalen Einwanderungsmöglichkeiten immer kleiner wird, ist weltweit eine Nachfrage nach illegalen Einreisemöglichkeiten entstanden. Diese Nachfrage wird von kriminellen Schlepperorganisationen mit Erfolg ausgenutzt. Sie bieten migrationswilligen Menschen gewerbsmässig Möglichkeiten der illegalen Einreise und Beratung bei der missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts in den Zielländern an. Mitunter werben sie sogar aktiv um Kunden für ihre illegalen „Dienstleistungen“. Als Konsequenz steigen sowohl die Zahlen der Asylbewerber, wie die der klandestinen Bevölkerungen. Von den 33 Millionen Migranten in den USA beispielsweise, befinden sich 8,5 Millionen illegal im Lande. In Europa halten sich laut OECD drei der seit 1975 zugereisten 56 Millionen ohne Papiere auf.

Obwohl Menschensmuggler illegale Einreisen ermöglichen helfen, wo sie anders nicht durchführbar wären (englisch „facilitators“), vertrauen sich die Migrantinnen und Migranten nicht uneigennütigen „Fluchthelfern“ an, wie sie zur Zeit des kalten Krieges existierten und auch heute noch zwischen Nord- und Südkorea operieren. Sie begeben sich häufig in die Fänge skrupelloser Krimineller. In einzelnen Fällen ist die Schlepperei mit Menschenhandel verbunden. Dabei kann ein Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis zur Begleichung der zu bezahlenden Reise nach der erfolgten illegalen Einreise weiterbestehen. Mit gewaltsamer Erpressung, Nötigung, Entführung von Familienangehörigen und ausbeuterischer Sklavenarbeit wird die Notlage der Migrantinnen und Migranten ausgenutzt. Schmuggelgebühren variieren je nach Herkunftsland, Ziel und Aufwand stark. Laut Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wird mit dem Schmuggel von Menschen jährlich ein Umsatz von 6 bis 9 Milliarden Euros erzielt. Die direkten und indirekten Kosten - vor allem für die Sozialleistungen der wenigen Destinationen - wurden bis anhin kaum berechnet. Sie dürften jedoch sehr hoch sein.

Der brutalste und lukrativste Menschensmuggel wird von so genannten chinesischen Snakeheads organisiert. Die Schlepper werden mit einem Schlangenkopf verglichen, welcher die Geschmuggelten hinter sich her zieht. Bis 78'000 amerikanische Dollars müssen für eine Reise von China nach Nordamerika ausgegeben werden. Der Preis gilt für eine so genannte „Garantie Schleusung“. Bei unerwarteter Unterbrechung und Rückschaffung werden die Kunden mit neuen falschen Dokumenten über immer ungewöhnlichere Zwischendestinationen neu geschmuggelt, bis die erfolgreiche Einreise stattgefunden hat. Als Folge einer solchen Schleusung erstickten im Juni 2000 58 Chinesen in einem Lastwagen in Dover. Seit diesem Vorfall haben fast alle europäischen Staaten, Kanada, die USA und Australien die Strafen für Menschensmuggel drastisch erhöht. In der EU verpflichtet z.B. ein Rahmenbeschluss des Europäischen Rates vom 28. November 2002 die Mitgliedstaaten darauf, qualifizierte Formen von Menschensmuggel durch organisierte kriminelle Vereinigungen mit einem Höchstmass von mindestens acht Jahren zu belegen. Zu den Massnahmen, welche andere Staaten ergriffen haben, gehören neben der Erhöhung der

Strafmasse für organisierte Formen der Schlepperei die Einrichtung von Zentralstellen für die nationale und internationale Koordination bei der Prävention und Bekämpfung der Schlepperei. In der Schweiz nimmt die neue Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel²² eine ähnliche Aufgabe wahr.

1.1.3.2. Lage national

Die Schweiz ist in Bezug auf ihre geographische Lage und aufgrund der Nichtmitgliedschaft in der EU, dem Ausschluss vom Dubliner Erstasylabkommen, Schengen und dem europäischen Informationsaustausch im Rahmen von CIREFI ein attraktives Arbeitsfeld für Menschenschmuggler. Dazu kommt, dass die Beihilfe zur illegalen Einreise und Aufenthalt gegenwärtig lediglich als Vergehen und mit einem relativ geringen Strafmass geahndet wird (vgl. Ziff. 4.2.6).

Im Jahre 2002 hat das Grenzwachtkoprs (GWK) 7'405 illegale Einreisen in die Schweiz verhindert. Dies entspricht einer Zunahme von fast 50% Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im selben Zeitraum wurden 445 Schlepper angehalten, was ca. 20% Prozent mehr als im Vorjahr bedeutet. Die Zahl der registrierten Fälle illegaler Einreisen über den Flughafen Zürich (786), hat jedoch im Vergleich zur Halbjahresperiode des Vorjahres abgenommen (813). Ein Blick auf die Entwicklung der Asylneueingänge, die zu über 95% über den Landweg in die Schweiz gelangen, zeigt deutlich, dass trotz erhöhter Kontrollen an den Landesgrenzen Schlepperei nicht verhindert werden kann. Laut einer Untersuchung des Schweizerischen Forums für Migrationsstudien der Universität Neuenburg haben sich von 174 befragten Asylbewerbern alle mit Hilfe von Schleppern in die Schweiz begeben. Andere europäische Länder bestätigen die wichtige Rolle, welche Schlepperorganisationen in der Zuführung von Asylbewerbern und anderen illegal Eingereisten spielen.

So lange einzelne Schlepperfälle kriminalanalytisch nicht als vernetzt und organisiert erkannt werden können, wird der Kampf der Schweiz gegen die organisierte Beihilfe zur illegalen Einwanderung wenig erfolgreich sein. Das Erkennen von organisierter Kriminalität in diesem Bereich bedingt einerseits das Führen von landesweiten Ermittlungen unter der Koordination oder sogar Federführung der Bundeskriminalpolizei, andererseits einen engen internationalen Informationsaustausch sowie die bilaterale und multilaterale Kooperation mit ausländischen Partnerstaaten und internationalen Organisationen.

1.1.3.3. Massnahmen der Schweiz

Im schweizerischen Recht ist Menschenschmuggel nach Artikel 23 Absatz 2 des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931²³ strafbar. Im Rahmen der Ausarbeitung eines neuen Ausländergesetzes wird derzeit die Qualifizierung von Menschenschmuggel durch kriminelle

²² KSMM; sie besteht aus Vertreterinnen und Vertretern des EJPD (BJ, BFA, IMES, BA, BAP), des EDA (PA IV, DEZA), des EFD (GWK), des EDI (Eidg. Büro für die Gleichstellung von Mann und Frau) und der Kantone (KKPKS, KSBS, VKF, SVK OHG, Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten). Sie ist die zentrale Informations-, Koordinations- und Analysendrehseife des Bundes und der Kantone bei der Bekämpfung des Menschenhandels und Menschenschmuggels sowie Anlauf- und Koordinationsstelle für die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich.

²³ ANAG, SR 142.20.

Organisationen als Verbrechen und die Angleichung des Strafmasses an internationale Standards geprüft (vgl. Ziff. 4.2.6).

Bei der Bekämpfung des organisierten Menschenmuggels befindet sich die Schweiz – auch im internationalen Vergleich – am Anfang. Eine Bestandesaufnahme der bestehenden polizeilichen und nachrichtendienstlichen Ressourcen und Instrumente gestatten den Schluss, dass vorhandene Informationen noch zu wenig genutzt werden. Eine zentrale Aufgabe der KSMM besteht darin, ein genaueres Lagebild über das Schleppereiwesen in der Schweiz zu gewinnen, die Informationsflüsse zu verbessern und Empfehlungen für konkrete Massnahmen in den Bereichen Prävention, Strafverfolgung und Opferschutz zu formulieren.

1.2. Die Rolle der Vereinten Nationen im Kampf gegen die transnationale organisierte Kriminalität

Die Staatengemeinschaft hat die grosse Zunahme der internationalen organisierten Kriminalität zur Kenntnis genommen. Sie hat erkannt, dass es notwendig ist, gemeinsam dagegen vorzugehen und auf internationaler Ebene zusammenzuarbeiten.

Die Vereinten Nationen haben die Wichtigkeit der Prävention der Kriminalität schon in den ersten Jahren seit ihrer Gründung erkannt. Schon 1948 haben sie ihr erstes Büro zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität eröffnet. Heute ist das Zentrum für die Prävention der internationalen Kriminalität der UNO verantwortlich für die Kriminalitätsverhütung, die Umsetzung der Strafjustiz und Reformen im Bereiche des Strafrechts. Besondere Aufmerksamkeit schenkt die UNO der organisierten Kriminalität, der Korruption und dem Menschenhandel. Das Zentrum ist im Büro der Vereinten Nationen für Drogenkontrolle und Verhütung der Kriminalität in Wien integriert. Es hat ein Programm zur Unterstützung der Mitgliedstaaten im Kampf gegen die organisierte Kriminalität erarbeitet.

Das Übereinkommen gegen die transnationale organisierte Kriminalität und seine Zusatzprotokolle sind das Resultat der Bemühungen der Vereinten Nationen zur Eindämmung der organisierten Kriminalität über die nationalen Grenzen hinaus. Das Übereinkommen will diese Form der Kriminalität, deren Aktivitäten namentlich in der Geldwäscherei, der Korruption, im Drogenhandel, im Waffenhandel und im Menschenhandel liegen, global und effizienter bekämpfen. Es gewährleistet einen minimalen Standard in den Vertragsstaaten, welche sich im Besonderen dazu verpflichten, auf internationaler Ebene zusammenzuarbeiten und Massnahmen zur Eindämmung der organisierten Kriminalität zu ergreifen.

1.3 Die internationalen Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität

Das Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität und seine Zusatzprotokolle stellen das erste internationale Instrument in diesem Bereich dar, und zwar auf universeller und regionaler Ebene. Die Bekämpfung gewisser Delikte im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität ist bereits Gegenstand von

mehreren internationalen Übereinkommen²⁴. Der Bericht befasst sich mit den Neusten unter ihnen. Die nachfolgenden Listen sind nicht abschliessend.

1.3.1 Übereinkommen der Vereinten Nationen

- Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus von 1999²⁵.
- Übereinkommen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen²⁶.

Das neue Übereinkommen zur Bekämpfung der Korruption wurde am 9. Dezember 2003 zur Unterzeichnung aufgelegt und auch von der Schweiz signiert.

Weiter ist ein vereinheitlichtes Übereinkommen über den internationalen Terrorismus bei den Vereinten Nationen in Bearbeitung.

Die wichtigsten Konventionen im Bereich der Menschenrechte sind unter Ziffer 4.2.14 aufgezählt.

1.3.2 Regionale Übereinkommen

Das Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität vervollständigt die Instrumente des Europarates, namentlich in den Bereichen der Auslieferung und der Rechtshilfe in Strafsachen.

- Europäisches Auslieferungsübereinkommen vom 13.12.1957²⁷.
- Zusatzprotokoll vom 15.10.1975 zum europäischen Auslieferungsübereinkommen²⁸.
- Zweites Zusatzprotokoll vom 17.3.1978 zum europäischen Auslieferungsübereinkommen²⁹.
- Europäisches Übereinkommen über Rechtshilfe in Strafsachen vom 20.04.1959³⁰.
- Zusatzprotokoll vom 17.03.1978 zum europäischen Übereinkommen über Rechtshilfe in Strafsachen³¹.
- Zweites Zusatzprotokoll vom 8.11.2001 zum europäischen Übereinkommen über Rechtshilfe in Strafsachen³².

²⁴ Zu den internationalen Konventionen betreffend Menschenhandel und Menschenschmuggel vgl. Ziff. 4.2.14.

²⁵ Von der Schweiz am 23. September 2003 ratifiziert.

²⁶ BB1 1996 609.

²⁷ SR 0.353.1.

²⁸ SR 0.353.11.

²⁹ SR 0.353.12.

³⁰ SR 0.351.1.

³¹ STE 099, von der Schweiz am 17.11.1981 unterzeichnet.

³² STE 182, von der Schweiz am 15.02.2002 unterzeichnet.

- Übereinkommen vom 8.11.1990 über Geldwäscherei sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Strafsachen³³.
- Europäisches Übereinkommen über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 24.11.1983³⁴.
- Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen vom 21.03.1983³⁵.
- Europäisches Übereinkommen über die Netzwerkkriminalität vom 23.11.2001³⁶
- Strafrechts-Übereinkommen des Europarates gegen die Korruption vom 27.01.1999³⁷ und Zusatzprotokoll vom 15.5.03.
- Übereinkommen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr von 1997³⁸.
- Interamerikanisches Übereinkommen der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) gegen den Terrorismus von 2002.

Zudem sind die zwei Zusatzprotokolle zum vorliegenden Übereinkommen mit den Instrumenten des Europarates im Bereich des Menschenhandels und des Menschenschmuggels kompatibel, wie zum Beispiel:

- Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten vom 4.11.1950³⁹ und ihre Protokolle.
- Europäische Sozialcharta vom 18.10.1961⁴⁰.
- Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10.12.1984⁴¹.

1.3.3 Empfehlungen des Europarates

- Empfehlung N° R (91) 11 über die sexuelle Ausbeutung, die Pornographie und die Prostitution sowie über den Kinder - und Jugendlichenhandel.
- Empfehlung N° R (96) 8 über die Kriminalpolitik in einem sich verändernden Europa.

³³ **SR 0.311.53.**

³⁴ **SR 0.312.5.**

³⁵ **SR 0.343.**

³⁶ STE 185, von der Schweiz am 23.11.2001 unterzeichnet.

³⁷ STE 173, von der Schweiz am 26.02.2001 unterzeichnet.

³⁸ Ratifiziert von der Schweiz am 31.5.2000; Botschaft über die Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Revision des Korruptionsstrafrechts) sowie über den Beitritt der Schweiz zum Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr vom 19. April 1999.

³⁹ **SR 0.101.**

⁴⁰ STE 035, von der Schweiz am 06.05.1976 unterzeichnet.

⁴¹ **SR 0.105.**

- Empfehlung N° R (97) 13 über die Einschüchterung von Zeugen und über Verteidigungsrechte.
- Empfehlung N° R (2000) 11 über die Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung.
- Empfehlung N° 1065 (1987) über den Kinderhandel und andere Formen der Ausbeutung von Kindern.
- Empfehlung N° 1211 (1993) über die illegale Einwanderung: Schleuser und Arbeitgeber von eingeschleusten Migranten.
- Beschluss 1099 (1996) betreffend die sexuelle Ausbeutung von Kindern.
- Empfehlung N° 1325 (1997) über den Frauenhandel und die erzwungene Prostitution in den Mitgliedstaaten des Europarates.

1.4 Die Schweiz und der Beitritt zum Übereinkommen und zu den Zusatzprotokollen

Die Schweiz erachtet die Bekämpfung der transnationalen organisierten Kriminalität seit langem als eines ihrer wichtigsten Anliegen. Ihre zentrale Lage in Europa macht sie zu einem wichtigen Transitland. Zudem verfügt sie über einen international anerkannten Finanzplatz. Trotz der Aufsichtsregelungen im Bankenwesen und der neuen Gesetzgebung, die zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Geldwäscherei geschaffen wurde, kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Finanzplatz Schweiz - wie viele andere Finanzmärkte auch - gelegentlich genutzt wird, um Handlungen im Zusammenhang mit dieser Art von Kriminalität zu finanzieren.

Die Schweiz begrüsst infolgedessen die Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit und die Harmonisierung des Rechts in diesem Bereich. Am 12. Dezember 2000 hat Frau Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold im Namen der Schweiz das vorliegende Übereinkommen unterzeichnet, welches der Bundesrat am 27. November 2000 guthiess. In Vervollständigung dieses Übereinkommens sind die beiden Zusatzprotokolle, nämlich das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, und dasjenige gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg von unserem Land am 2. April 2002 ebenfalls unterzeichnet worden. Der Menschenhandel ist auch in der Schweiz eine Realität und unser Land ist häufig Ziel des Menschenschmuggels. In diesem Zusammenhang ist die Schweiz sehr an der internationalen Unterstützung in ihrem Kampf gegen den Menschenhandel und gegen Schlepperorganisationen interessiert. Sie selber bietet auch anderen Staaten ihre Hilfe an.

2. Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität

2.1. Allgemeiner Teil

2.1.1. Entstehung des Übereinkommens

Die UNO-Generalversammlung setzte mit Resolution 53/111 vom 9. Dezember 1998 ein interstaatliches ad hoc Komitee für die Ausarbeitung eines internationalen Übereinkommens gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität⁴² und dreier Zusatzprotokolle gegen Menschenhandel⁴³, Menschenschmuggel⁴⁴ und Feuerwaffen⁴⁵ ein. Der ad hoc Ausschuss stand allen Mitgliedstaaten der UNO und den Sonderorganisationen offen. Die Schweiz als damaliger Nichtmitgliedstaat wurde ebenfalls eingeladen, an den Verhandlungen teilzunehmen, was sie von Anfang an aktiv getan hat.

Polen unterbreitete einen ersten Entwurf für ein solches Übereinkommen und hielt im Februar 1998 in Warschau ein erstes Expertenmeeting ab. Argentinien lud Ende August 1998 zu einem informellen Vorbereitungstreffen in Buenos Aires ein. Der konsolidierte Textentwurf diente als Basis für die Arbeit des ad hoc Komitees.

Zwischen dem 19. Januar 1999 und dem 27. Oktober 2000 fanden elf ordentliche Sitzungen des ad hoc Komitees in Wien statt. An den Meetings waren durchschnittlich zwischen 100 und 120 Delegationen sowie zahlreiche andere Beobachter, die nichtstaatliche und interstaatliche Organisationen repräsentierten, vertreten.

2.1.2. Die Schweiz und die Vorarbeiten zum Übereinkommen

Die durch das Übereinkommen verfolgten Ziele decken sich mit den Interessen der Schweiz. Deshalb nahm die Schweizer Delegation aktiv an der Ausarbeitung des Übereinkommens und der Zusatzprotokolle teil. Sie trat ein für die Schaffung eines möglichst griffigen Instrumentes zur Bekämpfung der transnationalen organisierten Kriminalität und unterbreitete diesbezüglich verschiedene

⁴² Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UN.Doc. A/55/383); im Folgenden: Übereinkommen. Das Übereinkommen wurde von 147 Staaten unterzeichnet und von 56 Staaten ratifiziert (Stand: 26.11.03). Es ist am 29.9.03 in Kraft getreten.

⁴³ Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UN.Doc. A/55/383 Anhang II); im Folgenden: Protokoll gegen den Menschenhandel. Es wurde von der Schweiz am 2. April 2002 unterzeichnet. Das Protokoll wurde von 117 Staaten unterzeichnet und von 45 Staaten ratifiziert (Stand: 26.11.03). Es ist am 25. Dezember 2003 in Kraft getreten.

⁴⁴ Protokoll gegen den Schmuggel von Migrantinnen und Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UN.Doc. A/55/383 Anhang III); im Folgenden: Protokoll gegen den Menschenschmuggel. Es wurde von der Schweiz am 2. April 2002 unterzeichnet. Das Protokoll wurde von 112 Staaten unterzeichnet und von 40 Staaten ratifiziert (Stand: 26.11.03). Es wird am 28. Januar 2004 in Kraft treten.

⁴⁵ Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen, deren Teilen, Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UN.Doc. A/55/383 Anhang IV); im Folgenden: Feuerwaffenprotokoll. Es wurde von der Schweiz weder unterzeichnet noch ratifiziert. Das Protokoll wurde von 52 Staaten unterzeichnet und von 11 Staaten ratifiziert (Stand: 26.11.03).

Vorschläge. Insbesondere setzte sie sich zusammen mit anderen europäischen Ländern für eine weitreichende Strafbarkeit der kriminellen Organisation und der Geldwäscherei sowie für eine intensive Zusammenarbeit unter den Vertragsstaaten ein.

Die verabschiedete Formulierung des Übereinkommens ist ein Kompromiss zwischen verschiedenen Ansätzen, die während den Verhandlungen präsentiert wurden. Der Inhalt ist mit den Interessen und der Gesetzgebung der Schweiz vereinbar.

2.1.3. Inhalt und Bedeutung des Übereinkommens

Das Übereinkommen verfolgt inhaltlich in erster Linie das Ziel, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken, um die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität zu verhindern und effizienter zu bekämpfen. Eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung des angestrebten Ziels bildet die Verpflichtung zur Schaffung eines nationalen Mindeststandards von Vorschriften und Massnahmen, welche den Mitgliedstaaten ein effizientes Vorgehen im Kampf gegen das organisierte Verbrechen ermöglichen. Das Übereinkommen strebt insofern auch eine Verringerung der Unterschiede zwischen den einzelstaatlichen Rechtsordnungen an. Es soll Länder, welche über keine ausreichenden Massnahmen verfügen, ermutigen, solche einzuführen und ihnen dazu gleichzeitig Hilfeleistungen bieten. Es wird auch erwartet, dass die einzelnen Länder materiell über die absoluten Mindestanforderungen des Übereinkommens und der Zusatzprotokolle hinausgehen, sei es auf bilateraler oder regionaler Ebene.

Nach der Beschreibung des Zwecks (Art. 1) enthält das Übereinkommen eine Reihe von Definitionen (Art. 2) sowie Bestimmungen über den Geltungsbereich (Art. 3) und den Schutz der Souveränität (Art. 4). Anschliessend folgen - in verschiedenen Verpflichtungsgraden - Vorschriften zur Kriminalisierung der Beteiligung an einer organisierten kriminellen Gruppe (Art. 5), zur Kriminalisierung der Geldwäscherei (Art. 6), zur Ergreifung von weiteren Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei (Art. 7), zur Kriminalisierung und zur Ergreifung weiterer Gegenmassnahmen gegen Korruption (Art. 8 und 9) und zur Einführung der Verantwortlichkeit juristischer Personen (Art. 10). Ferner werden Einziehung (Art. 12-14), Gerichtsbarkeit (Art. 15), Auslieferung (Art. 16), Überstellung verurteilter Personen (Art. 17) und Rechtshilfe (Art. 18) geregelt. Vor den Schlussbestimmungen folgen schliesslich Bestimmungen über Kriminalisierung der Behinderung der Justiz (Art. 23), Zeugen- und Opferschutz (Art. 24 und 25), Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Art. 26 und 27), technische Hilfsmittel (Art. 29) und Prävention (Art. 31). Für das Inkrafttreten sind 40 Ratifikationen oder Beitritte erforderlich.

Zum Inhalt der Zusatzprotokolle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel vgl. Ziffern 3.1.1. und 4.1.1.

Das Übereinkommen und die Zusatzprotokolle verkörpern eine wichtige Weiterentwicklung des internationalen Strafrechts und bilden eine Basis für gemeinsame internationale Handlungen gegen das organisierte Verbrechen. Sie stellen im Rahmen der internationalen Bemühungen zur wirksamen Bekämpfung des organisierten Verbrechens einen wichtigen Schritt dar. Es gab bislang noch

kein weltweites Instrument, das alle Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in einem Erlass abdeckt. Insoweit bilden das Übereinkommen und die Zusatzprotokolle einen eigentlichen Meilenstein der internationalen Zusammenarbeit gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Die Ratifizierung und Umsetzung dieser Instrumente sind deshalb für die internationale Gemeinschaft prioritär.

Diese Instrumente zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität haben auch aus Schweizer Sicht einen hohen Stellenwert. Es liegt im Interesse der Schweiz, dass die bei uns geltenden Standards - so insbesondere bei der Bekämpfung der Geldwäscherei und der grenzüberschreitenden Korruption – auch von anderen Staaten respektiert werden, dies insbesondere auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit. Die Schweiz hat ferner aufgrund ihres Finanzplatzes ein besonderes Interesse und eine besondere Verantwortung, die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität effizient zu bekämpfen und ihr insbesondere effizient vorzubeugen.

2.1.4. Verhältnis des Übereinkommens zu den Zusatzprotokollen

Um den Zusatzprotokollen beitreten zu können, müssen die Vertragsstaaten zuerst das Übereinkommen ratifizieren (Art. 27 Übereinkommen). Die Staaten können zwar nur das Übereinkommen, nicht aber nur einem oder mehreren Protokollen beitreten. Jedes Protokoll muss somit im Zusammenhang mit der Hauptkonvention gelesen und interpretiert werden. Diese sieht generelle Bestimmungen wie beispielsweise Zusammenarbeit, technische Unterstützung und Rechtshilfe vor, die grundsätzlich auch auf die Protokolle Anwendung finden. Die Protokolle werden jeweils durch spezifische Vorschriften ergänzt.

2.2. Besonderer Teil: Die wichtigsten Bestimmungen des Übereinkommens und ihr Verhältnis zum schweizerischen Recht

2.2.1. Zweck (Art. 1)

Der Zweck des Übereinkommens besteht gemäss *Artikel 1* darin, die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene zu fördern, um die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität wirksamer zu verhindern und zu bekämpfen.

2.2.2. Begriffsbestimmungen (Art. 2)

Das Übereinkommen verlangt in *Buchstabe a* für das Vorhandensein einer „**organisierten kriminellen Gruppe**“ eine strukturierte Gruppe von mindestens drei oder mehr Personen, die eine bestimmte Zeit besteht und gemeinsam vorgeht. Diese Definitionselemente entsprechen Artikel 260ter StGB (kriminelle Organisation)⁴⁶. Zudem muss die Gruppe gemäss Definition des Übereinkommens das Ziel verfolgen, schwere Straftaten im Sinne des Übereinkommens zu begehen, um sich unmittelbar oder mittelbar einen finanziellen oder sonstigen materiellen Vorteil zu verschaffen. Eine „**schwere Straftat**“ stellt gemäss

⁴⁶ Botschaft über die Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Revision des Einziehungsrechts, Strafbarkeit der kriminellen Organisation, Melderecht des Financiers) vom 30. Juni 1993, BBl 1993 297 f.

Buchstabe b jede strafbare Handlung dar, die mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmass von mindestens 4 Jahren oder einer schwereren Strafe bedroht ist. Die Umschreibung der deliktischen Tätigkeit der kriminellen Organisation nach Schweizerischem Strafrecht stellt ihrerseits auf die Begehung von Delikten ab, die nach Schweizer Rechtsauffassung Verbrechen darstellen, d.h. mit Zuchthaus (Art. 9 Abs. 1 StGB in Verbindung mit den Tatbeständen des StGB und des Nebenstrafrechts) bzw. nach dem System des revidierten Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches⁴⁷ mit Freiheitsstrafen von mehr als 3 Jahren (Art. 10 nStGB) bedroht sind. Dabei muss es sich entweder um Gewaltverbrechen, d.h. beispielsweise Verbrechen gegen Leib und Leben, aber auch Erpressung, Entführung und Geiselnahme handeln oder die kriminelle Organisation muss darauf ausgehen, sich mit verbrecherischen Mitteln zu bereichern⁴⁸. Als Bezugstaten kommen dabei insbesondere die als Verbrechen ausgestalteten Vermögensdelikte des 2. Titels des Besonderen Teils des StGB, insbesondere Lösegeldentführung und Geiselnahme (Art. 184 und 185), Förderung der Prostitution und Menschenhandel (Art. 195 und 196) oder Verbrechen auf dem Gebiet der Geld- und Urkundenfälschung des 10. und 11. Titels des Besonderen Teils des StGB in Betracht. Artikel 260ter StGB geht somit über die Definition des Übereinkommens hinaus, indem sowohl Bezugstaten mit geringerer Maximalstrafdrohung wie auch Taten erfasst werden, die nicht auf die Erzielung von materiellen Vorteilen gerichtet sind.

In *Buchstabe c* wird die "**strukturierte Gruppe**" als Teilelement der organisierten kriminellen Gruppe definiert. Einerseits genügt die zufällige Formierung einer Gruppe zur Begehung eines Verbrechens nicht; andererseits werden aber auch keine formell festgelegten Rollen der Mitglieder, eine Kontinuität in der Mitgliedschaft oder eine ausgebaute Struktur der Gruppe verlangt.

"**Vermögensgegenstände**" sind nach *Buchstabe d* Gegenstände jeder Art, körperliche oder nichtkörperliche, bewegliche oder unbewegliche, materielle oder immaterielle, sowie rechtserhebliche Schriftstücke oder Urkunden, die das Recht auf solche Gegenstände oder Rechte daran belegen. Der Begriff "Vermögenswert" nach geltendem Artikel 59 Ziffer 1 StGB umfasst alle wirtschaftlichen Vorteile, gleichgültig ob sie in einer Vermehrung der Aktiven oder in einer Verminderung der Passiven bestehen. Der Begriff erfasst somit auch beschränkte dingliche Rechte, Forderungen, immaterielle Rechte und andere Vermögensvorteile, soweit diese einer Schätzung zugänglich sind, bzw. im Rahmen einer Ersatzforderung beziffert werden können⁴⁹. Er deckt damit den Begriff des Übereinkommens vollumfänglich ab.

"**Ertrag aus Straftaten**" gemäss *Buchstabe e* bezeichnet jeden Vermögensgegenstand, der unmittelbar oder mittelbar aus der Begehung eines Straftat stammt oder dadurch erzielt wurde.

"**Einfrieren**" oder "**Beschlagnahme**" nach *Buchstabe f* bezeichnet das vorübergehende Verbot der Übertragung, Umwandlung oder Bewegung von Vermögensgegenständen oder der Verfügung darüber oder die vorübergehende Verwahrung oder Kontrolle von Vermögensgegenständen auf Grund einer von

⁴⁷ Revision des Strafgesetzbuches Allgemeiner Teil vom 13.12.2002, BBl 2002 8240.

⁴⁸ BBl 1993 III 296.

⁴⁹ BBl 1993 307 mit Hinweisen.

einem Gericht oder einer anderen zuständigen Behörde getroffenen Entscheidung.

Nach *Buchstabe g* bezeichnet der Ausdruck "**Einziehung**" die dauernde Entziehung von Vermögensgegenständen auf Grund einer von einem Gericht oder einer anderen zuständigen Behörde getroffenen Entscheidung. Der Begriff deckt Sanktionen gegen das Vermögen ab, die in ihrem landesrechtlichen Kontext als Strafe oder Massnahme gedeutet werden. Entscheidend ist ihre Verbindung mit einer strafbaren Handlung. Zwar ist nicht erforderlich, dass die Einziehung in einem strafrechtlichen Hauptverfahren angeordnet wird, sie kann auch in einem Einstellungsbeschluss oder in einem selbständigen Einziehungsverfahren verfügt werden. In jedem Fall muss aber das Verfahren den Anforderungen des unabhängigen Gerichts im Sinne von Artikel 6 Ziffer 1 EMRK genügen.

Eine "**Haupttat**" nach *Buchstabe h* ist jede Straftat, durch die Erträge erlangt wurden, die Gegenstand einer Straftat im Sinne des Artikels 6 werden könnten. Der Ausdruck meint die den deliktischen Ertrag hervorbringende Vortat, an die der Tatbestand der Geldwäscherei anknüpft.

"**Kontrollierte Lieferung**" nach *Buchstabe i* bezeichnet die Methode, auf Grund derer unerlaubte oder verdächtige Sendungen mit Wissen und unter der Aufsicht der zuständigen Behörden aus dem Hoheitsgebiet eines oder mehrerer Staaten verbracht, durch dasselbe durchgeführt oder in dasselbe verbracht werden dürfen mit dem Ziel, eine Straftat zu untersuchen und Personen zu ermitteln, die an der Begehung der Straftat beteiligt sind.

„**Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration**“ nach *Buchstabe j* bezeichnet eine von souveränen Staaten einer bestimmten Region gebildete Organisation, deren sachliche Zuständigkeit sich auf die von diesem Übereinkommen erfassten Angelegenheiten erstreckt und die ordnungsgemäss ermächtigt ist, das Übereinkommen zu unterzeichnen, zu ratifizieren, anzunehmen, zu genehmigen oder ihm beizutreten.

2.2.3. Geltungsbereich (Art. 3)

Das Übereinkommen findet gemäss *Artikel 3 Ziffer 1*, soweit darin nichts anderes bestimmt ist, Anwendung auf die Verhütung, Untersuchung und Verfolgung der in Übereinstimmung mit den Artikeln 5 (Beteiligung an einer organisierten kriminellen Gruppe), 6 (Waschen der Erträge aus Straftaten), 8 (Korruption) und 23 (Behinderung der Justiz) umschriebenen Straftaten sowie auf schwere Straftaten im Sinne von Artikel 2, sofern die Straftat grenzüberschreitender Natur ist und eine organisierte kriminelle Gruppe daran mitgewirkt hat (Zu den einzelnen Tatbeständen vgl. Ziff. 2.2.5., 2.2.6.1., 2.2.7., 2.2.21.; zu den Begriffen "schweres Verbrechen" und "organisierte kriminelle Gruppe" vgl. Ziff. 2.2.2.).

Eine Straftat ist grenzüberschreitender Natur im Sinne von *Ziffer 2*, wenn sie in mehr als einem Staat begangen wird (Bst.a), in einem Staat begangen wird, jedoch ein massgeblicher Teil ihrer Vorbereitung, Planung, Leitung oder Kontrolle in einem anderen Staat stattfindet (Bst. b), in einem Staat begangen wird, jedoch eine organisierte kriminelle Gruppe an ihr beteiligt ist, die in mehr als einem Staat

kriminellen Tätigkeiten nachgeht (Bst. c) , oder in einem Staat begangen wird, jedoch erhebliche Auswirkungen in einem anderen Staat hat (Bst. d).

2.2.4 Schutz der Souveränität (Art. 4)

Dieser Artikel ruft die Grundsätze der souveränen Gleichheit der Staaten, der territorialen Unversehrtheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten in Erinnerung. Ausserdem ist kein Staat berechtigt, im Hoheitsgebiet eines anderen Staates Gerichtsbarkeit auszuüben und Aufgaben wahrzunehmen, die nach dessen innerstaatlichem Recht ausschliesslich seinen Behörden vorbehalten sind.

2.2.5. Kriminalisierung der Beteiligung an einer organisierten kriminellen Gruppe (Art. 5)

In *Ziffer 1* werden die Vertragsstaaten zur Kriminalisierung der Beteiligung an einer organisierten kriminellen Gruppe verpflichtet.

Sie haben gemäss *Buchstabe a von Ziffer 1* folgende vorsätzliche Handlungen kumulativ oder alternativ als eigenständige Straftaten zu umschreiben:

- die Verabredung mit einer oder mehreren Personen zur Begehung eines schweren Verbrechens zu einem Zweck, der unmittelbar oder mittelbar mit der Verschaffung eines finanziellen oder sonstigen materiellen Vorteils zusammenhängt (i),
- die aktive Beteiligung einer Person an den kriminellen Tätigkeiten der organisierten kriminellen Gruppe in Kenntnis des Ziels und der allgemeinen kriminellen Tätigkeit der organisierten kriminellen Gruppe oder ihrer Absicht, die betreffenden Straftaten zu begehen, und die aktive Beteiligung einer Person an anderen Tätigkeiten der organisierten kriminellen Gruppe im Wissen, dass diese Beteiligung zur Erreichung des genannten kriminellen Ziels beitragen wird (ii).

Gemäss *Buchstabe b von Ziffer 1* ist sodann die Organisation, die Leitung, die Beihilfe, die Anstiftung, die Erleichterung und die Beratung in Bezug auf die Begehung eines schweren Verbrechens unter Mitwirkung einer organisierten kriminellen Gruppe zu erfassen.

Täterschaft und Teilnahme (Anstiftung und Gehilfenschaft) werden durch die Regeln des Allgemeinen Teils des StGB abgedeckt (*Ziffer 1 a ii a* und *Ziff. 1 b*). Allerdings braucht es für die Annahme von Gehilfenschaft (Erleichterung und Beratung in Bezug auf die Begehung einer schweren Straftat gemäss Übereinkommen) einen kausalen Tatbeitrag des Gehilfen⁵⁰. Soweit dies nicht der Fall ist kommt Artikel 260ter StGB zur Anwendung, der die Unterstützung einer bzw. Beteiligung an einer kriminellen Organisation unter Strafe stellt und keinen kausalen Tatbeitrag verlangt (*Ziffer 1 a ii b*). Strafrechtliche Verantwortlichkeit nach Artikel 260ter StGB wird in den Fällen begründet, wo weder Teilnahme noch Versuch oder strafbare Vorbereitungshandlungen an Verbrechen einer kriminellen Organisation nachgewiesen werden können. Diese Bestimmung erweitert mithin

⁵⁰ Günter Stratenwerth, Schweizerisches Strafrecht, Allgemeiner Teil I, Bern 1996, 13 N 113.

die Strafbarkeit von der Beteiligung am einzelnen Delikt auf die Beteiligung und Unterstützung der Organisation in ihrer verbrecherischen Tätigkeit⁵¹.

Die Alternative in *Ziffer 1 a i* in Zusammenhang mit *Ziffer 3* folgt demgegenüber dem Konzept der Strafbarkeit der Verbrechensabrede, welche für die Schweiz keinen relevanten Straftatbestand darstellt und aufgrund der Formulierung des Übereinkommens auch nicht abgedeckt werden muss. Das Schweizer Konzept der Erfassung der organisierten Kriminalität folgt der zweiten Alternative.

Ziffer 2, wonach auf Kenntnis, Vorsatz, Ziel, Zweck oder Verabredung gemäss *Ziffer 1* aus den objektiven tatsächlichen Umständen geschlossen werden kann, bietet ebenfalls keinerlei Probleme.

2.2.6. Kriminalisierung des Waschens der Erträge aus Straftaten und Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei (Art. 6 und 7)

2.2.6.1. Kriminalisierung des Waschens der Erträge aus Straftaten (Art. 6)

Artikel 6 Ziffer 1 verpflichtet die Vertragsstaaten in Übereinstimmung mit den wesentlichen Grundsätzen ihres innerstaatlichen Rechts die vorsätzlich begangene Geldwäscherei unter Strafe zu stellen. Das Übereinkommen verpflichtet die Vertragsstaaten in drei verschiedenen Varianten, Transaktionen mit aus Haupttaten stammenden Vermögenswerten unter Strafe zu stellen (Bst. ai, aii, bi), unter weitreichendem Einschluss von Teilnahmehandlungen (Bst. bii). Während Buchstaben ai und aii streng verpflichtend gedacht sind, unterstehen die Bestimmungen von Buchstaben bi und bii dem allgemeinen Vorbehalt der Grundzüge der jeweiligen Rechtsordnungen.

Gemäss *Artikel 6 Ziffer 1 Bst. ai* soll das Umwandeln oder Übertragen von Vermögenswerten aus Haupttaten im Wissen um die deliktische Herkunft und in der Absicht, den unerlaubten Ursprung dieser Werte zu verbergen oder zu verschleiern, respektive den an der Vortat Beteiligten zu begünstigen, bestraft werden. Demgegenüber soll gemäss *Buchstabe aii* das vorsätzliche Verbergen oder Verschleiern, sei es der wahren Beschaffenheit, des Ursprungs, des Ortes oder der Bewegung oder schliesslich der Rechtslage der Vermögenswerte, im Wissen, dass es sich dabei um deliktische Erträge handelt, pönalisiert werden.

Der offene Begriff der Vermögenswerte in Artikel 305bis StGB reicht mindestens ebenso weit wie die entsprechende Definition des Übereinkommens⁵². In beiden Fällen ist der Nachweis der verbrecherischen Herkunft dieser Werte erforderlich. Zu prüfen bleibt, ob die Formulierung der Tathandlung in Artikel 305bis StGB dem Standard des Übereinkommens entspricht. Jedenfalls erfasst ist die Variante von Buchstabe aii der vorsätzlich erfolgten Verschleierung. Das Schweizer Modell weicht zwar geringfügig von der Variante in Buchstabe ai ab. Während das Übereinkommen jede Transaktion genügen lässt, allerdings die qualifizierte Absicht voraussetzt, reicht nach Schweizer Auffassung die bloss

⁵¹ Botschaft über die Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Revision des Einziehungsrechtes, Strafbarkeit der kriminellen Organisation, Melderecht des Financiers) vom 30. Juni 1993, BBl 1993 295.

⁵² Botschaft vom 12. Juni 1989 über die Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Gesetzgebung über Geldwäscherei und mangelnde Sorgfalt bei Geldgeschäften), BBl 1989 1082.

eventualvorsätzliche Vornahme einer qualifizierten Transaktion (Eignung zur Ermittlungs- oder Einziehungsverteilung). Da aber dem Ziel der Geldwäscherei einzig solche Transaktionen dienen, die überhaupt verschleiern können, ist die Schweizer Formel präziser. Überdies stellt sie an die subjektive Seite bedeutend geringere Anforderungen als das Übereinkommen. Insgesamt erfüllt unsere Formel sowohl die in Buchstaben ai und aii von Artikel 6 Ziffer 1 umschriebenen Anforderungen.

Die Variante von *Artikel 6 Ziffer 1 Buchstabe bi*, die unter Vorbehalt der Grundzüge der jeweiligen Rechtsordnung steht, dehnt den Bereich der Strafbarkeit erheblich aus. Bereits der wissentliche Erwerb, der Besitz und die Verwendung überhaupt von Werten aus Haupttaten soll strafbar sein, soweit dem Täter die Herkunft bereits zum Zeitpunkt des Erwerbes bekannt waren. Nicht bei jeder Entgegennahme von kriminell erlangten Werten kann automatisch auf eine Vereitelungseignung im Sinne von Artikel 305bis Ziffer 1 StGB geschlossen werden. Der Sache nach entsprechen die in Artikel 6 Ziffer 1 Buchstabe bi umschriebenen Verhaltensweisen ohnehin eher dem Tatbestand der Hehlerei (Art. 160 StGB), wobei sich auch dort Lücken ergeben, nämlich erstens, wenn der Gegenstand nicht aus einem Vermögensdelikt stammt und zweitens, wenn es sich dabei um ein Ersatzobjekt handelt. Bezüglich Buchstabe bi muss die Schweiz daher die durch die Bestimmung eingeräumte Flexibilität bezüglich der vorbehaltenen Grundzüge der Rechtsordnung in Anspruch nehmen⁵³.

Artikel 6 Ziffer 1 Buchstabe bii will sicherstellen, dass auch der Versuch und die Teilnahme an den in Buchstaben ai, aii und bi genannten Taten unter Strafe gestellt werden. Die sich teilweise überschneidenden Formulierungen der Bestimmung sind darauf zurückzuführen, dass namentlich Teilnahmehandlungen von den verschiedenen Rechtssystemen mit abweichenden Regelungstechniken und Begriffsbestimmungen erfasst werden. Bei der Umsetzung von Artikel 6 Ziffer 1 Buchstabe bii in die Landesrechte der Vertragsstaaten kommt daher dem Vorbehalt der Grundzüge der Rechtsordnung weitreichende Bedeutung zu.

Artikel 6 Ziffer 2 Buchstabe a legt den Vertragsstaaten nahe, Absatz 1 auf einen möglichst breiten Katalog von Haupttaten, sprich Vortaten, anzuwenden. Gemäss der verpflichtenden Mindestanforderung in *Buchstabe b* schliesst jeder Vertragsstaat alle schweren Straftaten im Sinne des Artikels 2 und die in Übereinstimmung mit den Artikeln 5, 8 und 23 umschriebenen Straftaten in die Kategorie der Haupttaten ein. Nach Artikel 305bis StGB setzt die Strafbarkeit wegen Geldwäscherei voraus, dass die entsprechenden Vermögenswerte aus einem Verbrechen herrühren. Schwere Straftaten nach Artikel 2 des Übereinkommens, die Beteiligung an einer kriminellen Organisation und Korruption gemäss dem Übereinkommen sind im Schweizerischen Strafrecht ausnahmslos Verbrechen und gelten somit als Vortaten zur Geldwäscherei. Was die Behinderung der Justiz nach Artikel 23 des Übereinkommens betrifft, ist voranzusetzen, dass als Vortaten zur Geldwäscherei nur Sachverhalte in Frage kommen, die überhaupt deliktische Vermögenswerte hervorbringen können. Dies ist typischerweise in Buchstabe a von Artikel 23 (Einflussnahme auf Zeugen und Beweismittel) der Fall. Die entsprechenden Verhaltensweisen stellen im

⁵³ Vgl. Art. 6 Ziff. 1c des Europaratsübereinkommens Nr. 141. Auch dort hat die Schweiz die durch den analogen Verweis auf die Grundzüge der Rechtsordnung eröffnete Flexibilität in Anspruch genommen, was bis heute unbestritten geblieben ist.

schweizerischen Strafrecht durchgehend Verbrechen und damit Vortaten dar (vgl. Ziff. 2.2.21.).

Nach *Buchstabe c* muss eine Bestrafung der Geldwäscherei – unter der Voraussetzung der beidseitigen Strafbarkeit der Vortat - auch dann erfolgen können, wenn die Vortat nicht in die gerichtliche Zuständigkeit der Vertragspartei fällt. Diese Verpflichtung wird durch Artikel 305bis Ziffer 3 StGB erfüllt.

Die Vertragsstaaten werden in *Buchstabe d* ausserdem verpflichtet, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Abschriften oder Beschreibungen ihrer Gesetze zur Umsetzung dieses Artikels sowie jeder späteren Änderung dieser Gesetze zu übermitteln.

Gesamthaft gesehen kann davon ausgegangen werden, dass die schweizerische Gesetzgebung den Anforderungen von Artikel 6 genügt.

2.2.6.2. Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei (Art. 7)

Gemäss *Artikel 7 Ziffer 1 Buchstabe a* müssen die Staaten ein umfassendes innerstaatliches Regulations- und Aufsichtssystem für Banken und für Finanzinstitute des Nichtbankensektors sowie nach Bedarf und im Rahmen ihrer Zuständigkeit für andere besonders geldwäschegefährdete Einrichtungen schaffen. Besonderes Gewicht ist dabei auf die Identifizierung der Kunden, die Aufbewahrung von Unterlagen und die Meldung verdächtiger Transaktionen zu legen.

Die Schweiz verfügt über ein Dispositiv zur Verhütung der Geldwäscherei und deren Bekämpfung, das die strengsten in diesem Bereiche existierenden internationalen Standards wie diejenigen der Arbeitsgruppe „Finanzielle Massnahmen gegen die Geldwäsche“ (GAFI)⁵⁴, des Europarates⁵⁵, der Egmont Group⁵⁶ und des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht erfüllt. Das Geldwäschereigesetz regelt die Bekämpfung der Geldwäscherei im Sinne von Artikel 305 bis StGB und die Sicherstellung der Sorgfalt bei Finanzgeschäften. Es ist anwendbar auf alle Finanzintermediäre in der Schweiz. Das sind einerseits insbesondere Einrichtungen, die der Aufsicht der Eidgenössischen Bankenkommision (EBK)⁵⁷ unterstehen, Versicherungen und Spielbanken sowie andererseits alle Personen, die berufsmässig fremde Vermögenswerte annehmen, aufbewahren oder helfen, sie anzulegen oder zu übertragen, insbesondere Vermögensverwalter. Das GwG verpflichtet die Finanzintermediäre, ihre Kunden

⁵⁴ Die GAFI (groupe d'action financière) ist eine zwischenstaatliche Organisation, die anlässlich eines Gipfels der G7 1989 in Paris gegründet wurde. Sie zählt 29 Mitgliedstaaten, darunter auch die Schweiz, und zwei internationale Organisationen (die Europäische Union und der «Conseil de coopération du Golfe»). Ihre Aufgabe liegt darin, die Methoden der Geldwäscherei zu untersuchen und Strategien für deren Bekämpfung zu entwickeln und zu gewährleisten. Die Empfehlungen der GAFI legen internationale Standards zur Bekämpfung der Geldwäscherei fest.

⁵⁵ Übereinkommen über Geldwäscherei sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten vom 8. November 1990, in Kraft getreten für die Schweiz am 1. September 1993, SR **0.311.53**.

⁵⁶ Die *Egmont Group* ist eine informelle Arbeitsgruppe, welche zum Ziel hat, Voraussetzungen zu schaffen für einen gesicherten, raschen und rechtlich zulässigen Austausch von Informationen, die der Bekämpfung der Geldwäscherei dienen. Sie umfasst zur Zeit 69 Mitglieder, darunter auch die Schweiz.

⁵⁷ Die EBK übt insbesondere die Aufsicht über das Bankenwesen, die Anlagefonds und das Börsenwesen aus.

zu identifizieren und die an den ihnen anvertrauten Vermögenswerten wirtschaftlich Berechtigten festzustellen («know your customer») als auch die Dokumente über die getätigten Transaktionen und die ausgeführten Identifikationen und Verifizierungen aufzubewahren («paper trail»). Bei begründetem Verdacht auf Geldwäscherei haben die Finanzmediäre die Pflicht, die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS)⁵⁸ sofort zu benachrichtigen und die verdächtigen Vermögenswerte unverzüglich zu sperren. Die spezialgesetzlichen Aufsichtsbehörden (Eidg. Bankenkommission, Bundesamt für Privatversicherung, Spielbankenkommission), die Kontrollstelle und die Meldestelle können einander alle für die Durchsetzung des Geldwäschereigesetzes notwendigen Auskünfte erteilen und entsprechende Dokumente übermitteln.

Die Vertragsstaaten haben gemäss *Ziffer 1 Buchstabe b* sicherzustellen, dass die mit der Bekämpfung der Geldwäscherei befassten Verwaltungs-, Strafverfolgungs- und sonstigen Behörden in der Lage sind, auf nationaler und internationaler Ebene zusammenzuarbeiten und Informationen auszutauschen. Ferner haben sie die Schaffung eines nationalen Zentrums für die Sammlung, Analyse und Verbreitung von Informationen über mögliche Geldwäschereitätigkeiten in Erwägung zu ziehen. Generell ist über das Rechtshilfegesetz die Zusammenarbeit mit Gerichten und Strafverfolgungsbehörden auf internationaler Ebene gewährleistet. Die Schweiz hat auf der Grundlage des Geldwäschereigesetzes die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) geschaffen. Diese Meldestelle erfüllt die Aufgabenumschreibung der Egmont Group voll und ganz und somit auch die fakultativen Anforderungen von *Ziffer 1 Buchstabe b*. Die Meldestelle darf im Rahmen der Bekämpfung der Geldwäscherei mit ihren Partnerstellen im Ausland (FIUs) Personendaten austauschen (Art. 32 GwG). Im weiteren können die Kontrollstelle zur Bekämpfung der Geldwäscherei und das MROS einander alle für die Durchsetzung des Geldwäschereigesetzes notwendigen Auskünfte erteilen beziehungsweise Unterlagen übermitteln (Art. 29 GwG). Schliesslich ist auch der Informationsaustausch der Meldestelle mit den Strafverfolgungsbehörden im In- und Ausland ausdrücklich vorgesehen (Art. 32 und 35 GwG i.V. mit Art. 10 der Verordnung über die Meldestelle für Geldwäscherei [MGwV] und Art. 13 Abs. 2 ZentG).

Neben der im repressiven Bereich tätigen Geldwäschereiabteilung der Bundeskriminalpolizei (BKP) und dem MROS befasst sich im Bundesamt für Polizei auch der Dienst für Analyse und Prävention (DAP) mit dem Thema Geldwäscherei. Die analytischen Aufgaben beziehen sich auf die systematische Bearbeitung der konkreten Fälle zwecks Herausarbeitung der *modi operandi* und somit einer Typologie, auf eine Sammlung und Analyse der ausgesprochenen Urteile sowie auf die Beobachtung neuer Formen und Möglichkeiten zur Geldwäscherei. Die Zusammenarbeit zwischen den drei Stellen ist eng und problemorientiert.

Das Übereinkommen regt in *Ziffer 2* hinsichtlich des grenzüberschreitenden Bargeldverkehrs die Einführung von praktisch durchführbaren Massnahmen an, die jedoch strengen Sicherheitsbestimmungen zur Gewährleistung der ordnungsgemässen Verwendung von Informationen unterliegen müssen und in keiner Weise den freien Kapitalverkehr behindern dürfen. In der Schweiz besteht

⁵⁸ Die Meldestelle für Geldwäscherei, auch unter dem englischen Namen Money Laundering Reporting Office Switzerland (MROS) bekannt, ist dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement angegliedert.

für die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren zwar grundsätzlich eine Deklarationspflicht⁵⁹. Da Bargeld zoll- und mehrwertsteuerfrei ist und dessen Ein-, Aus- und Durchfuhr nicht eingeschränkt ist (keine Devisendeklarationspflicht)⁶⁰, besteht aufgrund von Effizienzüberlegungen kein Anlass zur speziellen Überwachung durch die Zollverwaltung. Eine sinnvolle Überwachung müsste gegebenenfalls – nebst dem Handelswarenverkehr – auch den Reisendenverkehr mit einbeziehen, bei welchem indessen eine konsequente Durchsetzung einer Deklarationspflicht für Bargeld unmöglich ist⁶¹. Umfassende Kontrollen sind im grenzüberschreitenden Verkehr in diesem Umfang und mit den vorhandenen Ressourcen illusorisch. Ebenso wenig gewährleistet ist eine lückenlose Überwachung der grünen Grenze. Werden jedoch im Rahmen der Zollkontrolle Anhaltspunkte festgestellt, die auf einen Verdacht auf strafbare Handlungen schliessen lassen (z.B. im Zusammenhang mit Geldwäscherei oder einem Verbrechen), wird dies bereits heute nach gängiger Praxis entweder der Meldestelle für Geldwäscherei gemeldet, oder es wird unverzüglich die Polizei beigezogen⁶².

Die Vertragsstaaten werden in *Ziffer 3* ferner aufgefordert, sich bei der Schaffung eines innerstaatlichen Regulierungs- und Aufsichtssystems von den diesbezüglichen Initiativen der regionalen, interregionalen und multilateralen Organisationen gegen Geldwäscherei leiten zu lassen. In den „travaux préparatoires“ wird diese Aufforderung dahingehend präzisiert, dass sich diese *Ziffer* insbesondere auf die Empfehlungen der FATF bezieht, welche die Schweiz als Gründungsmitglied dieses Gremiums erfüllt.

Gemäss *Ziffer 4* sind die Vertragsstaaten bestrebt, die Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu fördern mit dem Ziel, die Geldwäscherei zu bekämpfen. Die in dieser *Ziffer* verlangten Massnahmen werden von der Schweiz vollumfänglich erfüllt (vgl. dazu die Ausführungen zu Artikel 18 unter *Ziffer 2.2.16*).

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die geltende schweizerische Gesetzgebung die Anforderungen von Artikel 7 erfüllt.

2.2.7. Kriminalisierung der Korruption und Massnahmen gegen die Korruption (Art. 8 und 9)

Die Vertragsstaaten verpflichten sich in *Ziffer 1*, die aktive und passive Korruption von eigenen Amtsträgern zu bestrafen. Demgegenüber haben sie gemäss *Ziffer 2* die Bestrafung der Bestechung ausländischer und internationaler Amtsträger lediglich in Erwägung zu ziehen. Bestechung beinhaltet nach der Definition des Übereinkommens das Versprechen, Anbieten oder Gewähren bzw. auf der passiven Seite die Forderung oder Annahme eines nicht gebührenden Vorteils für die Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung.

⁵⁹ Art. 6 Abs. 1 Zollgesetz, SR 631.0.

⁶⁰ Art. 14 Ziff. 3 Zollgesetz und Art. 74 Ziff. 2 Mehrwertsteuergesetz, SR 641.20.

⁶¹ Täglich überqueren durchschnittlich 650'000 Reisende und 270'000 Fahrzeuge die Schweizer Grenze.

⁶² Vgl. zum Ganzen Botschaft betreffend die Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge sowie die Änderung des Strafgesetzbuches und die Anpassung weiterer Bundesgesetze vom 26. Juni 2002, BBl 2002 5419; beide Übereinkommen wurden von der Schweiz am 23. 9.2003 ratifiziert.

Die Schweiz hat in den letzten Jahren die Prävention und Repression der Korruption fortlaufend verstärkt. Im Zentrum steht das am 1. Mai 2000 in Kraft getretene neue Korruptionsstrafrecht (Art. 322ter - 322 octies StGB), womit unter anderem die aktive Bestechung ausländischer Amtsträger strafbar geworden ist. Diese Revision ermöglichte es der Schweiz, am 31. Mai 2000 dem OECD-Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr beizutreten. Am 1. Januar 2001 ist ferner das Bundesgesetz über die Unzulässigkeit steuerlicher Abzüge von Bestechungsgeldern in Kraft getreten⁶³.

Im schweizerischen Korruptionsstrafrecht bestehen noch Lücken, die anlässlich der Ratifikation des Strafrechtsübereinkommens des Europarates gegen die Korruption⁶⁴ zu schliessen sein werden. Insbesondere fehlt im Strafgesetzbuch die Strafbarkeit der passiven Bestechung von ausländischen Beamten. Dies sowie eine verstärkte Bestrafung der Privatbestechung bilden zentrale Vorschläge der Ratifikationsvorlage, welche vom Bundesrat im Herbst 2003 in die Vernehmlassung gegeben worden ist⁶⁵. Da sich die Vertragsstaaten des vorliegenden Übereinkommens jedoch nur verpflichten, die Bestrafung der aktiven und passiven Bestechung inländischer Amtsträger sicherzustellen, geht bereits das geltende Recht über den Mindeststandard des Übereinkommens hinaus.

Die Staaten haben sodann nach *Artikel 9* gesetzliche, administrative oder sonstige Massnahmen gegen die Korruption zu ergreifen. So sollen insbesondere im Rahmen ihrer Rechtsordnung Massnahmen getroffen werden, welche die Integrität von Amtsträgern fördern und deren Bestechung verhindern bzw. diese bestrafen (*Ziff. 1*). Ferner sollen diese Behörden mit ausreichender Unabhängigkeit ausgestattet werden (*Ziff. 2*).

Der Bundesrat und das Parlament haben in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen zur besseren Prävention und Repression der Bestechung getroffen. Im Zentrum steht dabei das bereits erwähnte, seit dem 1. Mai 2000 in Kraft stehende, neue Korruptionsstrafrecht. Hinzuweisen ist aber auch auf das von den Eidgenössischen Räten verabschiedete Bundesgesetz über die Unzulässigkeit steuerlicher Abzüge von Bestechungsgeldern, welches anfangs 2001 in Kraft getreten ist. Zu nennen sind weiter die 1998 erstellte umfassende Analyse über Korruptionsgefährdungen und Sicherheitsvorkehrungen in der gesamten Bundesverwaltung sowie der Verhaltenskodex für Bundesbedienstete. In strafprozessualer Hinsicht ist schliesslich die per anfangs 2002 eingeführte verstärkte Rolle des Bundes bei der Verfolgung von organisiertem Verbrechen und Wirtschaftskriminalität zu erwähnen. Namentlich umfasst die gemäss Artikel 340bis StGB neu eingeführte Bundesgerichtsbarkeit auch die Bestechungstatbestände.

Die Unabhängigkeit der Justiz, wie in *Ziffer 2* gefordert, ist in der Schweiz auf allen Stufen gewährleistet.

⁶³ AS 2000, 2148

⁶⁴ Unterzeichnet von der Schweiz am 26. Februar 2001.

⁶⁵ Vgl. Vorentwurf und Erläuternder Bericht betreffend Beitritt zum Strafrechts-Übereinkommen und zum Zusatzprotokoll des Europarates gegen die Korruption sowie Änderung des Strafgesetzbuches und des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, EJPD, August 2003.

2.2.8. Verantwortlichkeit juristischer Personen (Art. 10)

Die Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten in *Artikel 10* zur Einführung einer Unternehmenshaftung (*Ziff. 1*), die wahlweise strafrechtlich, zivilrechtlich oder verwaltungsrechtlich ausgestaltet sein kann (*Ziff. 2*). In jedem Fall sind aber wirksame, angemessene und abschreckende Sanktionen unter Einschluss von Geldstrafen vorzusehen (*Ziff. 4*). Die Verantwortlichkeit des Unternehmens darf weiter die strafrechtliche Verantwortlichkeit der natürlichen Person, welche die Straftaten begangen hat, nicht ausschliessen (*Ziff. 3*). Vielmehr haben die Vertragsstaaten für eine Verantwortlichkeit des Unternehmens zu sorgen, welche von der Verantwortlichkeit des Einzelnen unabhängig ist.

Diese Konventions-Bestimmung entspricht der Tendenz, in internationalen Übereinkommen auf dem Gebiet des Strafrechts die Verantwortlichkeit juristischer Personen vorzusehen, wie dies namentlich auch im OECD-Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr der Fall ist⁶⁶. Auch in der EU ist dieses Konzept in Teilbereichen bereits verwirklicht worden⁶⁷. Verschiedene Länder des kontinentaleuropäischen Rechtskreises (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Island, Niederlande, Norwegen), des asiatischen Rechtskreises (Japan, Korea) sowie die meisten Länder des angelsächsischen Rechtskreises (Australien, England und Wales, Kanada, Neuseeland, USA) kennen bereits Strafbestimmungen für Unternehmen⁶⁸.

Die Eidgenössischen Räte haben die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Unternehmens im Rahmen der Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches als neue Artikel 102 f. nStGB beschlossen⁶⁹. Um ein rechtzeitiges Inkrafttreten dieser Bestimmungen zur Umsetzung des UNO-Übereinkommens zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung zu gewährleisten, wurde die Unternehmenshaftung (mit ergänztem Deliktskatalog) in jene Vorlage⁷⁰ übertragen und vom Parlament im Frühjahr 2003 verabschiedet⁷¹. Seit ihrer Inkraftsetzung am 1. Oktober 2003 ist die strafrechtliche Unternehmenshaftung damit im bestehenden Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches als Artikel 100quater und 100quinquies eingefügt.

Der neue Artikel 100 quater StGB führt eine allgemeine subsidiäre strafrechtliche Verantwortlichkeit der juristischen Person ein, wenn die Tat wegen mangelhafter

⁶⁶ Von den Schweiz ratifiziert am 31. Mai 2000; ebenso z.B. das UNO-Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus, BBl **2002** 5462ff.; das Europaratsübereinkommen vom 27.1.2001 zur strafrechtlichen Bekämpfung der Korruption (ETS 173), von der Schweiz unterzeichnet am 26.2.2001; das Europaratsübereinkommen vom 23. November 2001 über die Cyber-Kriminalität (ETS 185), von der Schweiz unterzeichnet am 23.11.2001.

⁶⁷ Vgl. z.B. EWG-Kartell-Verordnung (Nr. 17) von 1962; Verordnung 2988/95 vom 18.11.1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft sowie Zweites Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der EG von 1997.

⁶⁸ Vgl. OECD Working Group on Bribery in International Business Transactions (CIME): Corporate Liability Rules in the Common Law Jurisdictions of Australia, Canada, England and Wales, New Zealand and the United States, Doc. DAF/IME/BR (2000)22 vom 14.09.2000, sowie Corporate Liability Rules in Civil Law Jurisdictions, Doc. DAF/IME/BR (2000)23 vom 25.09.2000.

⁶⁹ BBl **2002** 8240.

⁷⁰ Botschaft betreffend die internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge, BBl **2002** 5390ff.

⁷¹ BBl **2003** 2847 ff.

Organisation des Unternehmens keiner bestimmten natürlichen Person zugerechnet werden kann (*Abs. 1*). Unabhängig von der Strafbarkeit natürlicher Personen besteht eine primäre Verantwortlichkeit für bestimmte Deliktskategorien, namentlich kriminelle Organisation, Geldwäscherei sowie Korruption, wenn dem Unternehmen vorzuwerfen ist, dass es nicht alle erforderlichen und zumutbaren organisatorischen Vorkehren getroffen hat, um eine solche Straftat zu verhindern (*Abs. 2*).

Bezüglich der schweren Straftaten, an denen eine organisierte kriminelle Gruppe mitgewirkt hat und den Artikeln 5, 6 und 8 des Übereinkommens erfüllt die Schweiz mit der Einführung der primären Unternehmenshaftung die Anforderungen von Artikel 10. Es stellt sich einzig die Frage, ob die subsidiäre Verantwortlichkeit des Unternehmens für den Anwendungsbereich von Artikel 23 (Kriminalisierung der Behinderung der Justiz) genügt. Auf den ersten Blick scheint die subsidiäre Unternehmenshaftung nach Absatz 1 von Artikel 100quater den Intentionen des Übereinkommens nicht vollumfänglich zu entsprechen, da in diesem Fall eine parallele Sanktionierung der natürlichen und juristischen Person nicht möglich ist. Artikel 23 stellt jedoch ohnehin einen Grenzbereich dar, als sich, sofern es sich nicht um Korruption handelt, eine praktische Bedeutung der Mitwirkung eines Unternehmens in solchen Fällen kaum vorstellen lässt. Die Haftung des Unternehmens nach Artikel 100quater StGB vermag daher gesamthaft gesehen den Anforderungen des Übereinkommens zu genügen.

2.2.9. Strafverfolgung, Aburteilung und Sanktionen (Art. 11)

Ziffer 1 verpflichtet die Vertragsstaaten, die Begehung der in Artikel 5, 6, 8 und 23 umschriebenen Straftaten mit Sanktionen zu bedrohen, die der Schwere der Straftaten Rechnung tragen.

Ziffer 2 verlangt von den Vertragsstaaten, deren Recht den Behörden ein Strafverfolgungsermessen einräumt, dass die Wirksamkeit der Strafrechtspflege nicht einer allzu grosszügigen Anwendung des Opportunitätsprinzips geopfert wird. Zu diesem Zweck soll der effizienten Aufklärung von Straftaten wie auch der abschreckenden Wirkung der Sanktionen gebührend Rechnung getragen werden. Der Kassationshof des Bundesgerichts äusserte sich dahingehend, dass Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit die Beachtung des Legalitätsprinzips erforderten und dieses nur ausnahmsweise und in genau umschriebenen Fällen durchbrochen werden dürfe⁷². Insofern ist sichergestellt, dass die Wirksamkeit der Strafrechtspflege auch unter der Herrschaft von Verfahrensordnungen, welche ein gemässigttes Opportunitätsprinzip kennen, nicht eingeschränkt wird.

Ziffer 4 schreibt vor, dass die Staaten dafür zu sorgen haben, dass beim Entscheid über die bedingte Entlassung die Schwere der Tat im Sinne von *Ziffer 1* mitberücksichtigt wird. Artikel 38 StGB verlangt für die bedingte Entlassung neben einer günstigen Prognose in zeitlicher Hinsicht die Mindestverbüsung von zwei Dritteln der Strafe. Bereits damit wird mittelbar der Schwere der Tat Rechnung getragen. Im Rahmen der Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches ist zudem bei der bedingten Entlassung aus dem Vollzug einer wegen eines schweren Deliktes ausgesprochenen Freiheitsstrafe eine vorausgehende Anhörung von Vertretern der Strafverfolgung, des Strafvollzuges und der

⁷² BGE 109 IV 49f..

Psychiatrie erforderlich. Insbesondere der von der Psychiatrie zu leistende Beitrag läuft auf eine eigentliche klinische Prognosestellung hinaus. Als schwere Delikte gelten solche mit schweren körperlichen, seelischen oder materiellen Schädigungen⁷³. Auch damit ist den Anforderungen des Übereinkommens Genüge getan.

Ziffer 5 legt den Vertragsstaaten nahe, für Straftaten gemäss Ziffer 1 lange Verjährungsfristen für die Strafverfolgung und noch längere Fristen für den Fall, dass sich die verdächtige Person der Rechtspflege entzogen hat, vorzusehen. Seit dem 1. Oktober 2002 ist der revidierte Artikel 70 StGB (Fristen für die Verfolgungsverjährung) in Kraft, wonach die Strafverfolgung in 30 Jahren verjährt, wenn die Tat mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht ist, in 15 Jahren, wenn die Tat mit Gefängnis von mehr als drei Jahren oder mit Zuchthaus bedroht ist und in 7 Jahren, wenn die Tat mit einer anderen Strafe bedroht ist. Damit genügt die Schweiz den Anforderungen des Übereinkommens.

2.2.10. Einziehung und Beschlagnahme (Art. 12)

Artikel 12 Ziffern 1 und 2 verlangen von den Vertragsstaaten, dass Gegenstände, welche für die Begehung der gemäss diesem Übereinkommen sanktionierten Straftaten verwendet oder bestimmt worden sind, sowie die aus diesen Straftaten stammenden Erträge oder deren Wertersatz eingezogen und im Hinblick auf eine Einziehung ermittelt, eingefroren oder beschlagnahmt werden können.

Das schweizerische Strafrecht verfügt mit den Artikeln 58 ff. StGB über griffige Einziehungsbestimmungen, die auch den Anforderungen des Übereinkommens zu genügen vermögen. Im Hinblick auf eine spätere Einziehung können Gegenstände im Sinne von Artikel 58 StGB sowie sämtliche Vermögenswerte beschlagnahmt werden, die durch eine strafbare Handlung erlangt worden sind oder dazu bestimmt waren, eine strafbare Handlung zu veranlassen oder zu belohnen (Art. 59 Ziff. 1 StGB).

Besonders weitreichende Möglichkeiten der Einziehung und Beschlagnahme bestehen bei Vermögenswerten krimineller Organisationen. Der Richter kann – gestützt auf Artikel 59 Ziffer 3 und Artikel 260bis StGB – die Einziehung aller Vermögenswerte anordnen, welche der Verfügungsmacht einer kriminellen Organisation unterliegen. Bei Vermögenswerten einer Person, die sich an einer solchen Organisation beteiligt oder sie unterstützt hat, wird die Verfügungsmacht der Organisation bis zum Beweis des Gegenteils vermutet. Diese erleichterte Einziehung verfolgt das Ziel, die Einziehungsmöglichkeit von Vermögenswerten derartiger Organisationen zu erweitern und zugleich den Zugriff auf deren Betriebskapital zu ermöglichen. Die Einziehung soll hier auch präventiv wirken, indem der kriminellen Organisation ihre finanzielle Basis entzogen wird. Entsprechend weitreichend sind die Möglichkeiten der Beschlagnahme im Hinblick auf kriminelle Organisationen sowie im Hinblick auf Personen, die wegen Unterstützung und Beteiligung an einer kriminellen oder terroristischen Organisation angeschuldigt sind. Mit Blick auf die Sicherung der beweis erleichterten Einziehung kann deren gesamtes Vermögen beschlagnahmt werden.

⁷³ Art. 75a nStGB, BBl 2002 8240.

Sind Erträge aus Straftaten zum Teil oder ganz in andere Vermögensgegenstände umgeformt oder umgewandelt worden, so unterliegen gemäss *Ziffer 3* anstelle der Erträge diese Vermögensgegenstände den genannten Massnahmen. Sind Erträge aus Straftaten mit aus rechtmässigen Quellen erworbenen Vermögensgegenständen vermischt worden, so können gemäss *Ziffer 4* diese Vermögensgegenstände bis zur Höhe des Schätzwertes der Erträge, die vermischt worden sind, eingezogen werden. Erträge aus Einziehungssubstrat unterliegen gemäss *Ziffer 5* den gleichen Massnahmen. Nach schweizerischem Strafrecht (Art. 59 Ziff. 2 Abs.1) erkennt der Richter auf eine Ersatzforderung des Staates in gleicher Höhe, wenn die der Einziehung unterliegenden Vermögenswerte nicht mehr vorhanden sind. Die Ersatzforderung schliesst allfällige zwischen dem Zufluss sowie dem Einziehungsentscheid erzielte Erträge auf den Einziehungswerten sowie der Ersatzforderung seit Eintritt des Ersatzforderungsfalles ein⁷⁴. Damit sind die vom Übereinkommen geforderten Massnahmen abgedeckt

Ziffer 6 verpflichtet zur Sicherstellung von Bank-, Finanz- oder Geschäftsunterlagen zum Zwecke der Beschlagnahme und Einziehung. Die Vertragsstaaten können sich dieser Verpflichtung nicht unter Berufung auf das Bankgeheimnis entziehen. Das schweizerische Bankgeheimnis⁷⁵ behält die eidgenössischen und kantonalen Vorschriften über die Zeugnis- und Auskunftspflichten gegenüber Behörden ausdrücklich vor⁷⁶ und die anwendbaren Prozessordnungen verfügen durchgehend über die erforderlichen Möglichkeiten der Aktenedition.

Ziffer 7 regt an, bezüglich des Nachweises der Herkunft von zweifelhaften Vermögenswerten eine Umkehr der Beweislast zu prüfen. Artikel 59 Ziffer 3 StGB trägt dieser Anregung bezüglich krimineller Organisationen Rechnung.

2.2.11. Internationale Zusammenarbeit zum Zwecke der Einziehung (Art. 13)

Die wichtigsten nachfolgenden Regeln sind in *Artikel 13* aufgeführt und betreffen die internationale Zusammenarbeit zum Zwecke der Einziehung. In den Schranken der innerstaatlichen Rechtsordnung sind zwei Formen einer möglichst weit gehenden Zusammenarbeit zum Zwecke der Einziehung vorgesehen (*Art. 13 Ziff. 1*). Die erste verlangt - auf Anfrage des ersuchenden Staates - einen von den zuständigen Behörden des ersuchten Staates ausgesprochenen Einziehungsentscheid und gegebenenfalls die Vollstreckung dieses Entscheids. Die zweite Form der Zusammenarbeit verlangt - in den Grenzen der Anfrage - die Vollstreckung des ausländischen Einziehungsentscheids durch die nationalen Behörden des ersuchten Staates gemäss Artikel 12 Absatz 1 des Übereinkommens (Einziehung bei Straftaten gemäss der Konvention). Bereits das Übereinkommen über Geldwäscherei des Europarates⁷⁷ regelt die beiden Formen der Zusammenarbeit im Bereiche der Einziehung. Das Strafrecht legt die

⁷⁴ Niklaus Schmid, Kommentar Einziehung, Organisiertes Verbrechen, Geldwäscherei, Band I, Zürich 1998, N 110 zu StGB 59.

⁷⁵ Art. 47 des Bankengesetzes; SR 952.0.

⁷⁶ BGE 115 Ib 83 Erw. b oder 112 III 9.

⁷⁷ Art. 13 des Übereinkommens über Geldwäscherei sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten, SR 0.311.53.

Bedingungen fest, unter denen die Einziehung gewährt werden kann. Im Bereich der Rechtshilfe in Strafsachen, im Sinne von Artikel 74 IRSG, erfolgt die Herausgabe der Beweismittel auf Ersuchen, zu den in der Endentscheidung festgelegten Bedingungen (Art. 80d IRSG). Auf der anderen Seite ermächtigt Artikel 74a IRSG - ebenfalls auf Ersuchen - zur Rückgabe der Gegenstände oder Vermögenswerte zum Zwecke der Einziehung oder Rückerstattung, und zwar grundsätzlich aufgrund des endgültigen und vollstreckbaren Entscheides des ersuchenden Staates. In diesem Zusammenhang ist auch das zukünftige Bundesgesetz über die Teilung eingezogener Vermögenswerte⁷⁸, welches besonders die Teilung eingezogener Vermögenswerte zwischen der Schweiz und ausländischen Staaten⁷⁹ regelt, zu erwähnen.

Artikel 13 Absatz 2 sieht ferner vor, dass der ersuchte Mitgliedstaat die für eine eventuell nötige Einziehung notwendigen Massnahmen (Identifikation, Lokalisation, Konteneinfrierung, Beschlagnahme) ergreift. In diesem Zeitpunkt des Verfahrens ist ein Einziehungsentscheid noch nicht notwendig. *Artikel 13 Absatz 3* enthält eine Liste von Angaben, welche Einziehungsersuchen enthalten müssen und die zu den Informationen, die ein Rechtshilfeersuchen - Anwendung mutatis mutandis von Art. 18 Abs. 15 der Konvention – bereits beinhalten muss, hinzukommen. Absatz 3 bezieht sich auf die notwendigen Informationen bezüglich Einziehungsentscheiden, die entweder von einer schweizerischen Behörde ausgesprochen werden (Art. 13 Abs. 3 Bst. a), oder die von einer ausländischen Behörde ausgesprochen und durch eine Schweizer Behörde umgesetzt werden (Art. 13 Abs. 3 Bst. b) oder schliesslich bezüglich Ersuchen um notwendige Massnahmen für eine allfällige nachträgliche Einziehung (Art. 13 Abs. 3 Bst. c).

Die Entscheidungen oder Massnahmen, welche vom ersuchten Mitgliedsstaat in Anwendung von Artikel 13 Absatz 1 und 2 getroffen wurden, sind dem jeweiligen Landesrecht oder den massgeblichen internationalen Instrumenten unterworfen (Art. 13 Abs. 4). Artikel 13 gibt den Vertragsstaaten auch die Möglichkeit, eine Zusammenarbeit zu verweigern, wenn die Straftat nicht in den Geltungsbereich des Übereinkommens fällt (Art. 13 Abs. 7). Die Auslegung der in Artikel 13 festgesetzten Regeln darf die Rechte gutgläubiger Dritter nicht beeinträchtigen (Art. 13 Abs. 8) und die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die notwendigen Instrumente bereitzustellen, um die Wirksamkeit der Zusammenarbeit im Sinne von Artikel 13 zu erhöhen (Art. 13 Abs. 9).

2.2.12. Verfügung über eingezogene Erträge aus Straftaten oder Vermögensgegenstände (Art. 14)

Gemäss *Artikel 14 Absatz 1* verfügt ein Vertragsstaat, der Erträge aus Straftaten oder Vermögensgegenstände nach Artikel 12 oder 13 Absatz 1 eingezogen hat, darüber nach seinem innerstaatlichen Recht (vgl. zum schweizerischen Recht die Ausführungen unter Ziff. 2.2.11 zu Art. 13 Abs. 1). *Artikel 14 Absatz 2* verpflichtet die Mitgliedstaaten, die eingezogenen Erträge oder Vermögensgegenstände auf Anfrage des ersuchenden Staates für die Entschädigung der Opfer zu verwenden oder den legitimen Eigentümern auszuhändigen. Zudem werden die Vertragsstaaten ermuntert, internationale Instrumente vorzusehen, welche zwei

⁷⁸ BBl 2002 441.

⁷⁹ Im Geldwäscherei – Übereinkommen (SR 0.311.53) wurde zum ersten Mal eine Grundlage für die Teilung eingezogener Vermögenswerte (Art. 15) geschaffen.

Arten der Teilung der eingezogenen Erträge oder Vermögensgegenstände beinhalten:

- a) die Gesamt- oder Teilauszahlung auf ein selbständiges Konto nach Artikel 30 Absatz 2 Buchstabe c der Konvention (*Art. 14 Abs. 3 Bst. a*);
- b) die systematische oder fallbezogene Teilung mit anderen Staaten (*Art. 14 Abs. 3 Bst. b*), wie es bereits das Übereinkommen über Geldwäscherei des Europarates in Artikel 15 vorsieht ("sharing").

Der vom Bundesrat am 24. Januar 2001 verabschiedete Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Teilung eingezogener Vermögenswerte⁸⁰ bezweckt die Teilung eingezogener Vermögenswerte unter den Kantonen, dem Bund und ausländischen Staaten. Insbesondere enthält er eine ausdrückliche Ermächtigung der Schweiz, internationale Teilungsvereinbarungen abzuschliessen.

2.2.13. Gerichtsbarkeit (Art. 15)

Das Übereinkommen unterscheidet zwischen obligatorischer und fakultativer Zuständigkeit der Vertragsstaaten bei der Verfolgung der Straftaten gemäss den Artikeln 5, 6, 8 und 23 des Übereinkommens.

Artikel 15 Ziffer 1 verpflichtet die Vertragsstaaten, ihre Zuständigkeit obligatorisch zu begründen, wenn die Straftat im Hoheitsgebiet dieses Staates begangen worden ist (Territorialitätsprinzip) oder wenn die Straftat an Bord eines Schiffes, das zur Tatzeit die Flagge dieses Staates führt, oder eines Luftfahrzeugs, das zur Tatzeit nach dem Recht dieses Staates eingetragen ist, begangen worden ist (Flaggenprinzip). Die Zuständigkeit der schweizerischen Gerichte bereitet in diesen Fällen keine Schwierigkeiten. Die Zuständigkeit für Delikte auf schweizerischem Territorium ergibt sich aus Artikel 3 StGB. Sollte eine der massgeblichen Straftaten an Bord eines Schiffes unter Schweizer Flagge stattfinden, findet nach Artikel 4 Ziffer 2 des Seeschiffahrtsgesetzes⁸¹ ohnehin das schweizerische Strafrecht Anwendung. Eine entsprechende Regelung findet sich für Luftfahrzeuge in Artikel 97 Absatz 1 des Luftfahrtgesetzes⁸².

Überdies können die Vertragsstaaten ihre Zuständigkeit fakultativ in vier weiteren Fällen gemäss Ziffer 2 begründen, so insbesondere bei Tatbegehung durch ihre Staatsangehörigen. Das aktive Personalitätsprinzip ist in Artikel 6 StGB enthalten und ermöglicht, dass die Schweizer Strafhoheit auch für Verbrechen und Vergehen zur Anwendung gelangt, die ein Schweizer oder eine Schweizerin im Ausland verübt hat. Die Zuständigkeit der schweizerischen Gerichte ist prinzipiell auch in den übrigen Fällen gegeben.

Die Schweiz muss sodann gemäss *Ziffer 3* Zuständigkeit auch für den Fall begründen können, in dem sich der Verdächtige in der Schweiz befindet und sie ihn nicht ausliefert, weil es sich um einen Schweizer Bürger handelt. Diese Pflicht zu Strafverfolgung bei Nichtauslieferung («aut dedere, aut iudicare») wird in Artikel 16 Absatz 10 separat bekräftigt. Dieser Verpflichtung kommt die Schweiz aufgrund des aktiven Personalitätsprinzips nach.

⁸⁰ BBl 2002 441 ff.

⁸¹ Bundesgesetz über die Seeschiffahrt unter der Schweizer Flagge, SR 747.30.

⁸² Bundesgesetz über die Luftfahrt, SR 748.0.

2.2.14. Auslieferung (Art. 16)

Artikel 16 regelt die Auslieferung für den Geltungsbereich des Übereinkommens. Eine Auslieferung erfordert entweder eine Straftat im Sinne der Artikel 5, 6, 8 oder 23 (Art. 3 Abs.1 Bst. a), oder eine schwere Straftat nach Artikel 2 (Art. 3 Abs. 1 Bst. b). In beiden Fällen muss eine organisierte kriminelle Gruppe beteiligt und die Straftaten müssen transnationaler Natur sein. Die beidseitige Strafbarkeit ist ebenfalls vorgesehen (Ziff. 1).

Es ist festzuhalten, dass die in den obgenannten Artikeln erwähnten Straftatbestände im schweizerischen Recht mindestens mit Gefängnis bedroht sind, die Auslieferung also in Bezug auf die erforderliche Mindesthöhe der Strafe gemäss Artikel 16 Ziffer 7 gewährt werden kann. Die Vertragsstaaten können, wenn gewisse schwere Straftaten des Auslieferungsgesuches in Artikel 16 nicht vorgesehen sind, diese Bestimmung auf alle schweren Straftaten anwenden (Abs. 2), sofern eine der Straftaten zur Auslieferung führt und keine Ablehnungsgründe vorhanden sind (Art. 36 Abs. 2 und Art. 2 ff IRSG).

Artikel 16 enthält auch eine übliche Bestimmung wonach Straftaten, auf welche diese Bestimmung Anwendung findet, zwischen den Vertragsstaaten in den bestehenden und künftigen Übereinkommen als der Auslieferung unterliegende Straftaten anerkannt werden. Ferner unterliegt die Auslieferung den im innerstaatlichen Recht des ersuchten Vertragsstaates oder in den geltenden Auslieferungsverträgen vorgesehenen Bedingungen, unter anderem auch den Bedingungen betreffend die für die Auslieferung erforderliche Mindesthöhe der angedrohten Strafe und die Gründe, aus denen der ersuchte Vertragsstaat die Auslieferung ablehnen kann⁸³ (Ziff. 7). Die Mindesthöhe der angedrohten Strafe stellt für die Schweiz kein Problem dar, weil die Straftaten des Übereinkommens alle mindestens mit Gefängnis bzw. Zuchthaus bedroht sind (Art. 35 Ziff. 1 Bst. a IRSG).

Die Vertragsstaaten müssen sich vorbehaltlich ihres innerstaatlichen Rechts⁸⁴ bemühen, die Auslieferungsverfahren zu beschleunigen und die diesbezüglichen Beweiserfordernisse zu vereinfachen (Ziff. 8). Die vereinfachte Auslieferung mittels Vereinbarung mit dem Ersucherstaat und der Zustimmung der betreffenden Person, wie es im schweizerischen Recht vorgesehen ist (Art. 54 IRSG), kann als Beispiel erwähnt werden.

Die Mitgliedstaaten können, unter Vorbehalt des innerstaatlichen Rechts und der Auslieferungsverträge, die in Anwendung der Konvention verfolgte Person in provisorische Haft nehmen oder andere geeignete Massnahmen treffen, um deren Anwesenheit im Verfahren sicherzustellen (Ziff. 9). Die Schweiz kennt die Festnahme unter dem Titel der vorläufigen Massnahmen (Art. 44 ff IRSG).

Artikel 16 verankert ebenfalls die Maxime "aut dedere aut judicare" für den Fall, dass ein Vertragsstaat eine Person nur deshalb nicht ausliefert, weil sie seine Staatsangehörige ist (Art. 7 IRSG). Die Wirksamkeit der Strafverfolgung wird

⁸³ Zum Beispiel Artikel 2 ff IRSG.

⁸⁴ Vorbehalten sind demzufolge die nationalen Rechtsmittel, die Bestimmung ist nicht direkt anwendbar.

gewährleistet durch die Verpflichtung zur Zusammenarbeit und zur Strafverfolgung ohne ungebührliche Verzögerung und zwar in der selben Weise wie im Falle jeder anderen Straftat schwerer Art nach innerstaatlichem Recht (Ziff. 10).

Artikel 16 sieht ein Verfahren vor, das einer Person, die wegen einer Straftat gemäss dieser Konvention verfolgt wird, eine gerechte Behandlung gewährleistet (Ziff. 13), was in der Schweiz garantiert ist. Diese Bestimmung erlaubt es, von anderen betroffenen Staaten solche Garantien zu fordern.

Auch ein Diskriminierungsverbot ist in *Artikel 16* enthalten, wonach die Verweigerung der Auslieferung einer Person dann erlaubt ist, wenn ernsthafte Gründe für die Annahme bestehen, dass sie in ihrem Heimatstaat wegen ihrer Rasse, Religion, ethnischen Herkunft oder politischen Anschauungen verfolgt oder bestraft wird oder die Lage dieser Person aus einem dieser Gründe erschwert werden könnte (Ziff. 14).

Artikel 16 sieht ferner eine Klausel der „Defiskalisation“ vor, wonach die Auslieferung nicht aus dem einzigen Grund abgelehnt werden darf, dass die Straftat auch fiskalische Angelegenheiten berührt (Ziff. 15). Diese Regelung widerspiegelt eine aktuelle Tendenz (siehe. Art. 13 des Übereinkommens zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus). Es ist darauf hinzuweisen, dass die besagte Regelung nur im Bereiche der Konvention Anwendung findet. Einerseits geht es dabei um die in Art. 5, 6, 8 und 23 verankerten Delikte. Die Beteiligung an einer kriminellen Gruppe, Geldwäscherei, die Bestechung, sowie Verbrechen und Vergehen gegen die Rechtspflege stellen nach geltender schweizerischer Konzeption keine fiskalischen Delikte dar. Für diese Straftatbestände lässt also bereits das geltende Recht die Auslieferung zu. Andererseits besteht eine Verpflichtung zur Auslieferung auch generell bei schwerwiegenden Delikten, wenn eine organisierte kriminelle Gruppe beteiligt ist und die Tat internationale Bezüge aufweist. In diesen Bereichen ist bereits unter bisherigem Recht eine Zusammenarbeit möglich. Hat eine organisierte kriminelle Gruppe auch noch ein Fiskaldelikt begangen, stellt dies kein Problem dar, denn Ziffer 1 von Artikel 16 beschränkt den Anwendungsbereich auf Straftaten des Übereinkommens, welche auslieferungsfähig sind. Auf der anderen Seite unterstellt Artikel 16 Ziffer 7 die Auslieferung den im innerstaatlichen Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen oder den Auslieferungsverträgen, also spielt das Spezialitätsprinzip gegebenenfalls im Endentscheid eine Rolle. In diesem Sinne kann etwa bei Schmuggelatbeständen zwar eine Auslieferung wegen Beteiligung an einer kriminellen Gruppe bewilligt werden, die Verfolgung des Schmuggels an sich ist jedoch ausgeschlossen. Dies stellt in dem Sinne kein Problem dar als der Schmuggel keine Straftat im Sinne des Übereinkommens ist (vgl. den Fall, in dem das Bundesgericht seine ständige Praxis bestätigt hat, wonach die Auslieferung gewährt werden kann, wenn die gesuchte Person gleichzeitig wegen gemeiner Delikte und wegen Delikten, für welche eine Auslieferung nicht in Frage kommt, wie zum Beispiel Fiskaldelikte, verfolgt wird; dies allerdings nur unter der Bedingung, dass die Person nicht wegen der zweitgenannten Delikte bestraft wird und ihre Strafe deswegen auch nicht verschärft wird⁸⁵). Die Ratifikation des vorliegenden Übereinkommens ändert demzufolge nichts an der bestehenden Rechtslage.

⁸⁵

BGE 1A. 328/2000, Erw. 3b, S. 14.

2.2.15. Überstellung verurteilter Personen (Art. 17)

Der nicht zwingend formulierte *Artikel 17* hält die Vertragsstaaten an, im Anwendungsbereich der Konvention Vereinbarungen über die Überstellung verurteilter Personen abzuschliessen und darauf hinzuwirken, dass diese Personen ihre Reststrafe in ihrem Heimatstaat verbüssen können. Die Schweiz ist solchen Instrumenten bereits beigetreten⁸⁶.

2.2.16. Rechtshilfe (Art. 18)

Artikel 18 regelt die Rechtshilfe für die von der Konvention abgedeckten Straftaten. In Anlehnung an praktisch alle internationalen Instrumente statuiert das Übereinkommen eine generelle Verpflichtung, unter den Mitgliedstaaten grösstmögliche Rechtshilfe zu leisten (*Ziff. 1*). Das gilt auch – unter Vorbehalt der anwendbaren Gesetze und Vereinbarungen – wenn das Strafverfahren eine juristische Person betrifft, was in die Schweiz der Fall sein kann (*Ziff. 2*). Die Konvention sieht eine Liste von Massnahmen vor, für welche um Rechtshilfe ersucht werden kann (*Ziff. 3*), wobei auch das innerstaatliche Recht des ersuchten Vertragsstaates berücksichtigt wird (*Ziff. 3 Bst. i*).

Das Übereinkommen begünstigt die freiwillige Übermittlung der Informationen in den Schranken des internen Rechts ohne vorheriges Ersuchen (*Ziff. 4 und 5*). Solches ist auch in anderen Übereinkommen⁸⁷ und im schweizerischen Recht vorgesehen (Art. 67 a IRSG).

Die Verpflichtungen aus anderen internationalen Instrumenten bezüglich der Rechtshilfe bleiben anwendbar und werden nicht berührt (*Ziff. 6*).

Um ein Rechtshilfeersuchen zu verweigern darf man sich nicht auf das Bankgeheimnis berufen (*Ziff. 8*). Es ist festzuhalten, dass in der Schweiz das Bankgeheimnis der Rechtshilfe in Strafsachen nicht entgegen steht. Ebenso verhindert es die Umsetzung eines Übereinkommens, das in Anwendung von Artikel 1 Absatz 1 IRSG dem internen Recht vorgeht⁸⁸, nicht. Demzufolge ist der Inhalt dieser Bestimmung bereits geltendes schweizerisches Recht.

Die beidseitige Strafbarkeit ist in der Konvention ausdrücklich vorbehalten. Die Vertragsstaaten können jedoch die Rechtshilfe nach ihrem Ermessen bewilligen, wenn sie es als angemessen erachten, auch wenn die beidseitige Strafbarkeit nicht gegeben ist (*Ziff. 9*).

Die Überstellung verurteilter Personen⁸⁹, deren Anwesenheit für ein Strafverfahren im Sinne des Übereinkommens erforderlich ist, wird in *Artikel 18 Ziffern 10 bis 12* geregelt. Eine solche Überstellung benötigt die Zustimmung der betreffenden Person und die Zustimmung der betroffenen Staaten, wobei letztere Bedingungen damit verknüpfen können (*Art. 18 Ziff. 10*). Artikel 58 IRSG geht in dem Sinne weiter, als er eine Überstellung auch ohne die Zustimmung der betreffenden

⁸⁶ Zu erwähnen ist insbesondere das Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen; SR 0.343.

⁸⁷ Insbesondere in Artikel 10 der Konvention über die Geldwäscherei.

⁸⁸ BGE 123 II 160, Erw. 7.

⁸⁹ Es handelt sich hier um Personen, welche nicht selbst im Ersucherstaat angeklagt sind.

Person erlaubt. Die Bedingungen der Überstellung sind geregelt (insbesondere die Prinzipien der Inhaftierung, *Art. 18 Ziff. 11*) und ohne Zustimmung darf die überstellte Person keine Einschränkungen der Freiheit, deren Grund vor der Überstellung liegt, erleiden.

Die Vertragsstaaten bestimmen eine zentrale Behörde – die dem Generalsekretär der UNO bekannt gegeben werden muss – welche die Rechtshilfegesuche entgegennimmt, behandelt oder rasch behandeln lässt (*Art. 18 Ziff. 13*; in der Schweiz ist dies das Bundesamt für Justiz). Selbstverständlich bleibt der diplomatische Weg vorbehalten und in Notfällen können die Staaten vereinbaren, sich via Interpol zu verständigen.

Das Übereinkommen regelt die Form (grundsätzlich schriftlich, die akzeptierte Sprache muss dem Generalsekretär der UNO notifiziert werden, *Art. 18 Ziff. 14*) und den Inhalt der Rechtshilfeersuche (Angaben, die darin enthalten sein müssen, *Art. 18 Ziff. 15*). Der ersuchte Staat kann gegebenenfalls ergänzende Angaben anfordern (*Art. 18 Ziff. 16*), was mit der geltenden schweizerischen Praxis vereinbar ist (*Art. 78 Abs. 3 IRSG*). Die Ersuchen werden nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Staates behandelt, nach Möglichkeit entsprechend den im Ersuchen bezeichneten Verfahren (*Art. 18 Ziff. 17*). Die Vernehmung über eine Videokonferenz ist unter gewissen Bedingungen ebenfalls vorgesehen (*Art. 18 Ziff. 18*).

Wenn die Behandlung des Gesuches keine Verbreitung der Informationen verlangt, gibt das Übereinkommen dem ersuchenden Staat die Möglichkeit, vom ersuchten Staat zu verlangen, dass er das Gesuch und dessen Inhalt vertraulich behandelt. Wenn der ersuchte Staat diese Bedingung nicht erfüllen kann, muss er den ersuchenden Staat darüber informieren. Diese Klausel vervollständigt Artikel 18 Ziffer 5, welcher auch anwendbar ist, wenn die Vertragsstaaten durch ein Übereinkommen gebunden sind (s. *Art. 18 Ziff. 7*).

Die Konvention sieht eine Reihe von möglichen Rechtshilfeverweigerungsgründen vor, darunter insbesondere wesentliche Interessen, wie sie oft in internationalen Instrumenten vorgesehen sind. Die Rechtshilfe kann ebenfalls verweigert werden, wenn es dem internen Rechtshilferecht zuwiderliefe, dem Ersuchen stattzugeben (*Art. 18 Ziff. 21 Bst. b und d*). Eine Verweigerung der Rechtshilfe muss immer begründet sein (*Art. 18 Ziff. 23*).

Die „Defiskalisationsklausel“ wie sie im Bereich der Auslieferung vorgesehen ist (*Art. 16 Ziff. 15*) findet man auch bei der Rechtshilfe (*Art. 18 Ziff. 22*). Auch bezüglich der Auslieferung ist dieser Text unproblematisch. Es wird deshalb auf die Ausführungen zu Artikel 16 Ziffer 15 (Ziff. 2.2.14) verwiesen. Schliesslich bleibt auch bei der Rechtshilfe das Spezialitätsprinzip vorbehalten (*Art. 18 Ziff. 19*).

Die Rechtshilfe kann aufgeschoben werden, wenn sie laufende Ermittlungen, Strafverfolgungsmassnahmen oder Gerichtsverfahren im ersuchten Staat beeinträchtigt (*Art. 18 Ziff. 25*). Doch bevor ein Ersuchen abgelehnt oder seine Erledigung verschoben wird, wendet sich der ersuchte Staat an den ersuchenden Staat und prüft, ob die Rechtshilfe unter Bedingungen, die er als erforderlich erachtet, geleistet werden kann (*Art. 18 Ziff. 26*).

Das freie Geleit für Zeugen, Sachverständige oder andere Personen, welche bereit sind auszusagen oder mit dem ersuchten Staat zusammenzuarbeiten und die demzufolge eine momentane strafrechtliche Immunität geniessen, ist im Übereinkommen in der üblichen Weise vorgesehen (*Art. 18 Ziff. 27*).

Die Vollzugskosten der Rechtshilfe sind ebenfalls in einer üblichen Weise geregelt (*Art. 18 Ziff. 28*).

2.2.17. Gemeinsame Ermittlungen (Art. 19)

Die von der Schweiz mit den Nachbarstaaten und mit Ungarn abgeschlossenen Verträge über die polizeiliche und teils auch justizielle Zusammenarbeit bieten die rechtlichen Grundlagen für intensiven polizeilichen Informationsaustausch und enge Zusammenarbeit, wie dies in *Artikel 19* angeregt wird⁹⁰. Wo sich internationale Zusammenarbeit nicht auf bi- oder multilaterale Abkommen abstützen kann, wird sie auf indirektem Weg durchgeführt, indem eigenständige Ermittlungen zeitgleich durchgeführt werden und der polizeiliche Informationsaustausch im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten erfolgt. Auf europäischer Ebene ist die Schweiz zudem bestrebt, mit dem Europäischen Polizeiamt Europol eine bilaterale Kooperationsvereinbarung abzuschliessen. Das ausgehandelte, indes noch nicht unterzeichnete und ratifizierte Abkommen sieht unter anderem die gegenseitige Beratung und Unterstützung bei konkreten Ermittlungen vor.

2.2.18. Besondere Ermittlungsmethoden (Art. 20)

Gemäss *Artikel 20* soll jeder Vertragsstaat im Rahmen seiner innerstaatlichen Rechtsordnung und seiner Möglichkeiten die erforderlichen Massnahmen treffen, um die angemessene Anwendung der kontrollierten Lieferung und anderer besonderer Ermittlungsmethoden wie elektronische und andere Formen der Überwachung und verdeckte Ermittlung zu ermöglichen.

Am 1. Januar 2002 ist das Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs⁹¹ in Kraft getreten. Zur Verfolgung der enumerativ aufgezählten Straftaten kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Überwachung angeordnet werden. Mit der Ergänzung des Delikt catalogs, die im Rahmen der sogenannten Terrorismusvorlage am 21. März 2003 beschlossen

⁹⁰ Gemischt besetzte Kontroll-, Observations- und Ermittlungsgruppen sind explizit vorgesehen in Art. 20 des Vertrags zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit vom 27. April 1999 (in Kraft seit 1. März 2002), BBl 2000 917ff., und Art. 13 des Vertrags zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheits- und Zollbehörden vom 27. April 1999 (in Kraft seit 1. Juli 2001), SR 0.360.163.1. Das mit Frankreich abgeschlossene Abkommen vom 11. Mai 1998, SR 0.360.349.1, ermöglicht die Entsendung von Beamten, welche unter anderem an gemeinsamen Ermittlungen teilnehmen können (Art. 18 ff., Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Justiz, Polizei- und Zollsachen, in Kraft seit 1. Oktober 2000). Das von der Schweiz am 15. Februar 2002 unterzeichnete Zweite Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen sieht in Art. 20 die Möglichkeit der Einsetzung gemeinsamer Ermittlungsgruppen vor. Praktischen Erfahrungsaustausch pflegt die Schweiz auf internationaler Ebene schliesslich durch ihren Einsitz in mehreren Arbeitsgruppen, an deren Sitzungen sich Vertreterinnen und Vertreter der Strafverfolgungsbehörden verschiedener Länder austauschen.

⁹¹ BÜPF, SR 780.1.

wurde⁹², werden die gemäss diesem Übereinkommen relevanten Straftaten vollständig abgedeckt.

Das Bundesgesetz über verdeckte Ermittlung (BVE)⁹³ wurde im Sommer 2003 vom Parlament verabschiedet. Dieses Gesetz regelt verdeckte Ermittlungen für Strafverfahren des Bundes und der Kantone. Insbesondere werden verdeckte Ermittlungen für die Aufdeckung von Verbrechen, die der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen und deren Schwere verdeckte Ermittlungen rechtfertigen, möglich sein. Dies namentlich dann, wenn der Verdacht besteht, dass die strafbaren Handlungen insbesondere von einer kriminellen Organisation begangen wurden. Gestützt auf den Vertrag mit Deutschland würden verdeckte Ermittlungen unter anderem auch auf deutschem Hoheitsgebiet durchgeführt werden können⁹⁴. Das Instrument der kontrollierten Lieferungen kann die Schweiz in der Zusammenarbeit mit einzelnen Nachbarstaaten auch grenzüberschreitend einsetzen⁹⁵. Die ermittlungsunterstützenden Instrumente der elektronischen Überwachung wie auch der Observation werden im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bereits heute eingesetzt.

2.2.19. Kriminalisierung der Behinderung der Justiz (Art. 23)

Die Staaten werden in *Artikel 23* verpflichtet, die vorsätzlich begangene Behinderung der Justiz strafbar zu erklären. Bestraft werden sollen: die Anwendung körperlicher Gewalt, Bedrohung, Einschüchterung oder das Versprechen, Anbieten oder Gewähren eines ungerechtfertigten Vorteils, um in einem Verfahren eine Falschaussage herbeizuführen oder eine Aussage oder die Vorlage von Beweismitteln zu verhindern (*Bst. a*), sowie die Anwendung körperlicher Gewalt, Bedrohung oder Einschüchterung, um einen Justiz- oder Polizeibeamten an der Ausübung seiner Dienstpflichten zu hindern (*Bst. b*).

Das Schweizerische Strafrecht kennt mehrere Tatbestände, welche die Behinderung der Justiz im Sinne des Übereinkommens erfassen. Tathandlungen gemäss *Buchstabe a* werden durch Delikte gegen die Rechtspflege, insbesondere Artikel 307 StGB (Falsches Zeugnis. Falsches Gutachten. Falsche Übersetzung), abgedeckt. Je nach Tatmittel kann es sich auch um strafbare Handlungen gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit oder um Bestechungsdelikte handeln. *Buchstabe b* wird spezifisch durch Artikel 285 StGB (Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte) erfasst. Beide Tatbestände sind, im Falle von Artikel 285 nur bei Gewalt an Personen oder Sachen, als Verbrechen ausgestaltet.

⁹² AS 2003, 3043, in Kraft getreten am 1. Oktober 2003; vgl. auch die entsprechende Botschaft des Bundesrates, BBl 2002 5390 ff.

⁹³ BBl 2003 4465, vgl. auch die Botschaft des Bundesrates vom 1. Juli 1998 zu den Bundesgesetzen betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs und über die verdeckte Ermittlung, BBl 1998 4241, insb. 4317.

⁹⁴ Vgl. Art. 17 und 18 des oben bereits erwähnten Vertrags zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit.

⁹⁵ Siehe Art. 19 resp. 12 in den oben bereits erwähnten Verträgen der Schweiz mit Deutschland und mit Österreich/Fürstentum Liechtenstein.

2.2.20. Zeugenschutz (Art. 24)

Artikel 24 Ziffer 1 verpflichtet die Staaten in allgemeiner Weise, geeignete Massnahmen zu ergreifen, um Zeugen sowie gegebenenfalls ihre Verwandten und andere ihnen nahestehende Personen wirksam vor potentieller Vergeltung oder Einschüchterung zu schützen. Diese Massnahmen können nach *Ziffer 2 Buchstabe a* den physischen Schutz der betreffenden Personen, wie beispielsweise ihre Umsiedelung und die Geheimhaltung ihrer Identität und ihres Aufenthaltsortes, beinhalten. Gemäss *Ziffer 2 Buchstabe b* können sie ferner die Gewährleistung von Sicherheit bei Zeugenaussagen umfassen, indem Kommunikationstechnologien wie Videoverbindungen oder andere geeignete Mittel gestattet werden.

Prozessuale Zeugenschutzmassnahmen nach *Ziffer 2 Buchstabe b* sind in den meisten kantonalen Strafprozessordnungen vorgesehen. Geringere Regelungsdichte besteht hinsichtlich ausserprozessualer Massnahmen nach *Ziffer 2 Buchstabe a*. Nach geltendem Prozessrecht kann einer potenziellen Gefährdung von Zeugen durch folgende Massnahmen begegnet werden: Zeugnisverweigerungsrecht, Personenschutz (namentlich polizeilicher Personenschutz vor, während und nach dem Verfahren), prozessuale Abschirmungsmassnahmen (namentlich durch den Ausschluss der Öffentlichkeit, Geheimhaltung der Personalien im Verfahren und in den Prozessakten sowie durch optische und akustische Abschirmung während der Einvernahme). Auf Bundesebene sieht das Opferhilfegesetz⁹⁶ Persönlichkeitsschutz durch Ausschluss der Öffentlichkeit und Vermeidung der Konfrontation mit dem Angeschuldigten, Beistand und Aussageverweigerung vor. Die Schweiz kennt jedoch demgegenüber wie die meisten anderen Staaten keine ausserprozessualen Zeugenschutzprogramme. Da die Vertragsstaaten, um der Verpflichtung in *Ziffer 1* zu genügen, nicht jede der in *Ziffer 2* vorgeschlagenen Massnahmen umsetzen müssen, genügt das schweizerische Recht den Anforderungen des Übereinkommens.

Der Vorentwurf für eine schweizerische Strafprozessordnung sieht besondere Bestimmungen zum Schutz von Zeugen, Auskunftspersonen, Beschuldigten, Sachverständigen und Übersetzern vor, und verpflichtet die Gerichtsbehörden, angemessene Massnahmen zu treffen, wenn diese Personen einer ernsten Gefahr für Leib und Leben oder einem anderen schweren Nachteil ausgesetzt sind. So kann insbesondere die Feststellung der Personalien oder die Einvernahme in Abwesenheit der Parteien erfolgen, die Anonymität gewahrt und die einzuvernehmende Person vor Gericht abgeschirmt werden⁹⁷. Auf ausgebaute ausserprozessuale Zeugenschutzprogramme soll hingegen aus rechtsstaatlichen und praktischen Überlegungen auch künftig verzichtet werden.

⁹⁶ Bundesgesetz vom 4.10.91 über die Hilfe an Opfern von Straftaten, OHG, **SR 312.5**. Das Opferhilfegesetz wird gegenwärtig revidiert. Es ist geplant, die bundesrechtlichen Opferschutzbestimmungen zum bisher kantonal geregelten Strafverfahren zu überarbeiten und in die neue vereinheitlichte Schweizerische Strafprozessordnung einzufügen. Die beiden anderen Pfeiler des Gesetzes (Beratungshilfe und staatliche Entschädigung und Genugtuung) werden ebenfalls einer umfassenden Revision unterzogen.

⁹⁷ Vgl. Art. 160-162 VE-STPO. Ebenso schon die in der Botschaft vom 22. Januar 2003 zur Änderung des Militärstrafprozesses (Zeugenschutz) vorgeschlagenen Bestimmungen zum Schutze von Verfahrensbeteiligten, BBl **2003** 767 ff.

Ferner wurde das Bundesgesetz über die verdeckte Ermittlung⁹⁸, das für verdeckte Ermittler ebenfalls Schutzmassnahmen vorsieht, im Sommer 2003 vom Parlament verabschiedet.

2.2.21. Hilfe und Schutz für Opfer (Art. 25)

Jeder Vertragsstaat trifft nach *Artikel 25 Ziffer 1* im Rahmen seiner Möglichkeiten geeignete Massnahmen, um den Opfern von Straftaten nach diesem Übereinkommen Hilfe und Schutz zu gewähren, insbesondere wenn sie bedroht oder eingeschüchtert werden. Als Opfer gelten im schweizerischen Opferhilferecht Personen, die durch eine Straftat unmittelbar in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Unversehrtheit beeinträchtigt worden sind (Art. 124 BV und Art. 2 OHG). Das schweizerische Opferhilferecht geht vom Territorialitätsprinzip aus, d.h. es schützt und hilft in erster Linie Personen, die von einer in der Schweiz begangenen Straftat betroffen sind. Die Opfer i.S. des schweizerischen Opferhilferechts bilden eine besondere Kategorie von Geschädigten, die privilegiert behandelt werden. Sie geniessen einerseits besonderen Schutz und besondere Rechte im Strafverfahren. Die Opferhilfe ermöglicht andererseits den Opfern, unabhängig von einem Strafverfahren, die Hilfe einer Beratungsstelle zu beanspruchen, um die Folgen der Straftat zu verarbeiten. Zu den Aufgaben der Beratungsstellen gehört es auch, nötigenfalls eine Notunterkunft zu besorgen. Schliesslich gewährt - unter bestimmten Voraussetzungen - der Staat den Opfern eine Entschädigung und Genugtuung. Die wirtschaftliche Opferhilfe ist subsidiär und kommt nur dann zum Zuge, wenn das Opfer nicht von anderer Seite Ersatz erhält. Betroffene, die nicht Opfer im Sinne des OHG sind, haben Anspruch auf Hilfe und Schutz nach den massgebenden allgemeinen Rechtsvorschriften wie z.B. nach Haftpflichtrecht, Kindesrecht, Strafprozessrecht, Polizeirecht, Sozialhilferecht. Zu den Zeugenschutzmassnahmen kann auf die Ausführungen zu Artikel 24 verwiesen werden.

Gemäss *Ziffer 2* haben die Vertragsstaaten geeignete Verfahren zu schaffen, um den Opfern Zugang zu Entschädigung und Rückerstattung zu gewähren. Alle Kantone kennen das zivilrechtliche Adhäsionsverfahren im Strafprozess, mit dem der oder die Geschädigte den Täter oder die Täterin zivilrechtlich zur Verantwortung ziehen kann. Ist die geschädigte Person Opfer i.S. des OHG, muss auch in komplizierten Fällen wenigstens dem Grundsatz nach über die Zivilansprüche entschieden werden. Die Beratungsstellen übernehmen die Kosten für die Soforthilfe sowie Kosten für weitere Hilfe (z.B. Arzt-, Anwalts- und Verfahrenskosten), soweit dies aufgrund der persönlichen Verhältnisse des Opfers angezeigt ist. Erleidet jemand durch ein Verbrechen oder Vergehen einen Schaden, spricht der Richter dem Opfer ausserdem - gestützt auf Artikel 60 StGB - unter bestimmten Voraussetzungen insbesondere die vom Verurteilten bezahlte Busse, eingezogene Gegenstände oder Vermögenswerte oder deren Verwertungserlös zu.

Ziffer 3 hält die Vertragsstaaten vorbehältlich ihres innerstaatlichen Rechts an, den Opfern Mitwirkungsrechte im Strafverfahren zu gewähren. Die Geschädigten können in allen Kantonen am Strafverfahren mitwirken. Für Opfer i.S. des OHG gelten die erwähnten besonderen Schutzvorschriften und Verfahrensrechte.

⁹⁸ BVE, BBI 2003 4465.

Das schweizerische Recht räumt somit den Tatopfern eine Rechtsstellung ein, die den Anforderungen von Art. 25 des Übereinkommens genügt.

2.2.22. Massnahmen zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden (Art. 26)

Es wird den Mitgliedsstaaten vorgeschrieben, geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit die Mitglieder organisierter krimineller Gruppen mit der Justiz zusammenarbeiten. Diese Verpflichtung ist generell formuliert. Es steht jedem Mitgliedstaat frei, welche Mittel er in seinem internen Recht vorsehen will, um dieses Ziel zu erreichen. Die Zusammenarbeit muss gewährleisten, dass Beweise gegen die Mitglieder organisierter krimineller Gruppen gesammelt und deren Organisation insgesamt aufgedeckt werden kann (*Buchstabe a*), und die Ressourcen und Erträge aus kriminellen Handlungen eingezogen werden können (*Buchstabe b*). Die Aufzählung unter Buchstabe a ist nicht abschliessend.

Die Mitgliedstaaten müssen nach *Ziffer 2* die Möglichkeit der Strafmilderung vorsehen. Diese nicht zwingende Formulierung wurde einer verbindlicheren Formulierung vorgezogen, weil eine solche Milderung nicht in allen Mitgliedstaaten möglich ist. Die „travaux préparatoires“ präzisieren, dass der Ausdruck „Strafmilderung“ nicht nur die vorgeschriebene Milderung („peine prévue“), sondern auch die tatsächliche Milderung („peine appliquée“) betreffen kann. Die Milderung muss sich jedoch auf eine Rechtsgrundlage stützen, sei es im Allgemeinen oder im Besonderen Teil des Strafgesetzbuches.

Die Möglichkeit der Strafmilderung besteht schon im heutigen schweizerischen Recht. Das Bundesgericht hat in einer Entscheidung von 1995⁹⁹ betreffend Betäubungsmittel bestätigt, dass vollständige Geständnisse und die Zusammenarbeit mit den Ermittlern eine Strafmilderung zwischen einem Fünftel und einem Drittel herbeiführen könne. Zudem sieht Art. 260^{ter} (kriminelle Organisationen) unter *Ziffer 2* vor, dass „der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern kann, wenn sich der Täter bemüht, die weitere verbrecherische Tätigkeit der Organisation zu verhindern“. Dieser Bestimmung wirkt sich jedoch erst in der Verhandlungsphase aus und erlaubt keine vorzeitigen Zusicherungen.

Im Rahmen der Erarbeitung eines vereinheitlichten schweizerischen Strafprozessrechts¹⁰⁰ ist vorgesehen, zukünftig mehr Gewicht auf die Kooperation der Angeklagten im Verfahren zu legen. Der Vorentwurf sieht ein abgekürztes Verfahren vor (Art. 385-389 VE), bei dem die Beschuldigten der Staatsanwaltschaft beantragen können, eine Angelegenheit direkt vor das Strafgericht zu bringen, wenn sie den für die rechtliche Würdigung wesentlichen Sachverhalt sowie die Zivilansprüche anerkannt haben oder wenn über diese ein Vergleich vorliegt.

Die nicht verbindliche Formulierung in *Ziffer 2* wurde auch in *Ziffer 3* verwendet. Es obliegt demnach jedem Mitgliedsstaat, die Frage der Immunität selbst zu regeln. Nach geltendem schweizerischen Recht kann eine Person, welche mit den

⁹⁹ BGE 121 IV 202, Erw. 2d/cc, siehe auch BGE 118 IV 342 Erw. 2d.

¹⁰⁰ Siehe dazu den Erläuternden Bericht des Vorentwurfes über ein schweizerisches Strafverfahren vom Juni 2001, S. 29, und den Bericht „aus 29 mach eins“ der Expertenkommission „Vereinheitlichung des Strafverfahrens“ vom Dezember 1997, S. 56 ff.

Behörden zusammenarbeitet, nur eine Strafmilderung, nicht aber eine Strafbefreiung erwarten. Eine Regelung für Kronzeugen im eigentlichen Sinne, wonach der Angeklagte im Verfahren formell zum Zeugen wird und nicht nur eine Strafmilderung, sondern eine Strafbefreiung im Austausch für seine Zusammenarbeit erhält, wäre nur schwer mit den Rechtsgrundsätzen des schweizerischen Rechts, so namentlich mit den Prinzipien der Gleichheit und der Gesetzmässigkeit, vereinbar. Es bestehen auch Einwände gegen die Glaubwürdigkeit solcher Aussagen. Zudem hat die Praxis bis heute den Nachweis für die Notwendigkeit eines solchen Instrumentes nicht erbracht. Demzufolge verzichtet der Vorentwurf für ein schweizerisches Strafprozessrecht auf die Einführung einer Regelung für Kronzeugen.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass Art. 260^{ter} StGB einen ersten Schritt in Richtung einer Kronzeugenregelung unternimmt. Im Gegensatz zu einer ausgebauten Regelung hat diese Bestimmung jedoch erst in der Verhandlungsphase konkrete Auswirkungen und erlaubt keine konkreten Zusagen in Bezug auf die auszusprechende Strafe.

Zusammenfassend ist das schweizerische Recht mit Art. 26 der Konvention vereinbar.

2.2.23. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Art. 27)

Ziffer 1 formuliert die grundsätzliche Forderung nach engerer Kooperation unter den Vertragsstaaten auf dem Gebiet der Strafverfolgung. Grosse Bedeutung wird dabei dem Informationsaustausch zwischen den Vertragsstaaten beigemessen. Umfang und Voraussetzungen des internationalen Informationsaustausches regeln im geltenden schweizerischen Recht insbesondere Art. 13 Abs. 2 ZentG¹⁰¹, Art. 102^{quater} Bundesstrafprozess¹⁰², Art. 351^{ter} - 351^{quinquies} StGB (Zusammenarbeit mit INTERPOL), sowie, für die Rechtshilfe in Strafsachen, das IRSG¹⁰³.

Die mit den Nachbarstaaten Deutschland, Österreich, Fürstentum Liechtenstein, Frankreich, Italien, aber auch mit Ungarn abgeschlossenen Staatsverträge beinhalten alle rechtliche Grundlagen für intensiven, direkten und schnellen Informationsaustausch auf polizeilicher, zum Teil auch auf justizieller Ebene¹⁰⁴. Die Kooperationszentren in Genf und Chiasso, welche ihre Rechtsgrundlage in den Zusatzprotokollen zu den Verträgen mit Frankreich und Italien finden, leisten einen massgeblichen Beitrag zum erleichterten Informationsaustausch.

Eine Verbesserung des Nachrichtenaustausches fordert das Übereinkommen auch in der Ermittlungszusammenarbeit mit andern Vertragsstaaten. Dabei geht es darum, Massnahmen zur Feststellung der Identität, des Aufenthaltsortes und

¹⁰¹ SR 360.

¹⁰² SR 312.0.

¹⁰³ SR 351.1.

¹⁰⁴ Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden vom 10. September 1998, in Kraft seit 1. Mai 2000; Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Republik Ungarn über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität vom 5. Februar 1999, in Kraft seit 14. Oktober 2001. – Für die Abkommen mit Deutschland, Österreich/Fürstentum Liechtenstein sowie Frankreich siehe die Angaben unter Ziff. 2.2.17.

der Tätigkeit von verdächtigen Personen zu ermöglichen. Ebenso soll die Feststellung der Aufenthaltsorte weiterer Personen, die im Zusammenhang mit der transnationalen organisierten Kriminalität stehen, erleichtert werden. Die Schweiz betreibt zahlreiche Informationssysteme, die u.a. den erwähnten Zwecken dienen¹⁰⁵. Über die zuvor angesprochenen Bereiche hinaus bezweckt *Ziffer 1 Buchstabe b* auch die verbesserte Ermittlungszusammenarbeit bezüglich Vermögen, das auf organisierte Kriminalität zurückgeführt werden muss. Die internationale Zusammenarbeit soll gemäss *Ziffer 1 Buchstabe c* schliesslich einen internationalen Transfer von Gegenständen oder Stoffen zu Ermittlungs- und Analysezwecken miteinschliessen. Der Ermittlung können beispielsweise Röntgenbilder im Hinblick auf die Identifizierung einer Person dienen, der Analyse beispielsweise Falschgeld oder gefälschte Reisepässe. Auch Massnahmen zur Verbesserung der zwischenstaatlichen Koordination hat die Schweiz bereits verschiedene getroffen. Eine zentrale Funktion im Hinblick auf eine möglichst einwandfreie Koordination üben die schweizerischen Polizeiverbindungsbeamten im Ausland bzw. die ausländischen Verbindungsleute in der Schweiz aus. Ihre Verbindungsbeamten unterstützen die schweizerischen Behörden im Rahmen des Informationsaustausches bei kriminalpolizeilichen Ermittlungen.

Ziffer 2 fordert die Vertragsstaaten auf, bi- und multilaterale Abkommen oder sonstige Vereinbarungen abzuschliessen bzw. zu ergänzen, im Hinblick auf die unmittelbare Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden. Bezüglich der bilateralen Abkommen kann beispielsweise auf die Rechtshilfe- und Auslieferungsverträge verwiesen werden, welche die Schweiz mit zahlreichen Staaten abgeschlossen hat. In Bezug auf die multilateralen Vereinbarungen sind z.B. das Europäische Übereinkommen über Geldwäscherei sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten¹⁰⁶, das Europäische Rechtshilfeübereinkommen¹⁰⁷ und das Europäische Auslieferungsübereinkommen¹⁰⁸ zu erwähnen.

2.2.24. Sammlung, Austausch und Analyse von Informationen über das Wesen der organisierten Kriminalität (Art. 28)

In *Artikel 28* werden die Vertragsstaaten im Wesentlichen aufgefordert, Informationen über die organisierte Kriminalität zu sammeln und zu analysieren. Die strategische Kriminalanalyse durch das Bundesamt für Polizei/DAP analysiert laufend die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und verfasst darüber Berichte. Die strategische Kriminalanalyse befindet sich in Bezug auf die organisierte Kriminalität seit der Einführung der Ermittlungskompetenz des Bundes gegen die organisierte Kriminalität im Jahr 2002 (neuer Art. 340^{bis} StGB) in einem stetigen Aufbau. Sie unterstützt mit ihren Berichten die politische Führung, polizeiliche Stellen sowie weitere Behörden des Bundes und der Kantone. Daneben erfüllt sie Aufgaben in der Öffentlichkeitsarbeit (so etwa mit dem

¹⁰⁵ So registriert und speichert das Bundesamt für Polizei erkennungsdienstliche Daten eidgenössischer, kantonaler und internationaler Behörden im automatisierten Fingerabdruck-Identifizierungssystem (AFIS) im Hinblick auf die Identifizierung von Personen und Leichen (vgl. Art. 351^{septies} Abs. 1 StGB). Das automatisierte Fahndungssystem (RIPOL) dient u.a. der Ermittlung des Aufenthalts von gesuchten oder vermissten Personen und der Fahndung nach abhandengekommenen Fahrzeugen und Gegenständen (Art. 351^{bis} Abs. 1 Bst. a StGB).

¹⁰⁶ SR 0.311.53.

¹⁰⁷ SR 0.351.1.

¹⁰⁸ SR 0.353.1

jährlichen Bericht zur inneren Sicherheit der Schweiz) und stellt den Austausch mit internationalen Behörden und der Forschung sicher (beispielsweise im Bereich der Aufarbeitung von Gewaltphänomenen).

2.2.25. Ausbildung und technische Hilfe (Art. 29)

Artikel 29 Ziffer 1 verpflichtet die Vertragsstaaten zur Durchführung von Ausbildungsprogrammen für ihr Strafverfolgungspersonal sowie zur diesbezüglichen Unterstützung anderer Vertragsstaaten im internationalen Rahmen. Die Mitarbeiter der Bundeskriminalpolizei, die zur Wahrnehmung der neuen Bundeskompetenzen im Bereich von Art. 340^{bis} StGB angestellt worden sind, haben alle ein dreimonatiges internes Ausbildungsprogramm absolviert. Generell besuchen die Mitarbeiter der Bundeskriminalpolizei regelmässig Weiterbildungskurse im In- und Ausland¹⁰⁹. Auch dienen Stages im Ausland und umgekehrt dem Austausch und der Vertiefung der Fachkenntnisse.

Die Schweiz unterstützt zusammen mit weiteren internationalen Partnern (Österreich und Norwegen) andere Vertragsstaaten bei Ausbildungsprogrammen mit dem Projekt OCTN (Organised Crime Training Network for operational managers in South Eastern Europe) in Südosteuropa. Dabei soll die Effektivität der Polizei bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität verbessert werden. Dieses Ziel soll einerseits durch die Bildung eines Netzwerkes der Ermittler Südosteuropas im Bereich der organisierten Kriminalität sowie andererseits an Hand von Ausbildung gemäss international geltenden Standards erreicht werden. Die internationalen Partner sollen ebenfalls in dieses Netzwerk eingebunden werden.

2.2.26 Sonstige Massnahmen: Anwendung des Übereinkommens durch wirtschaftliche Entwicklung und technische Hilfe (Art. 30)

Gestützt auf *Artikel 30* treffen die Vertragsstaaten Massnahmen, um die Umsetzung des Übereinkommens durch internationale Zusammenarbeit zu ermöglichen. Es herrscht Konsens darüber, dass die organisierte Kriminalität eine gemeinsame Herausforderung des Nordens und des Südens ist. Kriminelle Organisationen, Geldwäscherei und Korruption stellen nicht nur ein bedeutendes Entwicklungshindernis dar, indem sie beispielsweise zur Fehlallokation von Ressourcen führen, die Staatsfinanzen schädigen und die Rechtssicherheit unterminieren. Sie drohen auch das Ansehen der Entwicklungszusammenarbeit zu schädigen, indem der Eindruck entsteht, die Beiträge versickerten in einem Fass ohne Boden. Der Bundesrat hat die entsprechenden Probleme erkannt und schon im "Leitbild Nord-Süd" vom 7. März 1994 Massnahmen im Sinne des Absatz 1 zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität angeordnet.

Ziffer 2 Buchstabe a spricht die Förderung der guten Regierungsführung ("good governance") an. Diese soll günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung unserer Partnerländer schaffen, indem sie unter anderem die Legitimität und Effizienz staatlichen Handelns erhöht. Die gute Regierungsführung schliesst

¹⁰⁹ Zu erwähnen sind etwa die Kurse des Schweizerischen Polizeiinstituts in Neuenburg, die Kurse der MEPA (MittelEuropäische PolizeiAkademie), jene von Interpol (besonders für technische und wissenschaftliche Polizeitätigkeiten), jene der Akademie der Polizei von Baden-Württemberg (im Bereich Organisierte Kriminalität und Banden) und jene der Polizeiführungsakademie in Münster/D.

Massnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ein. Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit leistet diesbezüglich einen sehr grossen Beitrag, der es namentlich ermöglichen soll, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu verstärken. Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit setzt sich zudem dafür ein, menschliche und institutionelle Kapazitäten zu fördern, welche sich für hohe Transparenz- und Rechenschaftsstandards stark machen, die Öffentlichkeit über organisierte Kriminalität informieren und rechtliche und politische Schritte zu deren Bekämpfung ergreifen. Das Bestreben der Schweiz, ihre Partnerländer in der Umsetzung des Übereinkommens zu unterstützen (*Ziff. 2 Bst. b*) ist in diesem Sinne zu verstehen.

Ziffer 2 Buchstabe c lädt die Vertragsstaaten dazu ein, freiwillige Beiträge in ein dafür eingerichtetes UNO-Konto einzuzahlen, um den Entwicklungsländern behilflich zu sein, ihre Bedürfnisse im Hinblick auf die Durchführung des Übereinkommens zu decken. Der Bundesrat ist bereit, diese Initiative in Erwägung zu ziehen

Die Schweiz beteiligt sich seit Jahren an der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe und ist Mitglied aller wichtigen entwicklungsrelevanten multilateralen Institutionen. Sie pflegt zudem enge Kontakte mit anderen Geberländern. In diesem Sinne ist sie auch bereit, andere Staaten dazu zu ermuntern, sich den im Einklang mit dem Übereinkommen unternommen Anstrengungen anzuschliessen (*Ziff. 2 Bst. d*).

2.2.27. Prävention (Art. 31)

Artikel 31 fordert die Vertragsstaaten in nicht zwingender Weise zur Ergreifung verschiedener Massnahmen zur Prävention der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität auf, zur Verringerung des Zuflusses von Erträgen aus Straftaten in rechtmässige Märkte (*Ziff. 2*), zur Förderung der Wiedereingliederung von verurteilten Personen in die Gesellschaft (*Ziff. 3*), zur Verhinderung des Missbrauchs der innerstaatlichen Rechtsinstrumente und Verwaltungspraktiken (*Ziff. 4*) und zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit (*Ziff. 5*), dies gegebenenfalls in internationaler Zusammenarbeit (*Ziff. 7*).

Präventive Wirkung geht zum einen vom Bestehen eines griffigen materiellrechtlichen Dispositivs aus, wie es in den vergangenen Jahren im schweizerischen Recht verstärkt vor allem im Bereich Geldwäscherei und organisierte Kriminalität, aber auch etwa im Bereich Korruption errichtet worden ist. Im weitesten Sinne präventiv wirken ebenso alle Massnahmen zur konsequenten und effizienten Bekämpfung der organisierten Kriminalität, ob sie nun den strukturellen, strategischen oder den operativen Bereich der polizeilichen Tätigkeit betreffen. An erster Stelle ist hier die Zuweisung der Ermittlungskompetenz im Bereich organisierte Kriminalität, Geldwäscherei, Wirtschaftskriminalität und Korruption an den Bund zu erwähnen¹¹⁰. Damit wurde die Grundlage für eine zentrale und intensive Verfolgung der Delikte geschaffen, welche im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität begangen werden. Eine präventive Wirkung geht weiter von der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) aus, welche Meldungen von verdächtigen Transaktionen entgegennimmt und

¹¹⁰ Art. 340bis StGB.

auswertet. Ebenso wirkt die verstärkte interkantonale und internationale Zusammenarbeit im Polizeibereich präventiv, etwa durch aktive Mitarbeit in internationalen Gremien (Interpol u.a.), durch den Abschluss von Polizeikooperationsverträgen oder den Ausbau des Netzes von Polizeiattachés. Auch dem nationalen und zwischenstaatlichen Austausch von Informationen ist besondere Bedeutung zuzumessen (Koordinationstätigkeit des Bundes). Schliesslich leistet die Schweiz verschiedene Beiträge im Ausbildungsbereich, so z.B. im Rahmen der MEPA (Mittleuropäische Polizeiakademie) oder, wie bereits erwähnt, des Projekts OCTN (Organised Crime Training Network for operational managers in South Eastern Europe).

Was den Bereich Analyse und Information betrifft, so erarbeitet die strategische Kriminalanalyse im DAP präventive strategische Analyseberichte zu verschiedenen Bereichen der organisierten Kriminalität zur Sensibilisierung der politischen Führung, der polizeilichen Stellen sowie weiterer Behörden des Bundes und der Kantone sowie der Öffentlichkeit (vgl. Ziff. 2.2.26).

2.2.28. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens (Art. 32)

Der Zweck der Konferenz der Vertragsparteien besteht darin, diesen die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität zu erleichtern und die Umsetzung des Übereinkommens zu fördern und zu überprüfen (*Ziff. 1*). Die Konferenz wird vom Generalsekretär der Vereinten Nationen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Übereinkommens einberufen (*Ziff. 2*). Die Massnahmen zur Erreichung der Ziele werden beispielhaft aufgezählt (*Ziff. 3 und 4*). Die Vertragsstaaten werden verpflichtet, der Konferenz der Vertragsparteien Informationen über ihre Programme, Pläne und Praktiken sowie über Gesetzgebungs- und Verwaltungsmassnahmen zur Anwendung dieses Übereinkommens zu übermitteln, soweit sie von der Konferenz darum ersucht werden (*Ziff. 5*).

2.2.29. Anwendung des Übereinkommens (Art. 34)

Um seine Verpflichtungen nach diesem Übereinkommen zu erfüllen, ist jeder Vertragsstaat verpflichtet, im Einklang mit den wesentlichen Grundsätzen seines innerstaatlichen Rechts die notwendigen Massnahmen, einschliesslich Gesetzgebungs- und Verwaltungsmassnahmen, zu ergreifen (*Ziff. 1*). Die Tatbestände der Artikel 5, 6, 8, und 23 müssen im innerstaatlichen Recht als Straftaten umschrieben werden, unabhängig von ihrer grenzüberschreitenden Art oder der Mitwirkung einer organisierten kriminellen Gruppe, sofern nicht Artikel 5 die Mitwirkung einer organisierten kriminellen Gruppe verlangt (*Ziff. 2*).

2.2.30 Schlussbestimmungen (Art. 35 – 41)

Die Artikel 35 bis 41 enthalten die üblichen Schlussbestimmungen bezüglich Streitbeilegung, Unterzeichnung, Verhältnis zu den Protokollen, Änderung, Inkrafttreten und Kündigung der Konvention.

Regelung über die Beilegung von Streitigkeiten (Art. 35)

Art. 35 regelt den Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten bezüglich der Auslegung oder der Anwendung des Übereinkommens. Zuerst sind Streitigkeiten durch Verhandlungen beizulegen (*Ziff. 1*). In einer zweiten Phase werden diese auf Verlangen eines der Vertragsstaaten einem Schiedsverfahren unterworfen (*Ziff. 2*). Bei Uneinigkeit sieht das Übereinkommen schlussendlich die Unterbreitung an den Internationalen Gerichtshof vor (*Ziff. 2*). Jeder Vertragsstaat kann einen Vorbehalt bezüglich der verbindlichen Schiedsgerichtsbarkeit nach Absatz 2 anbringen (*Ziff. 3*). Dieser Vorbehalt kann jederzeit zurückgezogen werden (*Ziff. 4*).

Die Formulierung von Artikel 35 entspricht derjenigen, welche in anderen Übereinkommen der Vereinten Nationen, deren Mitglied die Schweiz ist, verwendet wird (namentlich im Bereiche des Terrorismus). Des Weiteren ist die Schweiz dem Statut des internationalen Gerichtshofes¹¹¹ beigetreten und anerkennt, nach Art. 36 des Statuts, die verbindliche Gerichtsbarkeit dieses Gerichts.

Unterzeichnung, Ratifikation, Inkrafttreten und Kündigung (Art. 36, 38 und 40)

Die Konvention lag für alle Staaten vom 12. Dezember 2000 bis zum 12. Dezember 2002 zur Unterzeichnung am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York auf (*Art. 36 Abs. 1*). Bislang haben 147 Staaten die Konvention unterzeichnet (Stand 26.11.03). Die Schweiz hat die Konvention am 12. Dezember 2000 unterzeichnet. Jeder Staat kann auch noch nachträglich dem Übereinkommen beitreten (*Art. 36 Abs. 4*). Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- und Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt (*Art. 36 Abs. 3 und 4*).

Artikel 38 legt fest, dass das Übereinkommen am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der vierzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft tritt. Für die Staaten, welche das Übereinkommen nach diesem Zeitraum ratifizieren oder diesem beitreten, tritt die Konvention am dreissigsten Tag nach Hinterlegung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt in Kraft. Die Konvention ist am 29. September 2003 in Kraft getreten.

Schliesslich kann jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen (*Art 40*). Die Kündigung des Übereinkommens hat die Kündigung der dazugehörigen Protokolle zur Folge.

Verwahrer und Sprachen (Art. 41)

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt. Die Texte werden in Englisch, Arabisch, Chinesisch, Spanisch, Französisch und Russisch beglaubigt.

¹¹¹ SR 0.193.501; das Statut ist für die Schweiz am 28. Juli 1948 in Kraft getreten.

3. Protokoll zur Verhinderung, Unterdrückung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Kindern

3.1. Allgemeiner Teil

3.1.1. Bedeutung, Entstehung und Inhalt des Zusatzprotokolls

Menschenhandel, insbesondere der Handel mit Frauen, hat im Zuge der Globalisierung stark zugenommen. Zu den Ursachen dieser Entwicklung gehören Armut und Arbeitslosigkeit in den Herkunftsländern sowie die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften und nach Frauen für das Erotikgewerbe in den Zielländern. Für die Schweiz als eines der wichtigen Zielländer des Menschenhandels hat das Zusatzprotokoll einen hohen Stellenwert. Es stellt einen wichtigen Schritt in der Weiterentwicklung des internationalen Strafrechts dar und bildet eine Basis für gemeinsame internationale Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel. Es liegt im besonderen Interesse der Schweiz, dass gestützt auf international geltende Standards der Menschenhandel effizienter bekämpft werden kann.

Erste Entwürfe für ein Zusatzprotokoll gegen den Menschenhandel stammten von den USA und Argentinien. Sie dienten als Grundlage für die Verhandlungen im Plenum. Die Schweiz setzte sich für die effiziente Bekämpfung des Menschenhandels und insbesondere für die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ein.

Das Zusatzprotokoll gegen Menschenhandel befasst sich mit dem Kampf gegen den Handel mit Menschen zum Zwecke ihrer Ausbeutung, wobei Frauen und Kindern besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird; weitere Ziele sind Schutz und Unterstützung der Opfer des Menschenhandels sowie die Förderung der Zusammenarbeit unter den Vertragsstaaten (Art. 2). Die Ausbeutung kann sexueller oder anderer Art (Arbeitsleistung, Entnahme von Organen) sein (Art. 3 Bst. a). Strafbarkeit des Handels inklusive Teilnahmeformen (Art. 5), Opferschutz (Art. 6 ff.), Prävention (Art. 9) und Zusammenarbeit unter den Vertragsstaaten (Art. 10) sowie Grenzmassnahmen (Art. 11 ff.) sind die wichtigsten Inhalte des Protokolls. Es findet Anwendung auf Delikte grenzüberschreitender Natur, an welchen eine organisierte kriminelle Gruppe mitwirkt sowie auf den Schutz der Opfer solcher Straftaten (Art. 4).

3.2. Besonderer Teil: Die wichtigsten Bestimmungen des Zusatzprotokolls und ihr Verhältnis zum schweizerischen Recht

3.2.1. Verhältnis zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Art. 1)

Das Protokoll ergänzt das Übereinkommen und ist zusammen mit diesem auszulegen. Die Bestimmungen des Übereinkommens sind gemäss *Ziffer 2* sinngemäss auf das Protokoll anwendbar, sofern das Protokoll nichts anderes vorsieht (vgl. *Ziffer 2.1.4*).

3.2.2. Zweck (Art. 2)

Das Protokoll bezweckt die Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels, den Schutz und die Unterstützung von Opfern des Menschenhandels sowie die Förderung der Zusammenarbeit unter den Vertragsstaaten.

3.2.3. Begriffsbestimmungen (Art. 3)

Als Menschenhandel wird die Anwerbung, Beförderung, Verbringung, Beherbergung oder Aufnahme von Personen bezeichnet (*Bst. a*). Als Tatmittel gelten im Wesentlichen Androhung oder Anwendung von Gewalt oder Nötigung, Entführung, Betrug, Täuschung, Machtmissbrauch oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit. Ausbeutung umfasst mindestens die sexuelle Ausbeutung, die Zwangsarbeit (bzw. Zwangsdienstbarkeit, Sklaverei oder sklavereiähnliche Praktiken, Leibeigenschaft) sowie die Entnahme von Körperorganen (*Bst. a*). Die Einwilligung des Opfers in die Ausbeutung nach Buchstabe a ist dann unerheblich, wenn eines der in Buchstabe a genannten Mittel angewendet wurde (*Bst. b*). Der Handel mit Kindern zum Zwecke der Ausbeutung gilt auch dann als Menschenhandel, wenn keines der in Buchstabe a genannten Mittel angewendet wurde (*Bst. c*). Als Kind gilt jede Person unter 18 Jahren (*Bst. d*).

Das geltende schweizerische Strafgesetzbuch geht von einem engeren Begriff des Menschenhandels aus und erfasst in Artikel 196 lediglich den Handel mit Menschen zum Zwecke ihrer sexuellen Ausbeutung (Förderung der Unzucht)¹¹². Als Handel gelten dabei namentlich das Beschaffen, Anbieten, Vermitteln, das Befördern, Verkaufen oder Übernehmen von Menschen. Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft oder Entnahme von Körperorganen werden von Artikel 196 nicht erfasst. Auf diese Formen des Menschenhandels können jedoch andere Strafbestimmungen Anwendung finden, wie beispielsweise der Tatbestand der Nötigung oder der Körperverletzung. Diese erfassen allerdings nur Begleiterscheinungen des Menschenhandels, treffen aber nicht dessen Kern, das heisst die Behandlung von Menschen als Ware, welche beliebig gekauft und verkauft werden kann. Gegebenenfalls können Strafbestimmungen anderer Gesetze in Frage kommen (z.B. des Ausländerrechts, Arbeitsrechts, Gesundheitsrechts [vgl. insbesondere den Entwurf zum Transplantationsgesetz¹¹³]). Diese sind jedoch mit vergleichsweise niedriger Strafe bedroht und werden dem Unrechtsgehalt des Menschenhandels als solchem ebenfalls nicht gerecht.

Das geltende Strafrecht genügt folglich den Anforderungen des Protokolls gegen den Menschenhandel nicht in jeder Hinsicht. Der Bundesrat schlägt bereits im Rahmen des Beitritts zum Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und

¹¹² Vgl. Botschaft über die Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben, gegen die Sittlichkeit und gegen die Familie) vom 26. Juni 1985, BBl 1985 II 1088.

¹¹³ Botschaft vom 12.9.01 zum Bundesgesetz über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen, BBl 2002 29.

die Kinderpornografie eine Revision von Artikel 196 des Strafgesetzbuches vor¹¹⁴, wonach dieser Tatbestand auf den Handel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Entnahme von Körperorganen ausgedehnt werden soll:

Art. 182 VE-StGB: ¹Wer mit Menschen Handel treibt zum Zweck ihrer sexuellen Ausbeutung, der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft oder zwecks Entnahme von Körperorganen, wird mit Zuchthaus oder mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.
² Wer Anstalten zum Menschenhandel trifft, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.
³In jedem Fall ist auch auf Busse zu erkennen.
⁴Strafbar ist auch der Täter, der die Tat im Ausland verübt.
 Artikel 6^{bis} ist anwendbar.

Für die Erfüllung des Tatbestands genügt es wie nach bisheriger Lehre und Rechtsprechung, wenn der Täter den betreffenden Handelszweck lediglich in Kauf nimmt. Formen der sexuellen Ausbeutung sind insbesondere die Zuführung zur Prostitution, die Ausbeutung zwecks pornografischer Darstellung oder zwecks Herstellung pornografischer Materials. Die Ausbeutung der Arbeitskraft umfasst namentlich die unter Zwang geleisteten Arbeiten oder Dienstleistungen, Sklaverei oder sklavereiähnliche Verhältnisse.

Die vorgeschlagene Strafnorm soll nicht auf den Handel mit Kindern beschränkt werden, sondern den Handel mit allen Menschen unter Strafe stellen. Der besondere Unrechtsgehalt des Handels mit schutzbedürftigen minderjährigen Personen ist im Rahmen der Strafzumessung zu berücksichtigen. Der weite Strafrahmen für Menschenhandel beträgt Zuchthaus von einem bis 20 Jahren oder Gefängnis von sechs Monaten bis drei Jahren sowie Busse, was es erlaubt, die besondere Schwere der Tat gebührend zu berücksichtigen, sodass auf einen entsprechenden Sondertatbestand verzichtet werden kann. Da die vorgeschlagene Strafnorm nicht mehr allein die sexuelle Selbstbestimmung der Betroffenen schützt, wird sie neu unter dem vierten Titel des Strafgesetzbuches - Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit - aufgeführt.

Mit dem zu revidierenden Straftatbestand des Menschenhandels erfüllt die Schweiz die Anforderungen des Protokolls.

3.2.4. Geltungsbereich (Art. 4)

Das Protokoll findet, soweit darin nichts anderes bestimmt ist, auf die Verhinderung, Untersuchung und Verfolgung der Straftaten gemäss Artikel 5 Anwendung, wenn diese Straftaten grenzüberschreitender Natur sind und eine organisierte kriminelle Gruppe daran mitgewirkt hat. Das Zusatzprotokoll findet zudem auf den Schutz der Opfer solcher Straftaten Anwendung. Der Anwendungsbereich des Protokolls ist somit wie das Übereinkommen und das Zusatzprotokoll gegen den Menschenhandel in dem Sinne beschränkt, als die

¹¹⁴ Vorentwurf und Erläuternder Bericht zum Fakultativprotokoll vom 25.5.2000 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, und über die entsprechende Änderung der Strafnorm über den Menschenhandel vom 15.10.2003, insb. S. 21 ff.

Straftat grenzüberschreitender Natur sein und eine organisierte kriminelle Gruppe daran mitgewirkt haben muss.

3.2.5. Kriminalisierung (Art. 5)

Die Vertragsstaaten müssen die nach Artikel 3 vorsätzlich begangenen Handlungen als Straftaten umschreiben (*Ziff. 1*). Ausserdem sind – unter Vorbehalt der Prinzipien der Rechtsordnung - auch der Versuch, die Mittäter- und Gehilfenschaft strafbar zu erklären. Ferner sind die Organisation einer und die Anstiftung zu einer Straftat nach Ziffer 1 unter Strafe zu stellen (*Ziff. 2*). Diese Anforderungen werden mit dem zu revidierenden Straftatbestand des Menschenhandels (vgl. *Ziff. 3.2.3*) und den Regeln des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches bezüglich Teilnahme und Versuch erfüllt.

3.2.6. Hilfe und Schutz für die Opfer des Menschenhandels (Art. 6)

Ziffer 1 verlangt, dass jeder Vertragsstaat im Rahmen seines innerstaatlichen Rechts die Privatsphäre und die Identität der Opfer des Menschenhandels schützt, indem er unter anderem bestimmt, dass Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Menschenhandel nicht öffentlich sind. Alle kantonalen Strafprozessordnungen kennen die Möglichkeit, die Öffentlichkeit im Interesse des Geschädigten bzw. des Opfers vom Gerichtsverfahren auszuschliessen. Privatsphäre und Identität von Personen, die Opfer i.S. des OHG sind, werden vom Opferhilferecht zusätzlich geschützt (vgl. auch *Ziff. 2.2.22* und *2.2.23*).

Die Vertragsstaaten stellen geeignete Massnahmen sicher, durch welche den Opfern des Menschenhandels in geeigneten Fällen Informationen über die massgeblichen Gerichts- und Verwaltungsverfahren abgegeben werden (*Ziff. 2 Bst. a*), und es ist ihnen Hilfe zu gewähren, damit sie ihre Anliegen auf eine Weise einbringen können, welche die Rechte der Verteidigung nicht beeinträchtigt (*Ziff. 2 Bst. b*). *Ziffer 2* entspricht im Wesentlichen Artikel 25 *Ziffer 3* der Konvention (vgl. *Ziff. 2.2.23*).

Nach *Ziffer 3* erwägen die Vertragsstaaten die Durchführung von Massnahmen, welche die körperliche, seelische und soziale Erholung von Opfern des Menschenhandels ermöglichen. Gemeint sind insbesondere angemessene Unterkunft, Beratung und Information, medizinische, psychologische und materielle Hilfe sowie Beschäftigungs-, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Jene von Menschenhandel betroffenen Personen, die Opfer i.S. des OHG sind, können die fachliche Hilfe einer Beratungsstelle ihrer Wahl in Anspruch nehmen und unter Umständen Kostenbeiträge erlangen. Daneben haben sie unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf staatliche Entschädigung und Genugtuung. Zu den Aufgaben der Beratungsstellen gehört auch das Besorgen einer Notunterkunft.

Gemäss *Ziffer 4* hat jeder Staat das Geschlecht und die besonderen Bedürfnisse der Opfer des Menschenhandels und vor allem die besonderen Bedürfnisse von Kindern zu berücksichtigen. Das OHG schützt die Stellung von kindlichen Opfern besonders, indem es für sie spezielle Verfahrensbestimmungen vorsieht.

Nach *Ziffer 6* stellt jeder Vertragsstaat sicher, dass seine innerstaatliche Rechtsordnung Massnahmen vorsieht, die den Opfern des Menschenhandels ermöglichen, Entschädigungen für den erlittenen Schaden zu verlangen. Diese Ziffer entspricht Artikel 25 Ziffer 2 der Konvention (vgl. Ziff. 2.2.23).

In verschiedenen Kantonen, namentlich in Zürich und Bern, arbeiten sogenannte "Runde Tische" an Kooperationskonzepten für die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Nichtregierungsorganisationen, die in der Unterstützung und Betreuung von Opfern von Menschenhandel tätig sind. Ziel ist eine verbindliche Regelung für den Umgang mit Opfern von Menschenhandel sowie den Ablauf der Zusammenarbeit. Diese Bestrebungen werden von der KSMM aktiv unterstützt.

3.2.7. Rechtsstellung der Opfer des Menschenhandels in den Aufnahmestaaten (Art. 7)

Jeder Vertragsstaat zieht gesetzgeberische oder andere geeignete Massnahmen in Erwägung, die es den Opfern des Menschenhandels erlauben, vorübergehend oder auf Dauer in seinem Hoheitsgebiet zu bleiben. Zudem berücksichtigt jeder Vertragsstaat in angemessener Weise humanitäre und persönliche Faktoren. Schon heute sieht die Verordnung vom 6. Oktober 1986 über die Begrenzung der Zahl der Ausländer¹¹⁵ vor, dass Ausländern eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden kann, wenn ein persönlicher Härtefall vorliegt (Art. 13 Bst. f). Diese Bestimmung ist auch auf Opfer des Menschenhandels anwendbar. Im Rahmen des Entwurfs über ein neues Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer¹¹⁶ hat der Bundesrat eine Spezialbestimmung für Opfer des Menschenhandels vorgesehen (Art. 30 Abs. 1 Bst. e AuG). Sie können in den Genuss eines Temporär- oder Daueraufenthaltes kommen. Ein temporärer Aufenthalt kann sich im Falle eines Gerichts- oder Strafverfahrens als unerlässlich erweisen. Falls die Rückkehr in das Herkunftsland dazu geeignet ist, einen individuellen Härtefall zu schaffen, ist die Erteilung einer dauernden Aufenthaltsbewilligung zu prüfen.

3.2.8. Rückführung der Opfer des Menschenhandels (Art. 8)

Diese Bestimmung nimmt in *Ziffer 1* das international anerkannte Prinzip der Verpflichtung der Staaten auf, ihre eigenen Staatsangehörigen wieder aufzunehmen, insbesondere jene, welche Opfer des Menschenhandels geworden sind. Mit dem Beitritt zum Protokoll verpflichteten sich die Vertragsstaaten, die Rückkehr dieser Personen unter gebührender Berücksichtigung ihrer Sicherheit und ohne ungebührliche oder unangemessene Verzögerung zu akzeptieren und zu erleichtern. Dieses Prinzip gilt gemäss Protokoll auch für Personen, welche die Staatsangehörigkeit des aufnehmenden Staates nicht besitzen, aber die im Moment der Einreise in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates noch ein Recht auf ständigen Aufenthalt im Aufnahmestaat besitzen.

Während der Vorbereitungsarbeiten über die Formulierung dieser Klausel wurde betont, dass die Rücknahmepflicht vom Aufenthaltsrecht im Moment der Einreise

¹¹⁵ BVO, SR **823.21**.

¹¹⁶ Botschaft zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer vom 8. März 2002, AuG, BBl **2002** 3469.

ins Hoheitsgebiet des Aufnahmestaates und nicht vom Moment des Rückführungsgesuches abhängt. Andernfalls wäre es den betroffenen Staaten möglich, sich einer Rückkehr zu widersetzen, indem sie die Aufenthaltsbewilligung oder die Staatsbürgerschaft der Opfer des Menschenhandels widerrufen würden. Zudem wurde präzisiert, dass der Ausdruck „ständiges Aufenthaltsrecht“ nicht einen befristeten oder temporären Aufenthalt meint, wie er oft Studenten, Gastarbeitern oder Besuchern bewilligt wird.

Die nachfolgenden Ziffern von Artikel 8 regeln praktische Fragen. Es geht insbesondere darum, dass der ersuchte Vertragsstaat ohne ungebührliche oder unangemessene Verzögerung prüfen muss, ob das Opfer des Menschenhandels sein Staatsangehöriger ist oder zum Zeitpunkt der Einreise in das Hoheitsgebiet des aufnehmenden Vertragsstaates ein Recht auf ständigen Aufenthalt besass (Ziff. 3). Wenn diese Person nicht über die notwendigen Rückreisepapiere verfügt, erklärt sich der verpflichtete Vertragsstaat damit einverstanden, die erforderlichen Reisedokumente oder sonstigen Genehmigungen für die Wiedereinreise in sein Hoheitsgebiet auszustellen (Ziff. 4). Im Falle der Rückführung muss die Sicherheit der betreffenden Person und der Stand des Gerichtsverfahrens bezüglich des Opfers gebührend berücksichtigt werden. Vorzugsweise erfolgt die Rückführung freiwillig (Ziff. 2).

Die Zuständigkeit für die Rückführung der Opfer des Menschenhandels liegt derzeit bei den Kantonen. Im neuen AuG (insb. Art. 59, Rückkehr- und Wiedereingliederungshilfe) soll dem Bund die Kompetenz eingeräumt werden, ausländischen Personen Rückkehr- und Wiedereingliederungshilfen zu gewähren.

3.2.9. Verhütung des Menschenhandels (Art. 9)

Die Vertragsstaaten treffen verschiedene Massnahmen, um den Menschenhandel zu verhüten und zu bekämpfen und die Opfer des Menschenhandels davor zu schützen, erneut zu Opfern zu werden.

Die Schweiz engagiert sich vermehrt mit aussenwirksamen Massnahmen gegen den Menschenhandel. Neue Leitlinien des eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sehen Massnahmen im Bereich der Präventionsarbeit in Form von Aufklärungskampagnen in Herkunfts- und Transitländern vor, aus denen bereits Opfer des Menschenhandels in die Schweiz gebracht worden sind oder in denen sich ein einschlägiges Potenzial abzeichnet. Zudem unterstützt die Schweiz in Herkunftsländern spezifische Massnahmen zum Opferschutz, speziell im Zusammenhang mit der Rückkehrhilfe, wozu die nachhaltige Unterstützung der Reintegration von Heimkehrten gehört.

Des Weiteren händigen die Visa-Sektionen der schweizerischen Botschaften spezielle Informationsblätter an Frauen aus, die mit einer Bewilligung für Kabarett-Tänzerinnen (L-Ausweis) in die Schweiz reisen. Weitergehende präventive Massnahmen sollen namentlich in den Herkunftsländern potenzieller Opfer von Menschenhandel durch die schweizerischen Botschaften ergriffen werden. Ein erstes Pilotseminar wurde im März 2002 von der schweizerischen Botschaft in Moskau veranstaltet und dieses Jahr von der Botschaft in Kiev übernommen, die auch Visamitarbeiter und -mitarbeiterinnen anderer Botschaften zum Seminar eingeladen hat.

Die Prüfung und Koordination der verschiedenen Massnahmen betreffend den Menschenhandel in der Schweiz liegen seit Januar 2003 im Zuständigkeitsbereich der KSMM.

3.2.10. Informationsaustausch und Ausbildung (Art. 10)

Artikel 10 Ziffer 1 verlangt von den Vertragsstaaten die Sicherstellung des notwendigen Informationsaustausches zwischen den mit der Bekämpfung des Menschenhandels beauftragten Behörden.

Dies ist eine der Aufgaben der KSMM. Sie arbeitet dabei eng mit allen betroffenen Dienststellen in Bund und Kantonen zusammen (vgl. Fussnote 22).

Der Dienst für Analyse und Prävention (DAP) des Bundesamtes für Polizei erhält im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Informationen von seinen ausländischen Partnerdiensten sowie den Kantonen und anderen nationalen Behörden und beliefert im Gegenzug diese Stellen mit Informationen.

Die Schweiz ist Mitglied von Interpol und arbeitet aktiv in dessen Arbeitsgruppen gegen den Frauenhandel mit. Generell ist für die Schweiz eine Nachrichtenbeschaffung über den Interpolkanal im Bereich des Menschenhandels und -schmuggels jederzeit möglich, sofern die gewünschten Auskünfte im Zusammenhang mit einem konkreten polizeilichen Ermittlungsverfahren stehen. Dabei können Informationen sowohl vom Interpol-Generalsekretariat wie auch von allen 181 Mitgliedstaaten angefordert werden.

Weiter verlangt das Protokoll in *Ziffer 2* die Schaffung bzw. Verstärkung von Ausbildungsmöglichkeiten für Strafverfolgungs-, Einwanderungs- und sonstige Behörden zur Strafverfolgung der Menschenhändler. Ein Schwerpunkt wird auf die Ausbildung der Polizei im Umgang mit Opfern zu legen sein. Auch dies fällt in den Aufgabenbereich der in der KSMM vertretenen Dienststellen.

3.2.11. Massnahmen an den Grenzen (Art. 11)

Soweit als möglich und unbeschadet der internationalen Verpflichtungen betreffend den freien Personenverkehr verstärken die Vertragsstaaten die Grenzkontrollen zur Verhütung und Aufdeckung des Menschenhandels. Für viele illegale Migranten ist der Luftweg die effektivste Möglichkeit, um das angestrebte Zielland zu erreichen, weshalb er für Menschenhändler und Menschenschmuggler besonders attraktiv ist. Jeder Staat trifft gesetzgeberische oder andere geeignete Massnahmen, um so weit wie möglich zu verhindern, dass Transportmittel von gewerblichen Beförderungsunternehmen für die Begehung entsprechender Straftaten missbraucht werden. Es handelt sich dabei namentlich um die Verpflichtung gewerblicher Beförderungsunternehmen sich zu vergewissern, dass Passagiere im Besitz der für die Einreise in den Aufnahmestaat erforderlichen Reisedokumente sind. Zudem sieht jeder Vertragsstaat entsprechende Sanktionen vor. Schliesslich trifft jeder Vertragsstaat Massnahmen, um Personen, die an der Begehung von Straftaten im Sinne dieses Protokolls beteiligt sind, die Einreise zu verweigern.

Die gesetzlichen Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit der Dokumentenprüfung und der Betreuung von Flugpassagieren, welche die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen, werden in einer Vereinbarung (Memorandum of Understanding, MoU) mit den Fluggesellschaften präzisiert werden. Diese MoU's regeln auch die Modalitäten der gegenseitigen Zusammenarbeit in Bezug auf Information, Ausbildung und Rückführung. Solche Vereinbarungen werden zur Zeit ausgehandelt. Der Entwurf zum neuen Ausländerrecht sieht in Artikel 87 vor, dass das Luftverkehrsunternehmen verpflichtet ist, alle Vorkehren zu treffen, die zumutbar sind, damit nur Personen befördert werden, die über die für die Durchreise, Einreise in oder Ausreise aus der Schweiz erforderlichen Reisedokumente verfügen. Die Luftverkehrsunternehmen sind auf Verlangen der zuständigen Behörden verpflichtet, die von ihnen beförderten Personen bei einer Einreiseverweigerung unverzüglich zu betreuen (Art. 88). Im Falle der Verletzung der Sorgfaltspflicht kann eine Busse bis zu 5000 Franken für jeden Passagier gegen das Luftverkehrsunternehmen ausgesprochen werden (Art. 89). Schliesslich kann der Bundesrat unter Beachtung der Entwicklung der Situation weitere kommerzielle Beförderungsunternehmen den gleichen Bestimmungen unterstellen (s. Art. 90 E-AuG).

Die Zusammenarbeit mit der EU soll im Rahmen des Schengener Abkommens und des Dubliner Erstasylabkommens intensiviert werden. Um eine zusätzliche von der EU ausgehende Verlagerung der illegalen Migration auf die Schweiz zu vermeiden, will die Schweiz die künftige Mitarbeit bei Europol, EURODAC (Aufnahme und Speicherung der Fingerabdrücke aller Asylbewerber) und dem Schengener Informationssystem (SIS) so schnell wie möglich gewährleisten.

Im Rahmen der Personenkontrolle an der Grenze werden seit dem 16. September 2002 Suchläufe mit dem Automatisierten Fingerabdruck-Identifikations-System AFIS direkt vom Grenzwachtkorps (GWK) vorgenommen¹¹⁷. In Zukunft sollen Fingerabdrücke auch von einigen Auslandvertretungen abgenommen werden, wenn über die Identität von Visumbewerbern begründete Zweifel bestehen. Die AFIS-Kontrollen sind auch für das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) äusserst nützlich, da sie eine wichtige Rolle bei der Ermittlung von Identität und früherem Aufenthalt in der Schweiz spielen. Dies erlaubt rasche Entscheide wegen Täuschung der Identität oder wegen bereits früher durchlaufener Asylverfahren.

Neben den technischen Möglichkeiten der Personenkontrolle wird auf die zunehmend wichtige Dokumentenkontrolle verwiesen. Eine verstärkte Prüfung von Reisedokumenten ist besonders wichtig, da durch die Visumbefreiung seit dem 1. August 2000 zahlreiche neue Aufenthaltstitel zur legalen Einreise in die Schweiz berechtigen. Das Erkennen von immer professionelleren Fälschungen dieser grösser gewordenen Zahl erlaubter Reisedokumente und Aufenthaltstitel bedeutet eine Mehrbelastung des GWK und bedingt die regelmässige Weiterbildung seiner Angestellten.

¹¹⁷ Von insgesamt 38 Geräten wurden schon 29 in Betrieb genommen. Mit 36 Prozent war die Trefferquote bis anhin äusserst hoch (Stand 20. November 2002); bei 1'117 Suchläufen wurden 407 Treffer erzielt. Dies zeigt, dass die festgelegten Kriterien, die für Zweifel an der Identität einer Person sprechen, genau befolgt wurden.

Das schweizerische Recht sieht die Möglichkeit der Einreiseverbote, der Eintrittsverweigerung, wie auch die Annullation der Visa vor.

3.2.12. Sicherheit und Kontrolle von Dokumenten (Art. 12)

Jeder Vertragsstaat trifft im Rahmen der verfügbaren Mittel die erforderlichen Massnahmen, um sicherzustellen, dass die Qualität der von ihm ausgestellten Reise- und Identitätsdokumente so beschaffen ist, dass sie nicht leicht missbraucht und nicht ohne weiteres gefälscht oder auf rechtswidrige Weise verändert, vervielfältigt oder ausgestellt werden können. Ferner müssen die gleichen Massnahmen getroffen werden, um die Unversehrtheit und die Sicherheit der Reise- oder Identitätsdokumente zu gewährleisten, die von dem Vertragsstaat oder in seinem Namen ausgestellt wurden, und um ihre rechtswidrige Herstellung, Ausstellung und Verwendung zu verhindern.

Die Schweizerischen Reisedokumente weisen eine hohe Qualität auf und erfüllen somit die Anforderungen von *Buchstabe a*. Durch die auf das Bundesgesetz vom 22. Juni 2001 über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige¹¹⁸ gestützte Einführung der neuen Ausweise (Schweizerpass, Identitätskarten, Reiseausweise für Flüchtlinge, Pass für ausländische Personen und Identitätsausweise) im Jahre 2003 wird die Qualität nochmals gesteigert. Die Integrität und Sicherheit der Dokumente nach *Buchstabe b* ist durch einen klar geregelten Ausstellungsprozess mit verschiedenen Kontrollen und der Verpflichtung, persönlich bei der antragstellenden Behörde zu erscheinen, sichergestellt.

Dies trifft auch für die schweizerische Visumvignette zu, welche den massgebenden formalen und sicherheitsmässigen Anforderungen der internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) entsprechen. Dagegen genügen die Ausländerausweise den heutigen Sicherheitsanforderungen nicht mehr und müssen überarbeitet werden. Die notwendigen Schritte wurden eingeleitet.

3.2.13. Rechtmässigkeit und Gültigkeit von Dokumenten (Art. 13)

Die in *Artikel 13* geforderte Überprüfung auf Rechtmässigkeit und Gültigkeit der Reise- und Identitätsdokumente findet bereits heute statt und stellt für die Schweiz kein Problem dar.

3.2.14 Schlussbestimmungen (Art. 14-20)

Die Artikel 14 bis 20 beinhalten – wie auch die Schlussbestimmungen des Übereinkommens – die üblichen Bestimmungen bezüglich der Beilegung von Streitigkeiten, der Unterzeichnung, Beziehung mit den Protokollen, der Änderung, dem Inkrafttreten und der Kündigung des Protokolls (vgl. Ziff. 2.2.32).

Vorbehaltsklausel (Art. 14)

Zusätzlich zu den Schlussbestimmungen des Übereinkommens enthält *Artikel 14* eine Vorbehaltsklausel. Artikel 14 sieht vor, dass das Protokoll die Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten von Staaten und Einzelpersonen gemäss Völkerrecht, namentlich dem humanitären Völkerrecht und dem

¹¹⁸ SR 143.1, in Kraft getreten am 1. Oktober 2002.

Völkerrecht auf dem Gebiet der Menschenrechte, nicht berührt. Insbesondere berührt es, soweit anwendbar, das Übereinkommen von 1951 und das Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und den darin verankerten Grundsatz der Nichtzurückweisung nicht.

Unterzeichnung, Ratifikation, Inkrafttreten (Art. 16, 17)

Das Protokoll lag allen Staaten vom 12. Dezember 2000 bis 12. Dezember 2002 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf (Art. 16 Abs.1). 117 Staaten haben es unterzeichnet und 45 Staaten haben es bislang ratifiziert (Stand: 26.11.03). Die Schweiz hat das Protokoll am 2. April 2002 unterzeichnet. Jeder Staat kann auch nachträglich noch dem Protokoll beitreten (Art. 16 Abs. 4). Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden müssen beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt werden (Art. 16 Abs. 3 und 4).

Artikel 17 legt fest, dass das Protokoll am neunzigsten Tag nach der Hinterlegung der vierzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft tritt, jedoch nicht vor Inkrafttreten des Übereinkommens. Für die Staaten, welche das Protokoll nach diesem Datum ratifizieren oder ihm beitreten, tritt das Protokoll am dreissigsten Tag nach der Hinterlegung der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder dem Beitritt in Kraft. Das Zusatzprotokoll ist am 25. Dezember 2003 in Kraft getreten.

4. Protokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität.

4.1. Allgemeine Bestimmungen

4.1.1. Bedeutung, Entstehung und Inhalt des Zusatzprotokolls

Schmuggel mit Menschen wird weltweit und in immer neuen Formen ausgeübt. Es handelt sich um Kriminalität, die ohne Rücksicht auf nationale Grenzen in grossem Ausmass betrieben wird. Daher gilt es, den oftmals gut organisierten Banden mittels internationaler Zusammenarbeit beizukommen. Auch die Schweiz ist als Ziel- und Transitland von diesem Phänomen betroffen. Insbesondere der Luftweg ist für viele illegale Migranten die effektivste Möglichkeit, um das angestrebte Zielland zu erreichen, und ist deshalb für Schlepper besonders attraktiv. Deshalb liegt eine international koordinierte und effiziente Bekämpfung des Menschenschmuggels auch im Interesse der Schweiz.

Erste Entwürfe für ein Zusatzprotokoll gegen den Menschenschmuggel stammen von Italien und Österreich. Dieser diente als Diskussionsgrundlage im Plenum. Die Schweiz hat sich in den Verhandlungen auch hier für eine wirksame Bekämpfung des Menschenschmuggels und namentlich für eine wirksame internationale Zusammenarbeit ein (vgl. Ziff. 2.1.1 bis 2.1.3).

Das Protokoll enthält im Besonderen die Verpflichtung, die notwendigen Massnahmen zu treffen, um gewisse vorsätzlich begangene Handlungen, die mit dem Ziel der Erlangung eines finanziellen oder materiellen Vorteils begangen wurden, als Straftaten zu umschreiben, nämlich die Schleusung von Migrantinnen und Migranten und die Herstellung gefälschter Reise- oder Identitätsdokumente (Art. 6). Zudem sind auch Massnahmen im Bereiche des Informationsaustausches (Art. 10), der Grenzkontrollen (Art. 11), der Ausbildung und der technischen Zusammenarbeit (Art. 14) vorgesehen. Die Staaten verpflichten sich auch hier, Opferschutz zu gewähren (Art. 16) sowie ihre eigenen Staatsangehörigen und Angehörige von Drittstaaten mit einem Anwesenheitsrecht zurückzunehmen (Art. 18).

4.2 Besonderer Teil: Die wichtigsten Bestimmungen des Protokolls und ihre Bezüge zum schweizerischen Recht

4.2.1 Verhältnis zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die transnationale organisierte Kriminalität (Art. 1)

Das Protokoll ergänzt das Übereinkommen und ist zusammen mit ihm auszulegen. Sofern im Protokoll nichts anderes vorgesehen ist, finden auch die Bestimmungen des Übereinkommens Anwendung (vgl. Ziff. 2.1.4).

4.2.2. Zweck (Art. 2)

Das Protokoll bezweckt die Verhütung und Bekämpfung der Schleusung von Migrantinnen und Migranten sowie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten unter Wahrung der Rechte der Migrantinnen und Migranten. Es handelt sich hierbei um einen Kompromiss, welcher den Willen der Mitgliedstaaten

zur Bekämpfung der Schleusung und zum Schutz der Rechte der geschleusten Migrantinnen und Migranten zum Ausdruck bringt.

4.2.3. Begriffsbestimmungen (Art. 3)

Der Begriff „Schleusung von Migranten“ (*Bst. a*) bezeichnet die Herbeiführung der unerlaubten Einreise in einen Vertragsstaat mit dem Ziel, einen finanziellen oder sonstigen materiellen Vorteil zu erlangen. Der Begriff „unerlaubte Einreise“ (*Bst. b*) bedeutet das Überschreiten von Grenzen, ohne die erforderlichen Voraussetzungen für die erlaubte Einreise in den Aufnahmestaat zu erfüllen. Der Ausdruck „gefälschtes Reise- oder Identitätsdokument“ (*Bst. c*) bezeichnet ein Reise- oder Identitätsdokument, welches von jemand anderem als der Person oder Stelle, die rechtmässig befugt ist, dieses Dokument anzufertigen oder auszustellen, gefälscht oder in substantieller Weise verändert wurde. Weiter kann es sich dabei auch um ein Reise- oder Identitätsdokument handeln, welches aufgrund einer falschen Angabe, durch Korruption oder Nötigung ausgestellt wurde, oder das von einer Person benutzt wird, die nicht der rechtmässige Inhaber ist.

4.2.4. Geltungsbereich (Art. 4)

Das Protokoll findet Anwendung auf die Verhütung, Untersuchung und Verfolgung der in Übereinstimmung mit Artikel 6 umschriebenen Straftaten, wenn diese Straftaten grenzüberschreitender Natur sind und eine organisierte kriminelle Gruppe daran mitwirkt, sowie auf den Schutz der Rechte der Personen, die Gegenstand dieser Straftaten waren. Der Geltungsbereich des Protokolls ist in dem Sinne begrenzt als es sich um grenzüberschreitende Straftaten handeln muss, an denen eine kriminelle Gruppe beteiligt ist (s. Art. 3 des Übereinkommens).

4.2.5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit der Migranten (Art. 5)

Gemäss *Artikel 5* können Migrantinnen und Migranten gestützt auf dieses Protokoll nicht strafrechtlich verfolgt werden. Es handelt sich bei dieser Bestimmung um einen Kompromiss in dem Sinne, als sie nach diesem Protokoll nicht strafrechtlich dafür verfolgt werden können, dass sie Gegenstand der in Artikel 6 genannten Handlungen sind. Sie bleiben hingegen strafrechtlich verantwortlich für andere Handlungen oder Straftaten, welche sie selbst, trotz ihrer Migrantensituation, begangen haben.

4.2.6. Kriminalisierung (Art. 6)

Gemäss *Ziffer 1 Buchstabe a* haben die Vertragsstaaten die Schlepperei von Migrantinnen und Migranten, wenn vorsätzlich und zur unmittelbaren oder mittelbaren Erlangung eines finanziellen oder sonstigen Vorteils begangen, strafbar zu erklären.

Im schweizerischen Recht wird der Menschenschmuggel in Artikel 23 Absatz 2 ANAG geregelt. Bestraft wird mit Gefängnis und mit Busse bis zu 100 000 Franken, wer in der Absicht, sich oder einen anderen unrechtmässig zu bereichern, einem Ausländer die rechtswidrige Einreise oder das rechtswidrige Verweilen im Lande erleichtert oder vorbereiten hilft. Der gleichen Strafdrohung unterliegt der Täter, der ohne Bereicherungsabsicht für eine Vereinigung oder Gruppe von Personen handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung dieser Tat zusammengefunden haben.

Gemäss Artikel 27 des Übereinkommens und Artikel 1 dieses Protokolls sind die Zusatzprotokolle im Zusammenhang mit dem Übereinkommen zu lesen. Der Geltungsbereich des Übereinkommens erstreckt sich auf Straftaten gemäss den Artikeln 5, 6, 8 und 23 sowie auf schwere Straftaten im Sinne von Artikel 2, wenn die Straftat grenzüberschreitender Natur ist und eine organisierte kriminelle Gruppe daran mitgewirkt hat (Art. 3 Ziff. 1 Übereinkommen). Anlässlich der Verhandlungen zur Erarbeitung des Übereinkommens wurde erwogen, anstelle des generellen Verweises auf schwere Straftaten eine Liste der massgeblichen Straftaten zu erstellen, auf der auch die Schlepperei hätte figurieren sollen. Da jedoch jeder Staat über ein eigenes Rechtssystem verfügt und sich die Strafdrohungen für die einzelnen Delikte nicht in jedem Land im gleichen Rahmen bewegen, wurde schliesslich auf eine Liste verzichtet. Es wurde damit den einzelnen Staaten überlassen, welche Delikte sie als schwere Straftaten im Sinne der Konvention definieren wollen. Ebenso wenig lässt sich Artikel 6 des Übereinkommens, wonach die Vertragsstaaten die vorsätzlich begangene Geldwäscherei unter Strafe zu stellen und einen möglichst breiten Katalog von Vortaten anzuwenden haben, entnehmen, dass der Menschenschmuggel als Vortat zur Geldwäscherei, also als Verbrechen nach schweizerischem Recht, auszugestalten sei.

Auch wenn vom Zusatzprotokoll somit nicht gefordert, erscheint es als sachgerecht, den Menschenschmuggel *de lege ferenda* als Verbrechen einzustufen. Der Unrechtsgehalt des Menschenschmuggels ist vergleichsweise hoch, und es können erhebliche Vermögenswerte anfallen, welche sich für die Geldwäscherei eignen. Von Vorteil wäre ausserdem die Bundesgerichtsbarkeit für Taten in diesem Bereich, die von einer kriminellen Organisation ausgehen (Art 340bis Abs.1 StGB) und die Verjährungsfrist von 15 Jahre für Verbrechen (Art. 70 StGB). Auch im internationalen Rechtsvergleich drängt sich ein höherer Strafrahmen auf. In der Europäischen Union drohen den Tätern für Menschenschmuggel in schwersten Fällen künftig bis zu 8 Jahren Freiheitsentzug¹¹⁹. Schliesslich enthalten die revidierten Empfehlungen der FATF eine Liste von Delikten, welche ausdrücklich auch den Menschenschmuggel umfasst. Wie in Ziffer 3.2.7 bereits erwähnt, wird das ANAG und damit auch dessen Strafbestimmungen zur Zeit revidiert. In diesem Zusammenhang sind Bestrebungen im Gange, den Menschenschmuggel mit einer Strafe von Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder Gefängnis zu bedrohen.

Gemäss *Ziffer 1 Buchstabe b* haben die Vertragsstaaten die Fälschung eines Reise- oder Identitätsdokuments (Bst. bi) und die Beschaffung, Bereitstellung oder den Besitz eines solchen Dokuments unter Strafe zu stellen (Bst. bii), wenn die Handlung zum Zwecke der Ermöglichung der Schlepperei von Migrantinnen und Migranten begangen wurde.

Die beschriebenen Tathandlungen sind durch Artikel 23 Absatz 1 ANAG als *lex specialis* zum StGB (Art. 251 ff.) abgedeckt. Buchstabe bii, Besitz eines gefälschten Dokuments, ist zusammen mit dem Eingangssatz von Buchstabe b zu lesen: Um strafbar zu sein, müssen die Tathandlungen zum Zwecke der Schlepperei von Migrantinnen und Migranten begangen worden sein. Damit wird ebenfalls klar gestellt, dass der oder die Geschleppte selber auch nicht unter dieser Ziffer zu bestrafen ist.

¹¹⁹ Rahmenbeschluss des Europäischen Rates (2002/946/JI) betreffend die Verstärkung des strafrechtlichen Rahmens für die Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt.

Ebenfalls strafbar zu erklären ist der Umstand, einer Person, die nicht Staatsangehörige des betreffenden Staates ist oder dort keinen ständigen Aufenthalt hat, mit den unter Buchstabe b Ziffer 1 erwähnten oder anderen unrechtmässigen Mitteln zu ermöglichen, in diesem Staat zu verbleiben, ohne die erforderlichen Voraussetzungen für den rechtmässigen Aufenthalt zu erfüllen (Ziffer 1 Buchstabe c). Diese Vorschrift ist durch Artikel 23 ANAG abgedeckt.

Gemäss *Ziffer 2* haben die Vertragsstaaten den Versuch, die Mittäter- und Gehilfenschaft sowie die Anstiftung bezüglich der Straftaten in Ziffer 1 strafbar zu erklären; allerdings wird der Vorbehalt der Grundprinzipien der Rechtsordnung bezüglich einzelner Straftaten zugelassen. Täterschaft und Teilnahme (Anstiftung und Gehilfenschaft) sowie die Strafbarkeit des Versuches werden durch die Regeln des Allgemeinen Teils StGB abgedeckt (vgl. auch Ziff. 2.2.5).

Ziffer 3 umschreibt die erschwerenden Umstände, welche den Straftaten dieses Artikels beizumessen sind, nämlich die Gefährdung oder mögliche Gefährdung des Lebens oder der Sicherheit der betroffenen Migrantinnen und Migranten und ihre unmenschliche oder erniedrigende Behandlung einschliesslich der Ausbeutung. Aufgrund der Grundprinzipien der Strafrechtsordnung kann der Richter die Tatschwere im Rahmen der Strafzumessung berücksichtigen (Art. 63 StGB). Die breiten Strafraumen lassen ihm einen weiten Spielraum. Ausserdem kommen in den genannten Fällen kumulativ weitere Straftatbestände, so insbesondere der Tatbestand der Gefährdung des Lebens (Art. 127 StGB) in Frage.

Im Zusammenhang mit der Revision des ANAG ist ausserdem eine generelle Verschärfung der Strafraumen vorgesehen.

4.2.7 Schleusung der Migranten auf dem Seeweg (Art. 7 – 9)

Die *Artikel 7 bis 9* sehen eine Zusammenarbeit der Vertragsstaaten vor, um die Schleusung von Migrantinnen und Migranten auf dem Seeweg zu verhüten und zu bekämpfen. Der Flaggenstaat kann namentlich dem Ersucherstaat erlauben, ein Schiff anzuhalten oder zu durchsuchen. Jeder Staat bezeichnet eine für solche Hilfeersuchen zuständige Behörde. Artikel 9 sieht Schutzklauseln zu Gunsten des Flaggenstaates vor, dessen Schiff Gegenstand solcher Massnahmen ist.

Der Wortlaut der Artikel 7 bis 9 ist ganz oder teilweise dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über den illegalen Handel mit Suchtstoffen oder psychotropen Substanzen aus dem Jahre 1988 sowie den Übergangsmassnahmen zur Bekämpfung gefährlicher Praktiken im Zusammenhang mit dem Handel oder dem Transport illegaler Migranten auf dem Seeweg der internationalen Schifffahrtorganisation (IMO) entnommen worden. Im Übrigen vervollständigen die in diesem Protokoll genannten Massnahmen die Konvention von Montego Bay von 1982 über das Seerecht.

Die Ratifikation des Protokolls gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg durch die Schweiz impliziert keine Modifikation der Gesetzgebung über die Seeschifffahrt unter Schweizer Flagge. Das für Ersuchen im Sinne von Artikel 8 zuständige Amt ist das schweizerische Seeschiffahrtsamt.

4.2.8. Information (Art. 10)

Artikel 10 erinnert daran, dass der Informationsaustausch mit den Rechts- und Verwaltungsordnungen der jeweiligen Staaten in Einklang stehen soll. Um eine grösstmögliche Effizienz zu erreichen, muss von den Vertragsstaaten, welche gemeinsame Grenzen haben oder welche sich an den für den Handel benutzen Routen befinden, ein besonderer Einsatz geleistet werden. Dies trifft insbesondere auf internationale Flughäfen zu. Das Ziel dieses Austausches bezieht sich auf die Verhütung und Bekämpfung der Schleusung von Migrantinnen und Migranten.

Der *erste Absatz* enthält eine unvollständige Liste von Informationen, auf welche sich dieser Austausch stützen soll. Es handelt sich insbesondere um Informationen über kriminelle Organisationen, den Methoden der Schlepperei, den Durchlaufsrouten vom Ausgangspunkt bis zum Zielort, den Beförderungsmitteln und den Identitäts- und Reisedokumenten. Der Informationsaustausch muss sich ebenfalls auf die Erfahrungen bei der Gesetzgebung und den Praktiken der Vertragsstaaten beziehen. Um die Kapazität der Vertragsstaaten zu stärken, legten die Verfasser des Protokolls sodann besonderen Wert auf den Informationsaustausch über wissenschaftliche und technische Massnahmen und über Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung der in Artikel 6 erwähnten Straftaten, welche den Kern des Protokolls darstellen.

Gemäss *Absatz 2* muss der Vertragsstaat, welcher Informationen erhält, jedem Ersuchen des die Informationen übermittelnden Vertragsstaates, das deren Gebrauch einschränkt, nachkommen. Die Bestimmung entspricht Artikel 10 Absatz 3 des Protokolls über die Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere von Frauen und Kindern.

Zum Informationsaustausch vgl. auch Ziff. 3.2.10.

4.2.9. Massnahmen an den Grenzen (Art. 11)

Dieser Artikel entspricht inhaltlich Artikel 11 des Protokolls gegen den Menschenhandel (vgl. Ziff. 3.2.11).

4.2.10. Sicherheit und Kontrolle von Dokumenten (Art. 12)

Dieser Artikel entspricht inhaltlich Artikel 12 des Protokolls gegen den Menschenhandel (vgl. Ziff. 3.2.12).

4.2.11. Rechtmässigkeit und Gültigkeit von Dokumenten (Art. 13)

Dieser Artikel entspricht inhaltlich Artikel 13 des Protokolls gegen den Menschenhandel (vgl. Ziff. 3.2.13).

4.2.12. Ausbildung und technische Zusammenarbeit (Art. 14)

Gemäss *Ziffer 1* dieser Bestimmung sollen die Vertragsstaaten in Erwägung ziehen, dass die Beamten der Einwanderungs- und der sonstigen zuständigen Behörden eine spezielle Ausbildung betreffend die Verhütung derjenigen Handlungen, welche dieses Protokoll bekämpfen will, die menschliche Behandlung der Opfer solcher Handlungen und die Achtung ihrer in diesem Protokoll festgelegten Rechte erhalten.

Ziffer 2 beinhaltet eine nicht abschliessende Liste von weiteren Bereichen, auf die sich diese Ausbildung beziehen soll. Es handelt sich dabei im Besonderen um die Verbesserung der Sicherheit und der Qualität von Reisedokumenten, den unrechtmässigen Gebrauch von Reise- oder Identitätsdokumenten und die Erkennung und Aufdeckung gefälschter Reise- oder Identitätsdokumente. Die Ausbildung soll auch die Identifizierung organisierter krimineller Gruppen, die Beförderungsmethoden von Migrantinnen und Migranten und die Methoden der Verdunkelung und der Erkennung an den Grenzen enthalten. Das Solidaritätsprinzip, welches in *Ziffer 3* aufgenommen wird, fordert, dass die Vertragsstaaten, welche bereits über einschlägiges Fachwissen verfügen, die Gewährung technischer Hilfe an die Staaten erwägen, welche häufig Herkunft- oder Transitländer für Personen sind, welche Gegenstand solchen Handels bilden.

Die Vorschriften dieser Bestimmung sind in der Migrationspolitik des Bundesrates berücksichtigt (s. die nachfolgenden Ausführungen zu Artikel 15). Vertreter des Grenzwachtkorps (EFD) nehmen regelmässig an Lehrgängen über Schleppereiwesen teil, die von internationalen Polizeischulen angeboten werden (vgl. dazu auch Ziff. 2.2.27). Eine spezifisch schweizerische Ausbildung im Bereich Menschenschmuggel wird zum Aufgabenbereich der KSMM gehören.

4.2.13. Sonstige Verhütungsmassnahmen (Art. 15)

Nebst den anderen Präventionsmassnahmen im dritten Kapitel, lädt *Artikel 15* die Vertragsstaaten ein, Aufklärungsprogramme bereitzustellen oder zu verstärken, um der Öffentlichkeit bewusst zu machen, dass die in Artikel 6 genannten Handlungen eine kriminelle Tätigkeit darstellen und häufig von organisierten kriminellen Gruppen begangen werden und dass sie mit Risiken für die Migrantinnen und Migranten verbunden sind. In der *zweiten Ziffer* verpflichten sich die Vertragsstaaten zur Zusammenarbeit im Bereiche der Information in Übereinstimmung mit Artikel 31 Ziffer 5 des Übereinkommens, mit dem Ziel, dass potentielle Migranten davon abgehalten werden, Opfer dieses Handels zu werden. Die *dritte Ziffer* hält fest, dass eine gute Prävention der Schleusung von Migrantinnen und Migranten nicht möglich ist, ohne dass die Vertragsstaaten deren sozioökonomische Ursachen, wie Armut und Unterentwicklung, bekämpfen. Deshalb sollen angemessene Entwicklungsprogramme und nationale, regionale und internationale Zusammenarbeitsprogramme, welche den sozioökonomischen Ursachen der Migration Rechnung tragen, von den Vertragsstaaten gefördert und verstärkt werden.

Die Präventionsmassnahmen, welche von diesem Zusatzprotokoll vorgesehen sind, entsprechen der vom Bundesrat im Rahmen seiner Migrationspolitik vertretenen Auffassung. Die durch verschiedene schweizerische Behörden entwickelten Friedensförderungsprogramme, humanitäre und wirtschaftliche Hilfe, örtliche Hilfe und Rückkehrhilfe gehen in die geforderte Richtung. Im Rahmen des neuen Ausländerrechts schlägt der Bundesrat sodann eine Sonderregelung über die Zulassungsbedingungen in der Schweiz vor, als im Rahmen von Programmen oder Projekten der Entwicklungshilfe, der Friedensförderung, dem Schutz der Menschenrechte oder der humanitären Politik Aufenthalte bewilligt werden können (s. Art. 30 AuG). In die gleiche Richtung zielt der Migrationsdialog, der mit verschiedenen Quellenländern illegaler Migration geführt wird.

Des Weiteren engagiert sich die Schweiz bereits heute aktiv in der internationalen Zusammenarbeit im Bereiche der Migration: Bei ihrer Arbeit im Rahmen der Vereinten Nationen wird sie ihre hauptsächlichlichen Bemühungen auf die unrechtmässigen Migrationen und die Bewältigung der Fluktuationsströme ausrichten. Indem sie im Rahmen der «Berner Initiative» Regierungsvertreter aus den Herkunfts-, Transit- und Zielländern der Migranten, Vertreter intergouvernementaler Instanzen, von Nichtregierungsorganisationen und sachkompetente Rechtsgelehrte vereinigt, hat die Schweiz ebenfalls einen globalen Austauschprozess ins Leben gerufen. Dieser bezweckt durch eine verbesserte zwischenstaatliche Zusammenarbeit einen internationalen Rahmen zu schaffen, der eine harmonische und menschliche Handhabung der internationalen Migration erleichtert.

4.2.14. Schutz- und Hilfsmassnahmen (Art. 16)

Artikel 16 umschreibt die Schutz- und Hilfsmassnahmen in sehr allgemeiner Weise (vgl. dazu auch Art. 25 des Übereinkommens und Art. 6 des Protokolls gegen den Menschenhandel).

Gemäss *Ziffer 1* haben die Vertragsstaaten zu gewährleisten, dass die Opfer des Menschenschuggels denjenigen Schutz erhalten, welcher ihnen nach dem anwendbaren internationalen Recht zusteht. Damit verweist das Zusatzprotokoll auf die vom jeweiligen Vertragsstaat ratifizierten Menschenrechtsverträge. Das Recht auf Leben, auf Schutz vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe wird vom Zusatzprotokoll besonders hervorgehoben. Diese Rechte haben die Vertragsstaaten nicht nur im eigenen Land zu gewährleisten, sondern sie haben auch das Gebot des "non-refoulement" zu beachten. Gemäss diesem Gebot darf ein Ausländer nicht ausgewiesen, ausgeliefert oder abgeschoben werden, wenn es ernsthafte Gründe gibt zu glauben, dass der Ausländer im betreffenden Staat der Folter oder unmenschlicher Behandlung unterworfen würde.

Die Schweiz hat zahlreiche internationale Verträge ratifiziert, welche direkt oder indirekt die Stellung von Opfern eines Menschenschuggels verbessern helfen. Zu nennen sind insbesondere der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Pakt II)¹²⁰, die Europäische Menschenrechtskonvention¹²¹, die UNO-Folterkonvention¹²², die UNO-Flüchtlingskonvention¹²³, die UNO-Frauenrechtekonvention¹²⁴, die UNO-Kinderrechtekonvention¹²⁵, sowie die verschiedenen internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels¹²⁶, welche

¹²⁰ SR 0.103.2.

¹²¹ SR 0.101.

¹²² SR 0.105.

¹²³ SR 0.142.30.

¹²⁴ SR 0.108.

¹²⁵ SR 0.107.

¹²⁶ Internationales Übereinkommen vom 18. Mai 1904 zur Gewährleistung eines wirksamen Schutzes gegen das unter dem Namen "Mädchenhandel" bekannte verbrecherische Treiben (SR 0.311.31), Internationales Übereinkommen vom 4. Mai 1910 zur Bekämpfung des Mädchenhandels (SR 0.311.32), Internationales Übereinkommen vom 30. September 1921 zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels (SR 0.311.33), Internationales Übereinkommen vom 11. Oktober 1933 über die Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen (SR 0.311.34). Die zur Ablösung dieser Übereinkommen bestimmte UN-Konvention "zur Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausbeutung der Prostitution Dritter" (GA Res 317 [IV]) hat die Schweiz bislang nicht ratifiziert.

zwischen 1904 und 1933 abgeschlossen wurden. Im Jahr 2000 wurde zudem das Fakultativprotokoll zur Kinderrechtskonvention betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie unterzeichnet, dessen Ratifikation für die Schweiz von Priorität ist.

Gemäss *Ziffer 5* haben die Vertragsstaaten bei einer allfälligen Inhaftnahme des Ausländers, welcher Opfer eines Menschenschuggels wurde, die Bestimmungen des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen¹²⁷ einzuhalten. Gemäss Art. 36 Abs. 1 des Wiener Übereinkommens hat der betroffene Vertragsstaat die inhaftierte Person über ihr Recht zu informieren, mit den konsularischen Behörden ihres Heimatstaates Kontakt aufzunehmen. Sofern die inhaftierte Person dies ausdrücklich wünscht, hat der Vertragsstaat danach die zuständigen konsularischen Behörden von der Inhaftierung zu benachrichtigen.

4.2.15. Rückführung geschleuster Migranten (Art. 18)

Diese Bestimmung nimmt in *Ziffer 1* das international anerkannte Prinzip auf, das die Staaten verpflichtet, ihre eigenen Staatsangehörigen wiederaufzunehmen, insbesondere dann, wenn sie Gegenstand einer Schleusung geworden sind. Mit der Unterzeichnung des Protokolls setzen sich die Vertragsstaaten dafür ein, die Rückführung dieser Personen ohne ungebührliche oder unangemessene Verzögerung zu akzeptieren und zu erleichtern. Das in Frage stehende Protokoll geht noch weiter, indem es dieses Prinzip auf Migrantinnen und Migranten ausdehnt, welche die Staatsangehörigkeit des Aufnahmestaates nicht besitzen, aber zum Zeitpunkt ihrer Rückführung ein Recht auf ständigen Wohnsitz in seinem Hoheitsgebiet haben. Wenn die betreffenden Personen im Moment der Rückkehr kein solches Recht mehr haben, im Moment der Einreise in den Ersucherstaat jedoch ein solches hatten, erwägt der Aufnahmestaats nach seinem innerstaatlichen Recht die Möglichkeit einer allfälligen erleichterten Rückkehr (*Ziff. 2*).

Während den Vorbereitungsarbeiten bezüglich der Formulierung dieser Klausel wurde argumentiert, dass es nötig sei, eine solche Rückkehr vorzusehen, um Migrantinnen und Migranten abzuhalten und die Tätigkeit von organisierten kriminellen Gruppen zu verhindern, und um Migrantinnen und Migranten das Recht auf Rückkehr in ihren Heimatstaat zu garantieren. Ausserdem wurde präzisiert, dass diese Rückkehr erst nach Überprüfung der Nationalität oder des Rechts auf ständigen Aufenthalt stattfinden könne. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass es internationalem Recht widersprechen würde, wenn die Vertragsstaaten diesen Personen die Staatsangehörigkeit entziehen könnten und dass der Ausdruck «Daueraufenthalt» einen langen, nicht aber unbedingt einen unbegrenzten Zeitraum meine.

Die nachfolgenden Absätze des Artikels 18 regeln praktische Fragen: der ersuchte Staat hat ohne ungebührliche oder unangemessene Verzögerung zu überprüfen, ob der Betreffende sein Staatsangehöriger ist oder ein Recht auf ständigen Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet besitzt (*Ziff. 3*). Wenn die betreffende Person keine ordnungsgemässen Ausweispapiere vorweisen kann, bemüht sich der ersuchte Staat, die erforderlichen Reisedokumente oder sonstigen Genehmigungen zur Rückführung in sein Hoheitsgebiet auszustellen (*Ziff. 4*); die Vertragsstaaten müssen alle geeigneten Massnahmen treffen, damit die Rückführung auf eine

¹²⁷

SR 0.191.02.

ordnungsgemässe Weise und unter gebührender Berücksichtigung der Sicherheit und Würde der betreffenden Person, welche Objekt einer in Artikel 6 genannten Handlung wurde, durchgeführt werden kann (Ziff. 5); die Vertragsstaaten können mit den zuständigen internationalen Behörden zusammenarbeiten (Ziff. 6); Artikel 18 lässt die durch das innerstaatliche Recht des aufnehmenden Vertragsstaates gewährten Rechte von Personen, die Gegenstand der in Artikel 6 genannten Handlungen wurden (Ziff. 7), wie auch andere internationale Übereinkommen, welche die Rückführung solcher Personen ganz oder teilweise regeln (Ziff. 8), unberührt.

Es ist zu bemerken, dass die Schweiz, die im Annex 9 zum Übereinkommen über die internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944¹²⁸ geregelte Bestimmungen betreffend die Rückführung und Rücknahme von Flugpassagieren, welche die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen, vorbehaltlos anwendet. Zudem ist sie beteiligt an einem langen Verhandlungsprozedere und am Abschluss von zahlreichen bilateralen Abkommen über die Wiederaufnahme und den Transit von illegalen Migranten. In diesem Zusammenhang beachtet sie bereits heute die in dieser Bestimmung des Zusatzprotokolls entwickelten Ideen und zwar in den laufenden und künftigen Verhandlungen, um eine würdige und sichere Rückkehr solcher Migrantinnen und Migranten zu gewährleisten. Ferner haben die Kantons- und Bundesbehörden gemeinsame Richtlinien für die Repatriierung auf dem Luftweg geschaffen. Diese schliessen im Besonderen alle Zwangsmittel, welche in irgendeiner Weise die Gesundheit oder das Leben von Personen gefährden, welche aus der Schweiz ausgewiesen wurden, aus. Zudem haben die zuständigen Behörden einen interkantonalen Pool von Eskortagenten geschaffen, welche eine ad hoc Ausbildung beim Schweizerischen Polizeinstitut in Neuenburg absolvieren müssen.

4.2.16 Schlussbestimmungen (Art. 19-25)

Die *Artikel 19 bis 25* beinhalten – wie auch die Schlussbestimmungen des Übereinkommens – die üblichen Bestimmungen bezüglich der Beilegung von Streitigkeiten, der Unterzeichnung, dem Verhältnis zu anderen Protokollen, der Genehmigung, dem Inkrafttreten und der Kündigung des Protokolls (vgl. Ziff. 2.2.32).

Vorbehaltsklausel (Art. 19)

Zusätzlich zu den Schlussbestimmungen des Übereinkommens enthält *Artikel 19* eine Vorbehaltsklausel. Er sieht vor, dass das Protokoll die Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten von Staaten und Einzelpersonen gemäss Völkerrecht, namentlich dem humanitären Völkerrecht und dem Völkerrecht auf dem Gebiet der Menschenrechte, nicht berührt. Insbesondere berührt es, soweit anwendbar, das Übereinkommen von 1951 und das Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und den darin verankerten Grundsatz der Nichtzurückweisung nicht.

Unterzeichnung, Ratifikation, Inkrafttreten (Art. 21, 22)

Das Protokoll lag für alle Staaten vom 12. Dezember 2000 bis zum 12. Dezember 2002 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung *auf* (Art. 21 Abs. 1). 112 Staaten haben es unterzeichnet und 40 Staaten haben es bislang

¹²⁸

ratifiziert (Stand: 26.11.2003). Die Schweiz hat das Protokoll am 2. April 2002 unterzeichnet. Jeder Staat kann auch nachträglich dem Protokoll beitreten (*Art. 21 Abs. 4*). Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden müssen beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt werden (*Art. 21 Abs. 3 und 4*).

Artikel 22 hält fest, dass das Protokoll am neunzigsten Tag nach der Hinterlegung der vierzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft tritt, jedoch nicht vor Inkrafttreten des Übereinkommens. Für die Staaten, welche das Protokoll nach diesem Zeitpunkt ratifizieren oder ihm beitreten, tritt das Protokoll am dreissigsten Tag nach der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch den Staat, in Kraft. Das Zusatzprotokoll wird am 28. Januar 2004 in Kraft treten.

5. Auswirkungen

5.1. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Der Beitritt zum Übereinkommen und zu den beiden Zusatzprotokollen und deren Umsetzung haben insgesamt keine weitreichende direkte finanzielle Auswirkungen.

Die Beschickung der Staatenkonferenzen ist eine neue Aufgabe, die sich voraussichtlich mit den betreffenden Ressourcen bewältigen lässt.

Es ist damit zu rechnen, dass die durch das Übereinkommen erleichterte Zusammenarbeit bei der Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von deliktischen Vermögenswerten zu einer Zunahme von Rechtshilfesuchen führen wird. Deren Ausmass lässt sich schwerlich abschätzen und hängt insbesondere auch von der Frage ab, wie sich der Kreis der Vertragsstaaten zahlenmässig entwickeln wird. Immerhin dürften aber die zusätzlich anfallenden Rechtshilfeersuchen jedenfalls mittelfristig mit den bestehenden Ressourcen zu bewältigen sein.

Dank des Aufbaus der Strafverfolgungsbehörden des Bundes im Zuge der neuen Bundeskompetenzen im Bereich der organisierten Kriminalität, der Geldwäscherei und der Korruption (sog. Effizienzvorlage) sollte es möglich sein, die Konvention selber grundsätzlich ohne zusätzliche personelle Ressourcen umsetzen zu können. Eine partielle Ausnahme ist bei den Polizeiattachés zu machen, die es zur Umsetzung von Art. 27 der Konvention braucht. Die Polizeiattachés arbeiten für sämtliche Strafverfolgungsbehörden der Schweiz, sowohl auf Stufe Bund wie auf Stufe Kantone. Der Ausbau des Polizeiattachénetzes ist deshalb in der Effizienzvorlage zur Umsetzung der neuen Ermittlungskompetenzen des Bundes nur rund zur Hälfte berücksichtigt. Zu beachten ist auch, dass der Bundesrat aus finanzpolitischen Gründen dem Parlament beantragt hat, die Mittel für die Umsetzung der Effizienzvorlage auf dem Niveau des Jahres 2004 einzufrieren und bei diesem Projekt einen Marschhalt einzulegen¹²⁹. Dieser kann sich auch auf die Nachhaltigkeit der Umsetzung dieser Vorlage auswirken.

Für die Umsetzung der beiden Zusatzprotokolle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel sowie weitere Massnahmen in diesem Bereich wurden beim Bundesamt für Polizei 10 neue Stellen beantragt (KSMM sowie Verstärkung der Bundeskriminalpolizei und des Dienstes für Analyse und Prävention in diesem Bereich). Davon können 7 Stellen realisiert werden. Um das Konzept und die Aufgaben der KSMM langfristig und nachhaltig umsetzen zu können, sind mindestens 3 weitere Stellen nötig.

Es ist ferner damit zu rechnen, dass die Umsetzung der Protokolle, insbesondere im Zusammenhang mit konkreten Massnahmen betreffend die Migrationsprävention, Ausbildung, Information, internationale Zusammenarbeit und Zusammenarbeit mit den Beförderungs- und Reiseunternehmen, zu einem Mehraufwand für die übrigen zuständigen Bundesämter (v.a. IMES) führen wird. Ob dafür zusätzliche personelle Ressourcen benötigt werden, kann erst im Laufe der Zeit schlüssig beurteilt werden.

¹²⁹ Botschaft des Bundesrates zum Entlastungsprogramm 2003 für den Bundeshaushalt vom 2. Juli 2003, S. 31 f.

5.2. Volkswirtschaftliche Auswirkungen

Die Ratifikation des Übereinkommens gegen transnationale organisierte Kriminalität und der beiden Zusatzprotokolle sowie deren Umsetzung lassen keine direkten volkswirtschaftlichen Auswirkungen erwarten. Immerhin führt eine effektivere Prävention und Bekämpfung der organisierten transnationalen Kriminalität sowie des Menschenhandels und des Menschenschmuggels indirekt auch zu finanziellen Entlastungen, so insbesondere bezüglich der Kosten illegaler Migration.

5.3. Auswirkungen auf die Informatik

Die Ratifikation des Übereinkommens sowie der beiden Zusatzprotokolle und die Anpassung des schweizerischen Rechts lassen keine Auswirkungen auf die Informatik erwarten.

5.4. Auswirkungen auf die Kantone

Die Ratifikation des Übereinkommens gegen transnationale organisierte Kriminalität und der beiden Zusatzprotokolle lassen kaum zusätzliche Auswirkungen auf die Kantone erwarten.

6. Legislaturplanung

Die Vorlage ist im Bericht über die Legislaturplanung 2004 – 2007 angekündigt.

7. Verhältnis zum europäischen Recht

7.1. Europäische Union

Sowohl die Europäische Union wie auch alle ihre Mitgliedsstaaten haben das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die transnationale organisierte Kriminalität und auch seine Zusatzprotokolle unterschrieben. Die Ratifikation dieser Instrumente durch die Schweiz ist daher grundsätzlich mit dem europäischen Recht vereinbar.

7.2. Europarat

Das Übereinkommen gegen die transnationale organisierte Kriminalität vervollständigt die Instrumente des Europarates in den Bereichen der Auslieferung, der Rechtshilfe in Strafsachen, der Wirtschaftskriminalität wie auch der transnationalen organisierten Kriminalität. Zudem sind die zwei Zusatzprotokolle des Übereinkommens mit den Instrumenten des Europarates betreffend Menschenhandel und der Schleusung von Migranten vereinbar (vgl. unter Ziff. 1.3 ff.).

Der Europarat hat ferner ein ad hoc Komitee für die Ausarbeitung einer Europäischen Konvention gegen den Menschenhandel eingesetzt, das seine Arbeit bis Ende 2004 abschliessen soll.

8. Verfassungsmässigkeit

Nach Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d Ziffer 1-3 BV werden völkerrechtliche Verträge dem fakultativen Referendum unterstellt, wenn sie unbefristet und unkündbar sind (Ziff. 1), den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen (Ziff. 2) oder wenn sie wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert (Ziff. 3). Die vorliegenden Abkommen sind jederzeit kündbar und sehen keinen Beitritt zu einer internationalen Organisation vor. Es stellt sich somit einzig die Frage, wie es sich mit Ziffer 3 verhält.

Das geltende schweizerische Strafrecht genügt den Anforderungen des Protokolls gegen den Menschenhandel zur Zeit noch nicht in jeder Hinsicht. Die notwendige Anpassung des Strafgesetzbuches wird indessen bereits im Rahmen des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie vorgenommen. Somit wird bei Verabschiedung dieser Vorlage voraussichtlich keine Anpassung des Landesrechts an die Abkommen erforderlich sein.

Die Referendumpflicht bei Staatsverträgen, die wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten, hat zum Zweck, eine Parallelität von innerstaatlichem und Staatsvertragsreferendum herzustellen. Als rechtsetzende Bestimmungen gelten Vorschriften, die der Definition des Rechtsatzes nach Artikel 22 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Bundesversammlung (ParlG) entsprechen. Welche Rechtsätze als wichtig im Sinne der Verfassung gelten, beurteilt sich nach Artikel 164 Absatz 1 Buchstabe a-g BV: Als wichtig anzusehen sind namentlich alle grundlegenden Bestimmungen über die Rechte und Pflichten von Personen, über die Einschränkungen verfassungsmässiger Rechte sowie über die Aufgaben und Leistungen des Bundes. Die Kriterien, welche zur Beurteilung der Frage entwickelt wurden, welche Regelungsgegenstände in einem formellen Gesetz normiert werden müssen, werden somit im Fall von Staatsverträgen für die Beurteilung der Referendumpflicht angewandt.

Die vorliegenden Abkommen enthalten rechtsetzende Bestimmungen (Artikel 22 Absatz 1 ParlG), welche als wichtig im Sinne von Artikel 164 Absatz 1 BV zu qualifizieren sind. Bestimmungen, die auf nationaler Ebene dem fakultativen Referendum unterstehen, müssen dem Staatsvertragsreferendum unterstellt werden, wenn die Absicht besteht, sich hinsichtlich dieser Normen völkerrechtlich zu binden. Daraus folgt, dass der zur Genehmigung unterbreitete Bundesbeschluss dem fakultativen Staatsvertragsreferendum zu unterstellen ist.

Bundesbeschluss*Entwurf*

betreffend das Internationale Übereinkommen gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, das Zusatzprotokoll zur Verhinderung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Kindern, und das Zusatzprotokoll gegen den Menschenschmuggel auf dem Land-, Luft- und Seeweg

vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 und Artikel 166 Absatz 2 der Bundesverfassung¹³⁰
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom¹³¹,

beschliesst:

Art. 1

1 Das Übereinkommen vom 15. November 2000 gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und die Zusatzprotokolle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel werden genehmigt.

2 Der Bundesrat wird ermächtigt, dem Übereinkommen und den beiden Zusatzprotokollen beizutreten.

Art. 2

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Staatsvertragsreferendum für Verträge, die wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert (Art. 141 Abs. 1 lit.d Ziff. 3 BV).

¹³⁰ SR 101

¹³¹ BBl ...

Anhang

Französischer Originaltext des Übereinkommens und der beiden Zusatzprotokolle.

Nations Unies
Assemblée générale

A/RES/55/25

Distr. générale
8 janvier 2001

Cinquante-cinquième session
Point 105 de l'ordre du jour

Résolution adoptée par l'Assemblée générale
[sans renvoi à une grande commission (A/55/383)]

**55/25. Convention des Nations Unies contre la criminalité
transnationale organisée**

L'Assemblée générale,

Rappelant sa résolution 53/111 du 9 décembre 1998, dans laquelle elle a décidé de créer un comité intergouvernemental spécial à composition non limitée chargé d'élaborer une convention internationale générale contre la criminalité transnationale organisée et d'examiner, s'il y avait lieu, l'élaboration d'instruments internationaux de lutte contre le trafic de femmes et d'enfants, la fabrication et le trafic illicites d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions, et le trafic et le transport illicites de migrants, y compris par voie maritime,

Rappelant également sa résolution 54/126 du 17 décembre 1999, dans laquelle elle a prié le Comité spécial sur l'élaboration d'une convention contre la criminalité transnationale organisée de poursuivre ses travaux, conformément à ses résolutions 53/111 et 53/114 du 9 décembre 1998, et de les intensifier afin de les achever en 2000,

Rappelant en outre sa résolution 54/129 du 17 décembre 1999, dans laquelle elle a accepté avec reconnaissance l'offre du Gouvernement italien d'accueillir à Palerme une conférence réunissant des personnalités politiques de haut rang qui viendraient y signer la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée (Convention de Palerme) et les protocoles qui s'y rapportent, et prié le Secrétaire général de prévoir la tenue de la conférence pour une durée d'une semaine au plus avant la fin de l'Assemblée du Millénaire, en 2000,

Remerciant le Gouvernement polonais de lui avoir présenté, à sa cinquante et unième session, un premier projet de convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée et d'avoir accueilli à Varsovie, du 2 au 6 février 1998, la réunion du Groupe intergouvernemental d'experts intersessions à composition non limitée sur l'élaboration de l'avant-projet d'une éventuelle convention internationale générale contre la criminalité transnationale organisée, créé en application de la résolution 52/85 de l'Assemblée générale, en date du 12 décembre 1997,

Remerciant le Gouvernement argentin d'avoir accueilli à Buenos Aires, du 31 août au 4 septembre 1998, la réunion préparatoire officielle du Comité spécial,

Remerciant le Gouvernement thaïlandais d'avoir accueilli à Bangkok, les 20 et 21 mars 2000, le Séminaire ministériel pour la région de l'Asie et du Pacifique sur la mise en place de moyens de lutte contre la criminalité transnationale organisée,

Profondément préoccupée par les incidences néfastes, sur les plans économique et social, des activités criminelles organisées, et convaincue qu'il faut d'urgence renforcer la coopération pour prévenir et combattre plus efficacement ces activités aux niveaux national, régional et international,

Notant avec une profonde préoccupation les liens croissants entre la criminalité transnationale organisée et les crimes terroristes, compte tenu de la Charte des Nations Unies et des résolutions pertinentes de l'Assemblée générale,

Résolue à refuser tout refuge à ceux qui se livrent à la criminalité transnationale organisée en les poursuivant pour leurs infractions, où qu'elles aient lieu, et en coopérant au niveau international,

*Ferme*ment convaincue que la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée constituera un outil efficace et le cadre juridique nécessaire de la coopération internationale dans la lutte contre, notamment, des activités criminelles telles que le blanchiment d'argent, la corruption, le trafic illicite des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction, les atteintes au patrimoine culturel, et contre les liens croissants entre la criminalité transnationale organisée et les crimes terroristes,

1. *Prend note* du rapport du Comité spécial sur l'élaboration d'une convention contre la criminalité transnationale organisée² qui a mené ses travaux à Vienne, au siège du Bureau des Nations Unies pour le contrôle des drogues et la prévention du crime, et félicite le Comité spécial de son travail;

2. *Adopte* la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée, le Protocole visant à prévenir, réprimer et punir la traite des personnes, en particulier des femmes et des enfants et le Protocole contre le trafic illicite de migrants par terre, air et mer, additionnels à la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée et joints en annexe à la présente résolution, et les ouvre à la signature lors de la conférence réunissant des personnalités politiques de haut rang qui doit se tenir à Palerme (Italie) du 12 au 15 décembre 2000, conformément à la résolution 54/129;

3. *Prie* le Secrétaire général de faire établir un rapport détaillé de la conférence réunissant des personnalités politiques de haut rang venant y signer la Convention et les protocoles qui s'y rapportent, qui se tiendra à Palerme conformément à la résolution 54/129;

4. *Note* que le Comité spécial n'a pas encore terminé ses travaux sur le projet de protocole contre la fabrication et le trafic illicites d'armes à feu, de leurs pièces, éléments et munitions, additionnel à la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée;

5. *Prie* le Comité spécial de poursuivre ses travaux sur ce projet de protocole, conformément aux résolutions 53/111, 53/114 et 54/126 et de les achever au plus tôt;

6. *Engage* tous les États à reconnaître les liens entre les activités de la criminalité transnationale organisée et les actes de terrorisme, en tenant compte de ses résolutions pertinentes, et à appliquer la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée dans la lutte contre toutes les formes d'activité criminelle, conformément aux dispositions de ladite Convention;

7. *Recommande* que le Comité spécial qu'elle a créé par sa résolution 51/210 du 17 décembre 1996, qui commence ses délibérations en vue d'élaborer une convention générale sur le terrorisme international, conformément à sa résolution 54/110 du 9 décembre 1999, tienne compte des dispositions de la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée;

8. *Prie instamment* tous les États et toutes les organisations économiques régionales de signer et de ratifier la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée et les protocoles qui s'y rapportent dès que possible afin d'assurer leur entrée en vigueur sans délai;

9. *Décide* que, jusqu'à ce que la Conférence des Parties à la Convention instituée en application de la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée en décide autrement, le compte visé à l'article 30 de la Convention sera administré dans le cadre du Fonds des Nations Unies pour la prévention du crime et la justice pénale, et encourage les États Membres à commencer à verser des contributions volontaires adéquates audit compte afin de fournir aux pays en développement et aux pays en transition l'assistance technique dont ils pourraient avoir besoin pour appliquer la Convention et les protocoles qui s'y rapportent, y compris pour prendre les mesures préparatoires nécessaires à cette application;

10. *Décide également* que le Comité spécial sur l'élaboration d'une convention contre la criminalité transnationale organisée achèvera ses travaux afférents à l'élaboration de la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée en tenant une réunion bien avant la première session de la Conférence des Parties à la Convention afin d'élaborer le projet de règlement intérieur de cette dernière et d'autres règles et mécanismes visés à l'article 32 de la Convention, qui seront communiqués à la Conférence des Parties à sa première session pour examen et suite à donner;

11. *Prie* le Secrétaire général de confier au Centre pour la prévention de la criminalité internationale du Bureau des Nations Unies pour le contrôle des drogues et la prévention du crime, le secrétariat de la Conférence des Parties à la Convention, conformément à l'article 33 de la Convention;

12. *Prie également* le Secrétaire général de doter le Centre des ressources nécessaires pour lui permettre d'œuvrer efficacement à l'entrée en vigueur rapide de la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée et d'assurer le secrétariat de la Conférence des Parties à la Convention ainsi que d'apporter son concours au Comité spécial pour les travaux visés au paragraphe 10 ci-dessus.

62e séance plénière
15 novembre 2000

Annexe I

Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée

Article premier

Objet

L'objet de la présente Convention est de promouvoir la coopération afin de prévenir et de combattre plus efficacement la criminalité transnationale organisée.

Article 2

Terminologie

Aux fins de la présente Convention:

a) L'expression "groupe criminel organisé" désigne un groupe structuré de trois personnes ou plus existant depuis un certain temps et agissant de concert dans le but de commettre une ou plusieurs infractions graves ou infractions établies conformément à la présente Convention, pour en tirer, directement ou indirectement, un avantage financier ou un autre avantage matériel;

b) L'expression "infraction grave" désigne un acte constituant une infraction passible d'une peine privative de liberté dont le maximum ne doit pas être inférieur à quatre ans ou d'une peine plus lourde;

c) L'expression "groupe structuré" désigne un groupe qui ne s'est pas constitué au hasard pour commettre immédiatement une infraction et qui n'a pas nécessairement de rôles formellement définis pour ses membres, de continuité dans sa composition ou de structure élaborée;

d) Le terme "biens" désigne tous les types d'avoirs, corporels ou incorporels, meubles ou immeubles, tangibles ou intangibles, ainsi que les actes juridiques ou documents attestant la propriété de ces avoirs ou les droits y relatifs;

e) L'expression "produit du crime" désigne tout bien provenant directement ou indirectement de la commission d'une infraction ou obtenu directement ou indirectement en la commettant;

f) Les termes "gel" ou "saisie" désignent l'interdiction temporaire du transfert, de la conversion, de la disposition ou du mouvement de biens, ou le fait d'assumer temporairement la garde ou le contrôle de biens sur décision d'un tribunal ou d'une autre autorité compétente;

g) Le terme "confiscation" désigne la dépossession permanente de biens sur décision d'un tribunal ou d'une autre autorité compétente;

h) L'expression "infraction principale" désigne toute infraction à la suite de laquelle un produit est généré, qui est susceptible de devenir l'objet d'une infraction définie à l'article 6 de la présente Convention;

i) L'expression "livraison surveillée" désigne la méthode consistant à permettre le passage par le territoire d'un ou de plusieurs États d'expéditions illicites ou suspectées de l'être, au su et sous le contrôle des autorités compétentes de ces États, en vue d'enquêter sur une infraction et d'identifier les personnes impliquées dans sa commission;

j) L'expression "organisation régionale d'intégration économique" désigne toute organisation constituée par des États souverains d'une région donnée, à laquelle ses États membres ont transféré des compétences en ce qui concerne les questions régies par la présente Convention et qui a été dûment mandatée, conformément à ses procédures internes, pour signer, ratifier, accepter, approuver ladite Convention ou y adhérer; les références dans la présente Convention aux «États Parties» sont applicables à ces organisations dans la limite de leur compétence.

Article 3

Champ d'application

1. La présente Convention s'applique, sauf disposition contraire, à la prévention, aux enquêtes et aux poursuites concernant:

a) Les infractions établies conformément aux articles 5, 6, 8 et 23 de la présente Convention; et

b) Les infractions graves telles que définies à l'article 2 de la présente Convention; lorsque ces infractions sont de nature transnationale et qu'un groupe criminel organisé y est impliqué.

2. Aux fins du paragraphe 1 du présent article, une infraction est de nature transnationale si:

a) Elle est commise dans plus d'un État;

b) Elle est commise dans un État mais qu'une partie substantielle de sa préparation, de sa planification, de sa conduite ou de son contrôle a lieu dans un autre État;

c) Elle est commise dans un État mais implique un groupe criminel organisé qui se livre à des activités criminelles dans plus d'un État; ou

d) Elle est commise dans un État mais a des effets substantiels dans un autre État.

Article 4

Protection de la souveraineté

1. Les États Parties exécutent leurs obligations au titre de la présente Convention d'une manière compatible avec les principes de l'égalité souveraine et de l'intégrité territoriale des États et avec celui de la non-intervention dans les affaires intérieures d'autres États.

2. Aucune disposition de la présente Convention n'habilite un État Partie à exercer sur le territoire d'un autre État une compétence et des fonctions qui sont exclusivement réservées aux autorités de cet autre État par son droit interne.

Article 5

Incrimination de la participation à un groupe criminel organisé

1. Chaque État Partie adopte les mesures législatives et autres nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale, lorsque commis intentionnellement:

a) À l'un ou l'autre des actes suivants ou aux deux, en tant qu'infractions pénales distinctes de celles impliquant une tentative d'activité criminelle ou sa consommation:

i) Au fait de s'entendre avec une ou plusieurs personnes en vue de commettre une infraction grave à une fin liée directement ou indirectement à l'obtention d'un avantage financier ou autre avantage matériel et, lorsque le droit interne l'exige, impliquant un acte commis par un des participants en vertu de cette entente ou impliquant un groupe criminel organisé;

ii) À la participation active d'une personne ayant connaissance soit du but et de l'activité criminelle générale d'un groupe criminel organisé soit de son intention de commettre les infractions en question:

a. Aux activités criminelles du groupe criminel organisé;

b. À d'autres activités du groupe criminel organisé lorsque cette personne sait que sa participation contribuera à la réalisation du but criminel susmentionné;

b) Au fait d'organiser, de diriger, de faciliter, d'encourager ou de favoriser au moyen d'une aide ou de conseils la commission d'une infraction grave impliquant un groupe criminel organisé.

2. La connaissance, l'intention, le but, la motivation ou l'entente visés au paragraphe 1 du présent article peuvent être déduits de circonstances factuelles objectives.

3. Les États Parties dont le droit interne subordonne l'établissement des infractions visées à l'alinéa a i) du paragraphe 1 du présent article à l'implication d'un groupe criminel organisé veillent à ce que leur droit interne couvre toutes les infractions graves impliquant des groupes criminels organisés. Ces États Parties, de même que les États Parties dont le droit interne subordonne l'établissement des infractions visées à l'alinéa a i) du paragraphe 1 du présent article à la commission d'un acte en vertu de l'entente, portent cette information à la connaissance du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies au moment où ils signent la présente Convention ou déposent leurs instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation ou d'adhésion.

Article 6

Incrimination du blanchiment du produit du crime

1. Chaque État Partie adopte, conformément aux principes fondamentaux de son droit interne, les mesures législatives et autres nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale, lorsque l'acte a été commis intentionnellement:

a) i) À la conversion ou au transfert de biens dont celui qui s'y livre sait qu'ils sont le produit du crime, dans le but de dissimuler ou de déguiser l'origine illicite desdits biens ou d'aider toute personne qui est impliquée dans la commission de l'infraction principale à échapper aux conséquences juridiques de ses actes;

ii) À la dissimulation ou au déguisement de la nature véritable, de l'origine, de l'emplacement, de la disposition, du mouvement ou de la propriété de biens ou de droits y relatifs dont l'auteur sait qu'ils sont le produit du crime;

b) et, sous réserve des concepts fondamentaux de son système juridique:

i) À l'acquisition, à la détention ou à l'utilisation de biens dont celui qui les acquiert, les détient ou les utilise sait, au moment où il les reçoit, qu'ils sont le produit du crime;

ii) À la participation à l'une des infractions établies conformément au présent article ou à toute autre association, entente, tentative ou complicité par fourniture d'une assistance, d'une aide ou de conseils en vue de sa commission.

2. Aux fins de l'application du paragraphe 1 du présent article:

a) Chaque État Partie s'efforce d'appliquer le paragraphe 1 du présent article à l'éventail le plus large d'infractions principales;

b) Chaque État Partie inclut dans les infractions principales toutes les infractions graves telles que définies à l'article 2 de la présente Convention et les infractions établies conformément à ses articles 5, 8 et 23. S'agissant des États Parties dont la législation contient une liste d'infractions principales spécifiques, ceux-ci incluent dans cette liste, au minimum, un éventail complet d'infractions liées à des groupes criminels organisés;

c) Aux fins de l'alinéa b, les infractions principales incluent les infractions commises à l'intérieur et à l'extérieur du territoire relevant de la compétence de l'État Partie en question. Toutefois, une infraction commise à l'extérieur du territoire relevant de la compétence d'un État Partie ne constitue une infraction principale que lorsque l'acte correspondant est une infraction pénale en vertu du droit interne de l'État où il a été commis et constituerait une infraction pénale en vertu du droit interne de l'État Partie appliquant le présent article s'il avait été commis sur son territoire;

d) Chaque État Partie remet au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies une copie de ses lois qui donnent effet au présent article ainsi qu'une copie de toute modification ultérieurement apportée à ces lois ou une description de ces lois et modifications ultérieures;

e) Lorsque les principes fondamentaux du droit interne d'un État Partie l'exigent, il peut être disposé que les infractions énoncées au paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent pas aux personnes qui ont commis l'infraction principale;

f) La connaissance, l'intention ou la motivation, en tant qu'éléments constitutifs d'une infraction énoncée au paragraphe 1 du présent article, peuvent être déduites de circonstances factuelles objectives.

Article 7

Mesures de lutte contre le blanchiment d'argent

1. Chaque État Partie:

a) Institue un régime interne complet de réglementation et de contrôle des banques et institutions financières non bancaires, ainsi que, le cas échéant, des autres entités particulièrement exposées au blanchiment d'argent, dans les limites de sa compétence, afin de prévenir et de détecter toutes formes de blanchiment d'argent, lequel régime met l'accent sur les exigences en matière d'identification des clients, d'enregistrement des opérations et de déclaration des opérations suspectes;

b) S'assure, sans préjudice des articles 18 et 27 de la présente Convention, que les autorités administratives, de réglementation, de détection et de répression et autres, chargées de la lutte contre le blanchiment d'argent (y compris, quand son droit interne le prévoit, les autorités judiciaires) sont en mesure de coopérer et d'échanger des informations aux niveaux national et international, dans les conditions définies par son droit interne et, à cette fin, envisage la création d'un service de renseignement financier qui fera office de centre national de collecte, d'analyse et de diffusion d'informations concernant d'éventuelles opérations de blanchiment d'argent.

2. Les États Parties envisagent de mettre en œuvre des mesures réalisables de détection et de surveillance du mouvement transfrontière d'espèces et de titres négociables appropriés, sous réserve de garanties permettant d'assurer une utilisation correcte des informations et sans entraver d'aucune façon la circulation des capitaux licites. Il peut être notamment fait obligation aux particuliers et aux entreprises de signaler les transferts transfrontières de quantités importantes d'espèces et de titres négociables appropriés.

3. Lorsqu'ils instituent un régime interne de réglementation et de contrôle aux termes du présent article, et sans préjudice de tout autre article de la présente Convention, les États Parties sont invités à prendre pour lignes directrices les initiatives pertinentes prises par les organisations régionales, interrégionales et multilatérales pour lutter contre le blanchiment d'argent.

4. Les États Parties s'efforcent de développer et de promouvoir la coopération mondiale, régionale, sous-régionale et bilatérale entre les autorités judiciaires, les services de détection et de répression et les autorités de réglementation financière en vue de lutter contre le blanchiment d'argent.

Article 8

Incrimination de la corruption

1. Chaque État Partie adopte les mesures législatives et autres nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale, lorsque les actes ont été commis intentionnellement:

a) Au fait de promettre, d'offrir ou d'accorder à un agent public, directement ou indirectement, un avantage indu, pour lui-même ou pour une autre personne ou entité, afin qu'il accomplisse ou s'abstienne d'accomplir un acte dans l'exercice de ses fonctions officielles;

b) Au fait pour un agent public de solliciter ou d'accepter, directement ou indirectement, un avantage indu pour lui-même ou pour une autre personne ou entité, afin d'accomplir ou de s'abstenir d'accomplir un acte dans l'exercice de ses fonctions officielles.

2. Chaque État Partie envisage d'adopter les mesures législatives et autres nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale aux actes visés au paragraphe 1 du présent article impliquant un agent public étranger ou un fonctionnaire international. De même, chaque État Partie envisage de conférer le caractère d'infraction pénale à d'autres formes de corruption.

3. Chaque État Partie adopte également les mesures nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale au fait de se rendre complice d'une infraction établie conformément au présent article.

4. Aux fins du paragraphe 1 du présent article et de l'article 9 de la présente Convention, le terme "agent public" désigne un agent public ou une personne assurant un service public, tel que ce terme est défini dans le droit interne et appliqué dans le droit pénal de l'État Partie où la personne en question exerce cette fonction.

Article 9

Mesures contre la corruption

1. Outre les mesures énoncées à l'article 8 de la présente Convention, chaque État Partie, selon qu'il convient et conformément à son système juridique, adopte des mesures efficaces d'ordre législatif, administratif ou autre pour promouvoir l'intégrité et prévenir, détecter et punir la corruption des agents publics.

2. Chaque État Partie prend des mesures pour s'assurer que ses autorités agissent efficacement en matière de prévention, de détection et de répression de la corruption des agents publics, y compris en leur donnant une indépendance suffisante pour empêcher toute influence inappropriée sur leurs actions.

Article 10

Responsabilité des personnes morales

1. Chaque État Partie adopte les mesures nécessaires, conformément à ses principes juridiques, pour établir la responsabilité des personnes morales qui participent à des infractions graves impliquant un groupe criminel organisé et qui commettent les infractions établies conformément aux articles 5, 6, 8 et 23 de la présente Convention.
2. Sous réserve des principes juridiques de l'État Partie, la responsabilité des personnes morales peut être pénale, civile ou administrative.
3. Cette responsabilité est sans préjudice de la responsabilité pénale des personnes physiques qui ont commis les infractions.
4. Chaque État Partie veille, en particulier, à ce que les personnes morales tenues responsables conformément au présent article fassent l'objet de sanctions efficaces, proportionnées et dissuasives de nature pénale ou non pénale, y compris de sanctions pécuniaires.

Article 11

Poursuites judiciaires, jugement et sanctions

1. Chaque État Partie rend la commission d'une infraction établie conformément aux articles 5, 6, 8 et 23 de la présente Convention passible de sanctions qui tiennent compte de la gravité de cette infraction.
2. Chaque État Partie s'efforce de faire en sorte que tout pouvoir judiciaire discrétionnaire conféré par son droit interne et afférent aux poursuites judiciaires engagées contre des individus pour des infractions visées par la présente Convention soit exercé de façon à optimiser l'efficacité des mesures de détection et de répression de ces infractions, compte dûment tenu de la nécessité d'exercer un effet dissuasif en ce qui concerne leur commission.
3. S'agissant d'infractions établies conformément aux articles 5, 6, 8 et 23 de la présente Convention, chaque État Partie prend les mesures appropriées conformément à son droit interne et compte dûment tenu des droits de la défense, pour faire en sorte que les conditions auxquelles sont subordonnées les décisions de mise en liberté dans l'attente du jugement ou de la procédure d'appel tiennent compte de la nécessité d'assurer la présence du défendeur lors de la procédure pénale ultérieure.
4. Chaque État Partie s'assure que ses tribunaux ou autres autorités compétentes ont à l'esprit la gravité des infractions visées par la présente Convention lorsqu'ils envisagent l'éventualité d'une libération anticipée ou conditionnelle de personnes reconnues coupables de ces infractions.
5. Lorsqu'il y a lieu, chaque État Partie détermine, dans le cadre de son droit interne, une période de prescription prolongée au cours de laquelle des poursuites peuvent être engagées du chef d'une des infractions visées par la présente Convention, cette période étant plus longue lorsque l'auteur présumé de l'infraction s'est soustrait à la justice.
6. Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte au principe selon lequel la définition des infractions établies conformément à celle-ci et des moyens juridiques de défense applicables ainsi que d'autres principes juridiques régissant la légalité des incriminations relève exclusivement du droit interne d'un État Partie et selon lequel lesdites infractions sont poursuivies et punies conformément au droit de cet État Partie.

Article 12

Confiscation et saisie

1. Les États Parties adoptent, dans toute la mesure possible dans le cadre de leurs systèmes juridiques nationaux, les mesures nécessaires pour permettre la confiscation:
 - a) Du produit du crime provenant d'infractions visées par la présente Convention ou de biens dont la valeur correspond à celle de ce produit;
 - b) Des biens, des matériels et autres instruments utilisés ou destinés à être utilisés pour les infractions visées par la présente Convention.
2. Les États Parties adoptent les mesures nécessaires pour permettre l'identification, la localisation, le gel ou la saisie de tout ce qui est mentionné au paragraphe 1 du présent article aux fins de confiscation éventuelle.

3. Si le produit du crime a été transformé ou converti, en partie ou en totalité, en d'autres biens, ces derniers peuvent faire l'objet des mesures visées au présent article en lieu et place dudit produit.
4. Si le produit du crime a été mêlé à des biens acquis légitimement, ces biens, sans préjudice de tous pouvoirs de gel ou de saisie, peuvent être confisqués à concurrence de la valeur estimée du produit qui y a été mêlé.
5. Les revenus ou autres avantages tirés du produit du crime, des biens en lesquels le produit a été transformé ou converti ou des biens auxquels il a été mêlé peuvent aussi faire l'objet des mesures visées au présent article, de la même manière et dans la même mesure que le produit du crime.
6. Aux fins du présent article et de l'article 13 de la présente Convention, chaque État Partie habilite ses tribunaux ou autres autorités compétentes à ordonner la production ou la saisie de documents bancaires, financiers ou commerciaux. Les États Parties ne peuvent invoquer le secret bancaire pour refuser de donner effet aux dispositions du présent paragraphe.
7. Les États Parties peuvent envisager d'exiger que l'auteur d'une infraction établisse l'origine licite du produit présumé du crime ou d'autres biens pouvant faire l'objet d'une confiscation, dans la mesure où cette exigence est conforme aux principes de leur droit interne et à la nature de la procédure judiciaire et des autres procédures.
8. L'interprétation des dispositions du présent article ne doit en aucun cas porter atteinte aux droits des tiers de bonne foi.
9. Aucune disposition du présent article ne porte atteinte au principe selon lequel les mesures qui y sont visées sont définies et exécutées conformément au droit interne de chaque État Partie et selon les dispositions dudit droit.

Article 13

Coopération internationale aux fins de confiscation

1. Dans toute la mesure possible dans le cadre de son système juridique national, un État Partie qui a reçu d'un autre État Partie ayant compétence pour connaître d'une infraction visée par la présente Convention une demande de confiscation du produit du crime, des biens, des matériels ou autres instruments visés au paragraphe 1 de l'article 12 de la présente Convention, qui sont situés sur son territoire:
 - a) Transmet la demande à ses autorités compétentes en vue de faire prononcer une décision de confiscation et, si celle-ci intervient, la faire exécuter; ou
 - b) Transmet à ses autorités compétentes, afin qu'elle soit exécutée dans les limites de la demande, la décision de confiscation prise par un tribunal situé sur le territoire de l'État Partie requérant conformément au paragraphe 1 de l'article 12 de la présente Convention, pour ce qui est du produit du crime, des biens, des matériels ou autres instruments visés au paragraphe 1 de l'article 12 situés sur le territoire de l'État Partie requis.
2. Lorsqu'une demande est faite par un autre État Partie qui a compétence pour connaître d'une infraction visée par la présente Convention, l'État Partie requis prend des mesures pour identifier, localiser et geler ou saisir le produit du crime, les biens, les matériels ou les autres instruments visés au paragraphe 1 de l'article 12 de la présente Convention, en vue d'une éventuelle confiscation à ordonner soit par l'État Partie requérant, soit comme suite à une demande formulée en vertu du paragraphe 1 du présent article, par l'État Partie requis.
3. Les dispositions de l'article 18 de la présente Convention s'appliquent *mutatis mutandis* au présent article. Outre les informations visées au paragraphe 15 de l'article 18, les demandes faites conformément au présent article contiennent:
 - a) Lorsque la demande relève de l'alinéa a du paragraphe 1 du présent article, une description des biens à confisquer et un exposé des faits sur lesquels se fonde l'État Partie requérant qui permettent à l'État Partie requis de faire prononcer une décision de confiscation dans le cadre de son droit interne;
 - b) Lorsque la demande relève de l'alinéa b du paragraphe 1 du présent article, une copie légalement admissible de la décision de confiscation rendue par l'État Partie requérant sur laquelle la demande est fondée, un exposé des faits et des informations indiquant dans quelles limites il est demandé d'exécuter la décision;

c) Lorsque la demande relève du paragraphe 2 du présent article, un exposé des faits sur lesquels se fonde l'État Partie requérant et une description des mesures demandées.

4. Les décisions ou mesures prévues aux paragraphes 1 et 2 du présent article sont prises par l'État Partie requis conformément à son droit interne et selon les dispositions dudit droit, et conformément à ses règles de procédure ou à tout traité, accord ou arrangement bilatéral ou multilatéral le liant à l'État Partie requérant.

5. Chaque État Partie remet au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies une copie de ses lois et règlements qui donnent effet au présent article ainsi qu'une copie de toute modification ultérieurement apportée à ces lois et règlements ou une description de ces lois, règlements et modifications ultérieures.

6. Si un État Partie décide de subordonner l'adoption des mesures visées aux paragraphes 1 et 2 du présent article à l'existence d'un traité en la matière, il considère la présente Convention comme une base conventionnelle nécessaire et suffisante.

7. Un État Partie peut refuser de donner suite à une demande de coopération en vertu du présent article dans le cas où l'infraction à laquelle elle se rapporte n'est pas une infraction visée par la présente Convention.

8. L'interprétation des dispositions du présent article ne doit en aucun cas porter atteinte aux droits des tiers de bonne foi.

9. Les États Parties envisagent de conclure des traités, accords ou arrangements bilatéraux ou multilatéraux afin de renforcer l'efficacité de la coopération internationale instaurée aux fins du présent article.

Article 14

Disposition du produit du crime ou des biens confisqués

1. Un État Partie qui confisque le produit du crime ou des biens en application de l'article 12 ou du paragraphe 1 de l'article 13 de la présente Convention en dispose conformément à son droit interne et à ses procédures administratives.

2. Lorsque les États Parties agissent à la demande d'un autre État Partie en application de l'article 13 de la présente Convention, ils doivent, dans la mesure où leur droit interne le leur permet et si la demande leur en est faite, envisager à titre prioritaire de restituer le produit du crime ou les biens confisqués à l'État Partie requérant, afin que ce dernier puisse indemniser les victimes de l'infraction ou restituer ce produit du crime ou ces biens à leurs propriétaires légitimes.

3. Lorsqu'un État Partie agit à la demande d'un autre État Partie en application des articles 12 et 13 de la présente Convention, il peut envisager spécialement de conclure des accords ou arrangements prévoyant:

a) De verser la valeur de ce produit ou de ces biens, ou les fonds provenant de leur vente, ou une partie de ceux-ci, au compte établi en application de l'alinéa c du paragraphe 2 de l'article 30 de la présente Convention et à des organismes intergouvernementaux spécialisés dans la lutte contre la criminalité organisée;

b) De partager avec d'autres États Parties, systématiquement ou au cas par cas, ce produit ou ces biens, ou les fonds provenant de leur vente, conformément à son droit interne ou à ses procédures administratives.

Article 15

Compétence

1. Chaque État Partie adopte les mesures nécessaires pour établir sa compétence à l'égard des infractions établies conformément aux articles 5, 6, 8 et 23 de la présente Convention dans les cas suivants:

a) Lorsque l'infraction est commise sur son territoire; ou

b) Lorsque l'infraction est commise à bord d'un navire qui bat son pavillon ou à bord d'un aéronef immatriculé conformément à son droit interne au moment où ladite infraction est commise.

2. Sous réserve de l'article 4 de la présente Convention, un État Partie peut également établir sa compétence à l'égard de l'une quelconque de ces infractions dans les cas suivants:

a) Lorsque l'infraction est commise à l'encontre d'un de ses ressortissants;

b) Lorsque l'infraction est commise par un de ses ressortissants ou par une personne apatride résidant habituellement sur son territoire; ou

c) Lorsque l'infraction est:

i) Une de celles établies conformément au paragraphe 1 de l'article 5 de la présente Convention et est commise hors de son territoire en vue de la commission, sur son territoire, d'une infraction grave;

ii) Une de celles établies conformément à l'alinéa b ii) du paragraphe 1 de l'article 6 de la présente Convention et est commise hors de son territoire en vue de la commission, sur son territoire, d'une infraction établie conformément aux alinéas a i) ou ii), ou b i) du paragraphe 1 de l'article 6 de la présente Convention.

3. Aux fins du paragraphe 10 de l'article 16 de la présente Convention, chaque État Partie adopte les mesures nécessaires pour établir sa compétence à l'égard des infractions visées par la présente Convention lorsque l'auteur présumé se trouve sur son territoire et qu'il n'extrade pas cette personne au seul motif qu'elle est l'un de ses ressortissants.

4. Chaque État Partie peut également adopter les mesures nécessaires pour établir sa compétence à l'égard des infractions visées par la présente Convention lorsque l'auteur présumé se trouve sur son territoire et qu'il ne l'extrade pas.

5. Si un État Partie qui exerce sa compétence en vertu du paragraphe 1 ou 2 du présent article a été avisé, ou a appris de toute autre façon, qu'un ou plusieurs autres États Parties mènent une enquête ou ont engagé des poursuites ou une procédure judiciaire concernant le même acte, les autorités compétentes de ces États Parties se consultent, selon qu'il convient, pour coordonner leurs actions.

6. Sans préjudice des normes du droit international général, la présente Convention n'exclut pas l'exercice de toute compétence pénale établie par un État Partie conformément à son droit interne.

Article 16

Extradition

1. Le présent article s'applique aux infractions visées par la présente Convention ou dans les cas où un groupe criminel organisé est impliqué dans une infraction visée à l'alinéa a ou b du paragraphe 1 de l'article 3 et que la personne faisant l'objet de la demande d'extradition se trouve sur le territoire de l'État Partie requis, à condition que l'infraction pour laquelle l'extradition est demandée soit punissable par le droit interne de l'État Partie requérant et de l'État Partie requis.

2. Si la demande d'extradition porte sur plusieurs infractions graves distinctes, dont certaines ne sont pas visées par le présent article, l'État Partie requis peut appliquer également cet article à ces dernières infractions.

3. Chacune des infractions auxquelles s'applique le présent article est de plein droit incluse dans tout traité d'extradition en vigueur entre les États Parties en tant qu'infraction dont l'auteur peut être extradé. Les États Parties s'engagent à inclure ces infractions en tant qu'infractions dont l'auteur peut être extradé dans tout traité d'extradition qu'ils concluront entre eux.

4. Si un État Partie qui subordonne l'extradition à l'existence d'un traité reçoit une demande d'extradition d'un État Partie avec lequel il n'a pas conclu pareil traité, il peut considérer la présente Convention comme la base légale de l'extradition pour les infractions auxquelles le présent article s'applique.

5. Les États Parties qui subordonnent l'extradition à l'existence d'un traité:

a) Au moment du dépôt de leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion à la présente Convention, indiquent au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies s'ils considèrent la présente Convention comme la base légale pour coopérer en matière d'extradition avec d'autres États Parties; et

b) S'ils ne considèrent par la présente Convention comme la base légale pour coopérer en matière d'extradition, s'efforcent, s'il y a lieu, de conclure des traités d'extradition avec d'autres États Parties afin d'appliquer le présent article.

6. Les États Parties qui ne subordonnent pas l'extradition à l'existence d'un traité reconnaissent entre eux aux infractions auxquelles le présent article s'applique le caractère d'infraction dont l'auteur peut être extradé.

7. L'extradition est subordonnée aux conditions prévues par le droit interne de l'État Partie requis ou par les traités d'extradition applicables, y compris, notamment, aux conditions concernant la peine minimale requise pour extradier et aux motifs pour lesquels l'État Partie requis peut refuser l'extradition.

8. Les États Parties s'efforcent, sous réserve de leur droit interne, d'accélérer les procédures d'extradition et de simplifier les exigences en matière de preuve y relatives en ce qui concerne les infractions auxquelles s'applique le présent article.

9. Sous réserve des dispositions de son droit interne et des traités d'extradition qu'il a conclus, l'État Partie requis peut, à la demande de l'État Partie requérant et s'il estime que les circonstances le justifient et qu'il y a urgence, placer en détention une personne présente sur son territoire dont l'extradition est demandée ou prendre à son égard toutes autres mesures appropriées pour assurer sa présence lors de la procédure d'extradition.

10. Un État Partie sur le territoire duquel se trouve l'auteur présumé de l'infraction, s'il n'extrade pas cette personne au titre d'une infraction à laquelle s'applique le présent article au seul motif qu'elle est l'un de ses ressortissants, est tenu, à la demande de l'État Partie requérant l'extradition, de soumettre l'affaire sans retard excessif à ses autorités compétentes aux fins de poursuites. Lesdites autorités prennent leur décision et mènent les poursuites de la même manière que pour toute autre infraction grave en vertu du droit interne de cet État Partie. Les États Parties intéressés coopèrent entre eux, notamment en matière de procédure et de preuve, afin d'assurer l'efficacité des poursuites.

11. Lorsqu'un État Partie, en vertu de son droit interne, n'est autorisé à extradier ou remettre de toute autre manière l'un de ses ressortissants que si cette personne est ensuite renvoyée dans cet État Partie pour purger la peine prononcée à l'issue du procès ou de la procédure à l'origine de la demande d'extradition ou de remise, et lorsque cet État Partie et l'État Partie requérant s'accordent sur cette option et d'autres conditions qu'ils peuvent juger appropriées, cette extradition ou remise conditionnelle est suffisante aux fins de l'exécution de l'obligation énoncée au paragraphe 10 du présent article.

12. Si l'extradition, demandée aux fins d'exécution d'une peine, est refusée parce que la personne faisant l'objet de cette demande est un ressortissant de l'État Partie requis, celui-ci, si son droit interne le lui permet, en conformité avec les prescriptions de ce droit et à la demande de l'État Partie requérant, envisage de faire exécuter lui-même la peine qui a été prononcée conformément au droit interne de l'État Partie requérant, ou le reliquat de cette peine.

13. Toute personne faisant l'objet de poursuites en raison de l'une quelconque des infractions auxquelles le présent article s'applique se voit garantir un traitement équitable à tous les stades de la procédure, y compris la jouissance de tous les droits et de toutes les garanties prévus par le droit interne de l'État Partie sur le territoire duquel elle se trouve.

14. Aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme faisant obligation à l'État Partie requis d'extrader s'il a de sérieuses raisons de penser que la demande a été présentée aux fins de poursuivre ou de punir une personne en raison de son sexe, de sa race, de sa religion, de sa nationalité, de son origine ethnique ou de ses opinions politiques, ou que donner suite à cette demande causerait un préjudice à cette personne pour l'une quelconque de ces raisons.

15. Les États Parties ne peuvent refuser une demande d'extradition au seul motif que l'infraction est considérée comme touchant aussi à des questions fiscales.

16. Avant de refuser l'extradition, l'État Partie requis consulte, le cas échéant, l'État Partie requérant afin de lui donner toute possibilité de présenter ses opinions et de donner des informations à l'appui de ses allégations.

17. Les États Parties s'efforcent de conclure des accords ou arrangements bilatéraux et multilatéraux pour permettre l'extradition ou pour en accroître l'efficacité.

Article 17

Transfert des personnes condamnées

Les États Parties peuvent envisager de conclure des accords ou arrangements bilatéraux ou multilatéraux relatifs au transfert sur leur territoire de personnes condamnées à des peines d'emprisonnement ou autres peines privatives de liberté du fait d'infractions visées par la présente Convention afin qu'elles puissent y purger le reste de leur peine.

Article 18

Entraide judiciaire

1. Les États Parties s'accordent mutuellement l'entraide judiciaire la plus large possible lors des enquêtes, poursuites et procédures judiciaires concernant les infractions visées par la présente Convention, comme prévu à l'article 3, et s'accordent réciproquement une entraide similaire lorsque l'État Partie requérant a des motifs raisonnables de soupçonner que l'infraction visée à l'alinéa *a* ou *b* du paragraphe 1 de l'article 3 est de nature transnationale, y compris quand les victimes, les témoins, le produit, les instruments ou les éléments de preuve de ces infractions se trouvent dans l'État Partie requis et qu'un groupe criminel organisé y est impliqué.

2. L'entraide judiciaire la plus large possible est accordée, autant que les lois, traités, accords et arrangements pertinents de l'État Partie requis le permettent, lors des enquêtes, poursuites et procédures judiciaires concernant des infractions dont une personne morale peut être tenue responsable dans l'État Partie requérant, conformément à l'article 10 de la présente Convention.

3. L'entraide judiciaire qui est accordée en application du présent article peut être demandée aux fins suivantes:

a) Recueillir des témoignages ou des dépositions;

b) Signifier des actes judiciaires;

c) Effectuer des perquisitions et des saisies, ainsi que des gels;

d) Examiner des objets et visiter des lieux;

e) Fournir des informations, des pièces à conviction et des estimations

d'experts;

f) Fournir des originaux ou des copies certifiées conformes de documents et dossiers pertinents, y compris des documents administratifs, bancaires, financiers ou commerciaux et des documents de sociétés;

g) Identifier ou localiser des produits du crime, des biens, des instruments ou d'autres choses afin de recueillir des éléments de preuve;

h) Faciliter la comparution volontaire de personnes dans l'État Partie requérant;

i) Fournir tout autre type d'assistance compatible avec le droit interne de l'État Partie requis.

4. Sans préjudice de son droit interne, les autorités compétentes d'un État Partie peuvent, sans demande préalable, communiquer des informations concernant des affaires pénales à une autorité compétente d'un autre État Partie, si elles pensent que ces informations pourraient l'aider à entreprendre ou à conclure des enquêtes et des poursuites pénales, ou amener ce dernier État Partie à formuler une demande en vertu de la présente Convention.

5. La communication d'informations conformément au paragraphe 4 du présent article se fait sans préjudice des enquêtes et poursuites pénales dans l'État dont les autorités compétentes fournissent les informations. Les autorités compétentes qui reçoivent ces informations accèdent à toute demande tendant à ce que lesdites informations restent confidentielles, même temporairement, ou à ce que leur utilisation soit assortie de restrictions. Toutefois, cela n'empêche pas l'État Partie qui reçoit les informations de révéler, lors de la procédure judiciaire, des informations à la décharge d'un prévenu. Dans ce dernier cas, l'État Partie qui reçoit les informations avise l'État Partie qui les communique avant la révélation et, s'il lui en est fait la demande, consulte ce dernier. Si, dans un cas exceptionnel, une notification préalable n'est pas possible, l'État Partie qui reçoit les informations informe sans retard de la révélation l'État Partie qui les communique.

6. Les dispositions du présent article n'affectent en rien les obligations découlant de tout autre traité bilatéral ou multilatéral régissant ou devant régir, entièrement ou partiellement, l'entraide judiciaire.

7. Les paragraphes 9 à 29 du présent article sont applicables aux demandes faites conformément au présent article si les États Parties en question ne sont pas liés par un traité d'entraide judiciaire. Si lesdits États Parties sont liés par un tel traité, les dispositions correspondantes de ce traité sont applicables, à moins que les États Parties ne conviennent d'appliquer à leur place les dispositions des paragraphes 9 à 29 du présent article. Les États Parties sont vivement encouragés à appliquer ces paragraphes s'ils facilitent la coopération.

8. Les États Parties ne peuvent invoquer le secret bancaire pour refuser l'entraide judiciaire prévue au présent article.

9. Les États Parties peuvent invoquer l'absence de double incrimination pour refuser de donner suite à une demande d'entraide judiciaire prévue au présent article. L'État Partie requis peut néanmoins, lorsqu'il le juge approprié, fournir cette assistance, dans la mesure où il le décide à son gré, indépendamment du fait que l'acte constitue ou non une infraction conformément au droit interne de l'État Partie requis.

10. Toute personne détenue ou purgeant une peine sur le territoire d'un État Partie, dont la présence est requise dans un autre État Partie à des fins d'identification ou de témoignage ou pour qu'elle apporte de toute autre manière son concours à l'obtention de preuves dans le cadre d'enquêtes, de poursuites ou de procédures judiciaires relatives aux infractions visées par la présente Convention, peut faire l'objet d'un transfert si les conditions ci-après sont réunies:

a) Ladite personne y consent librement et en toute connaissance de cause;

b) Les autorités compétentes des deux États Parties concernés y consentent, sous réserve des conditions que ces États Parties peuvent juger appropriées.

11. Aux fins du paragraphe 10 du présent article:

a) L'État Partie vers lequel le transfert est effectué a le pouvoir et l'obligation de garder l'intéressé en détention, sauf demande ou autorisation contraire de la part de l'État Partie à partir duquel la personne a été transférée;

b) L'État Partie vers lequel le transfert est effectué s'acquitte sans retard de l'obligation de remettre l'intéressé à la garde de l'État Partie à partir duquel le transfert a été effectué, conformément à ce qui aura été convenu au préalable ou à ce que les autorités compétentes des deux États Parties auront autrement décidé;

c) L'État Partie vers lequel le transfert est effectué ne peut exiger de l'État Partie à partir duquel le transfert est effectué qu'il engage une procédure d'extradition pour que l'intéressé lui soit remis;

d) Il est tenu compte de la période que l'intéressé a passée en détention dans l'État Partie vers lequel il a été transféré aux fins du décompte de la peine à purger dans l'État Partie à partir duquel il a été transféré.

12. À moins que l'État Partie à partir duquel une personne doit être transférée en vertu des paragraphes 10 et 11 du présent article ne donne son accord, ladite personne, quelle que soit sa nationalité, ne sera pas poursuivie, détenue, punie ou soumise à d'autres restrictions à sa liberté de mouvement sur le territoire de l'État Partie vers lequel elle est transférée à raison d'actes, d'omissions ou de condamnations antérieurs à son départ du territoire de l'État Partie à partir duquel elle a été transférée.

13. Chaque État Partie désigne une autorité centrale qui a la responsabilité et le pouvoir de recevoir les demandes d'entraide judiciaire et, soit de les exécuter, soit de les transmettre aux autorités compétentes pour exécution. Si un État Partie a une région ou un territoire spécial doté d'un système d'entraide judiciaire différent, il peut désigner une autorité centrale distincte qui aura la même fonction pour ladite région ou ledit territoire. Les autorités centrales assurent l'exécution ou la transmission rapide et en bonne et due forme des demandes reçues. Si l'autorité centrale transmet la demande à une autorité compétente pour exécution, elle encourage l'exécution rapide et en bonne et due forme de la demande par l'autorité compétente. L'autorité centrale désignée à cette fin fait l'objet d'une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies au moment où chaque État Partie dépose ses instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation ou d'adhésion à la présente Convention. Les demandes d'entraide judiciaire et toute communication y relative sont transmises aux autorités centrales désignées par les États Parties. La présente disposition s'entend sans préjudice du droit de tout État Partie d'exiger que ces demandes et communications lui soient adressées par la voie diplomatique et, en cas d'urgence, si les États Parties en conviennent, par l'intermédiaire de l'Organisation internationale de police criminelle, si cela est possible.

14. Les demandes sont adressées par écrit ou, si possible, par tout autre moyen pouvant produire un document écrit, dans une langue acceptable pour l'État Partie requis, dans des conditions permettant audit État Partie d'en établir l'authenticité. La ou les langues acceptables pour chaque État Partie sont notifiées au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies au moment où ledit État Partie dépose ses instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation ou d'adhésion à la présente Convention. En cas d'urgence et si les États Parties en conviennent, les demandes peuvent être faites oralement, mais doivent être confirmées sans délai par écrit.

15. Une demande d'entraide judiciaire doit contenir les renseignements suivants:

a) La désignation de l'autorité dont émane la demande;

b) L'objet et la nature de l'enquête, des poursuites ou de la procédure judiciaire auxquelles se rapporte la demande, ainsi que le nom et les fonctions de l'autorité qui en est chargée;

c) Un résumé des faits pertinents, sauf pour les demandes adressées aux fins de la signification d'actes judiciaires;

d) Une description de l'assistance requise et le détail de toute procédure particulière que l'État Partie requérant souhaite voir appliquée;

e) Si possible, l'identité, l'adresse et la nationalité de toute personne visée; et

f) Le but dans lequel le témoignage, les informations ou les mesures sont demandés.

16. L'État Partie requis peut demander un complément d'information lorsque cela apparaît nécessaire pour exécuter la demande conformément à son droit interne ou lorsque cela peut faciliter l'exécution de la demande.

17. Toute demande est exécutée conformément au droit interne de l'État Partie requis et, dans la mesure où cela ne contrevient pas au droit interne de l'État Partie requis et lorsque cela est possible, conformément aux procédures spécifiées dans la demande.

18. Lorsque cela est possible et conforme aux principes fondamentaux du droit interne, si une personne qui se trouve sur le territoire d'un État Partie doit être entendue comme témoin ou comme expert par les autorités judiciaires d'un autre État Partie, le premier État Partie peut, à la demande de l'autre, autoriser son audition par vidéoconférence s'il n'est pas possible ou souhaitable qu'elle compare en personne sur le territoire de l'État Partie requérant. Les États Parties peuvent convenir que l'audition sera conduite par une autorité judiciaire de l'État Partie requérant et qu'une autorité judiciaire de l'État Partie requis y assistera.

19. L'État Partie requérant ne communique ni n'utilise les informations ou les éléments de preuve fournis par l'État Partie requis pour des enquêtes, poursuites ou procédures judiciaires autres que celles visées dans la demande sans le consentement préalable de l'État Partie requis. Rien dans le présent paragraphe n'empêche l'État Partie requérant de révéler, lors de la procédure, des informations ou des éléments de preuve à décharge. Dans ce dernier cas, l'État Partie requérant avise l'État Partie requis avant la révélation et, s'il lui en est fait la demande, consulte l'État Partie requis. Si, dans un cas exceptionnel, une notification préalable n'est pas possible, l'État Partie requérant informe sans retard l'État Partie requis de la révélation.

20. L'État Partie requérant peut exiger que l'État Partie requis garde le secret sur la demande et sa teneur, sauf dans la mesure nécessaire pour l'exécuter. Si l'État Partie requis ne peut satisfaire à cette exigence, il en informe sans délai l'État Partie requérant.

21. L'entraide judiciaire peut être refusée:

a) Si la demande n'est pas faite conformément aux dispositions du présent article;

b) Si l'État Partie requis estime que l'exécution de la demande est susceptible de porter atteinte à sa souveraineté, à sa sécurité, à son ordre public ou à d'autres intérêts essentiels;

c) Au cas où le droit interne de l'État Partie requis interdirait à ses autorités de prendre les mesures demandées s'il s'agissait d'une infraction analogue ayant fait l'objet d'une enquête, de poursuites ou d'une procédure judiciaire dans le cadre de sa propre compétence;

d) Au cas où il serait contraire au système juridique de l'État Partie requis concernant l'entraide judiciaire d'accepter la demande.

22. Les États Parties ne peuvent refuser une demande d'entraide judiciaire au seul motif que l'infraction est considérée comme touchant aussi à des questions fiscales.

23. Tout refus d'entraide judiciaire doit être motivé.

24. L'État Partie requis exécute la demande d'entraide judiciaire aussi promptement que possible et tient compte dans toute la mesure possible de tous délais suggérés par l'État Partie requérant et qui sont motivés, de préférence dans la demande. L'État Partie requis répond aux demandes raisonnables de l'État Partie requérant concernant les progrès faits dans l'exécution de la demande. Quand l'entraide demandée n'est plus nécessaire, l'État Partie requérant en informe promptement l'État Partie requis.

25. L'entraide judiciaire peut être différée par l'État Partie requis au motif qu'elle entraverait une enquête, des poursuites ou une procédure judiciaire en cours.

26. Avant de refuser une demande en vertu du paragraphe 21 du présent article ou d'en différer l'exécution en vertu de son paragraphe 25, l'État Partie requis étudie avec l'État Partie requérant la possibilité d'accorder l'entraide sous réserve des conditions qu'il juge nécessaires. Si l'État Partie requérant accepte l'entraide sous réserve de ces conditions, il se conforme à ces dernières.

27. Sans préjudice de l'application du paragraphe 12 du présent article, un témoin, un expert ou une autre personne qui, à la demande de l'État Partie requérant, consent à déposer au cours d'une procédure ou à collaborer à une enquête, à des poursuites ou à une procédure judiciaire sur le territoire de l'État Partie requérant ne sera pas poursuivi, détenu, puni ou soumis à d'autres restrictions à sa liberté personnelle sur ce territoire à raison d'actes, d'omissions ou de condamnations antérieurs à son départ du territoire de l'État Partie requis. Cette immunité cesse lorsque le témoin, l'expert ou ladite personne ayant eu, pour une période de quinze jours consécutifs ou pour toute autre période convenue par les États Parties, à compter de la date à laquelle ils ont été officiellement informés que leur présence n'était plus requise par les autorités judiciaires, la possibilité de quitter le territoire de l'État Partie requérant, y sont néanmoins demeurés volontairement ou, l'ayant quitté, y sont revenus de leur plein gré.

28. Les frais ordinaires encourus pour exécuter une demande sont à la charge de l'État Partie requis, à moins qu'il n'en soit convenu autrement entre les États Parties concernés. Lorsque des dépenses importantes ou extraordinaires sont ou se révèlent ultérieurement nécessaires pour exécuter la demande, les États Parties se consultent pour fixer les conditions selon lesquelles la demande sera exécutée, ainsi que la manière dont les frais seront assumés.

29. L'État Partie requis:

a) Fournit à l'État Partie requérant copies des dossiers, documents ou renseignements administratifs en sa possession et auxquels, en vertu de son droit interne, le public a accès;

b) Peut, à son gré, fournir à l'État Partie requérant intégralement, en partie ou aux conditions qu'il estime appropriées, copies de tous dossiers, documents ou renseignements administratifs en sa possession et auxquels, en vertu de son droit interne, le public n'a pas accès.

30. Les États Parties envisagent, s'il y a lieu, la possibilité de conclure des accords ou des arrangements bilatéraux ou multilatéraux qui servent les objectifs et les dispositions du présent article, leur donnent un effet pratique ou les renforcent.

Article 19

Enquêtes conjointes

Les États Parties envisagent de conclure des accords ou arrangements bilatéraux ou multilatéraux en vertu desquels, pour les affaires qui font l'objet d'enquêtes, de poursuites ou de procédures judiciaires dans un ou plusieurs États, les autorités compétentes concernées peuvent établir des instances d'enquêtes conjointes. En l'absence de tels accords ou arrangements, des enquêtes conjointes peuvent être décidées au cas par cas. Les États Parties concernés veillent à ce que la souveraineté de l'État Partie sur le territoire duquel l'enquête doit se dérouler soit pleinement respectée.

Article 20

Techniques d'enquête spéciales

1. Si les principes fondamentaux de son système juridique national le permettent, chaque État Partie, compte tenu de ses possibilités et conformément aux conditions prescrites dans son droit interne, prend les mesures nécessaires pour permettre le recours approprié aux livraisons surveillées et, lorsqu'il le juge approprié, le recours à d'autres techniques d'enquête spéciales, telles que la surveillance électronique ou d'autres formes de surveillance et les opérations d'infiltration, par ses autorités compétentes sur son territoire en vue de combattre efficacement la criminalité organisée.

2. Aux fins des enquêtes sur les infractions visées par la présente Convention, les États Parties sont encouragés à conclure, si nécessaire, des accords ou arrangements bilatéraux ou multilatéraux appropriés pour recourir aux techniques d'enquête spéciales dans le cadre de la coopération internationale. Ces accords ou arrangements sont conclus et appliqués dans le plein respect du principe de l'égalité souveraine des États et ils sont mis en œuvre dans le strict respect des dispositions qu'ils contiennent.

3. En l'absence d'accords ou d'arrangements visés au paragraphe 2 du présent article, les décisions de recourir à des techniques d'enquête spéciales au niveau international sont prises au cas par cas et peuvent, si nécessaire, tenir compte d'ententes et d'arrangements financiers quant à l'exercice de leur compétence par les États Parties intéressés.

4. Les livraisons surveillées auxquelles il est décidé de recourir au niveau international peuvent inclure, avec le consentement des États Parties concernés, des méthodes telles que l'interception des marchandises et l'autorisation de la poursuite de leur acheminement, sans altération ou après soustraction ou remplacement de la totalité ou d'une partie de ces marchandises.

Article 21

Transfert des procédures pénales

Les États Parties envisagent la possibilité de se transférer mutuellement les procédures relatives à la poursuite d'une infraction visée par la présente Convention dans les cas où ce transfert est jugé nécessaire dans l'intérêt d'une bonne administration de la justice et, en particulier lorsque plusieurs juridictions sont concernées, en vue de centraliser les poursuites.

Article 22

Établissement des antécédents judiciaires

Chaque État Partie peut adopter les mesures législatives ou autres qui sont nécessaires pour tenir compte, dans les conditions et aux fins qu'il juge appropriées, de toute condamnation dont l'auteur présumé d'une infraction aurait antérieurement fait l'objet dans un autre État, afin d'utiliser cette information dans le cadre d'une procédure pénale relative à une infraction visée par la présente Convention.

Article 23

Incrimination de l'entrave au bon fonctionnement de la justice

Chaque État Partie adopte les mesures législatives et autres qui sont nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale, lorsque les actes ont été commis intentionnellement:

a) Au fait de recourir à la force physique, à des menaces ou à l'intimidation ou de promettre, d'offrir ou d'accorder un avantage indu pour obtenir un faux témoignage ou empêcher un témoignage ou la présentation d'éléments de preuve dans une procédure en rapport avec la commission d'infractions visées par la présente Convention;

b) Au fait de recourir à la force physique, à des menaces ou à l'intimidation pour empêcher un agent de la justice ou un agent des services de détection et de répression d'exercer les devoirs de leur charge lors de la commission d'infractions visées par la présente Convention. Rien dans le présent alinéa ne porte atteinte au droit des États Parties de disposer d'une législation destinée à protéger d'autres catégories d'agents publics.

Article 24

Protection des témoins

1. Chaque État Partie prend, dans la limite de ses moyens, des mesures appropriées pour assurer une protection efficace contre des actes éventuels de représailles ou d'intimidation aux témoins qui, dans le cadre de procédures

pénales, font un témoignage concernant les infractions visées par la présente Convention et, le cas échéant, à leurs parents et à d'autres personnes qui leur sont proches.

2. Les mesures envisagées au paragraphe 1 du présent article peuvent consister notamment, sans préjudice des droits du défendeur, y compris du droit à une procédure régulière:

a) À établir, pour la protection physique de ces personnes, des procédures visant notamment, selon les besoins et dans la mesure du possible, à leur fournir un nouveau domicile et à permettre, le cas échéant, que les renseignements concernant leur identité et le lieu où elles se trouvent ne soient pas divulgués ou que leur divulgation soit limitée;

b) À prévoir des règles de preuve qui permettent aux témoins de déposer d'une manière qui garantisse leur sécurité, notamment à les autoriser à déposer en recourant à des techniques de communication telles que les liaisons vidéo ou à d'autres moyens adéquats.

3. Les États Parties envisagent de conclure des arrangements avec d'autres États en vue de fournir un nouveau domicile aux personnes mentionnées au paragraphe 1 du présent article.

4. Les dispositions du présent article s'appliquent également aux victimes lorsqu'elles sont témoins.

Article 25

Octroi d'une assistance et d'une protection aux victimes

1. Chaque État Partie prend, dans la limite de ses moyens, des mesures appropriées pour prêter assistance et accorder protection aux victimes d'infractions visées par la présente Convention, en particulier dans les cas de menace de représailles ou d'intimidation.
2. Chaque État Partie établit des procédures appropriées pour permettre aux victimes d'infractions visées par la présente Convention d'obtenir réparation.
3. Chaque État Partie, sous réserve de son droit interne, fait en sorte que les avis et préoccupations des victimes soient présentés et pris en compte aux stades appropriés de la procédure pénale engagée contre les auteurs d'infractions, d'une manière qui ne porte pas préjudice aux droits de la défense.

Article 26

Mesures propres à renforcer la coopération avec les services de détection et de répression

1. Chaque État Partie prend des mesures appropriées pour encourager les personnes qui participent ou ont participé à des groupes criminels organisés:
 - a) À fournir des informations utiles aux autorités compétentes à des fins d'enquête et de recherche de preuves sur des questions telles que:
 - i) L'identité, la nature, la composition, la structure ou les activités des groupes criminels organisés, ou le lieu où ils se trouvent;
 - ii) Les liens, y compris à l'échelon international, avec d'autres groupes criminels organisés;
 - iii) Les infractions que les groupes criminels organisés ont commises ou pourraient commettre;
 - b) À fournir une aide factuelle et concrète aux autorités compétentes, qui pourrait contribuer à priver les groupes criminels organisés de leurs ressources ou du produit du crime.
2. Chaque État Partie envisage de prévoir la possibilité, dans les cas appropriés, d'alléger la peine dont est passible un prévenu qui coopère de manière substantielle à l'enquête ou aux poursuites relatives à une infraction visée par la présente Convention.
3. Chaque État Partie envisage de prévoir la possibilité, conformément aux principes fondamentaux de son droit interne, d'accorder l'immunité de poursuites à une personne qui coopère de manière substantielle à l'enquête ou aux poursuites relatives à une infraction visée par la présente Convention.
4. La protection de ces personnes est assurée comme le prévoit l'article 24 de la présente Convention.
5. Lorsqu'une personne qui est visée au paragraphe 1 du présent article et se trouve dans un État Partie peut apporter une coopération substantielle aux autorités compétentes d'un autre État Partie, les États Parties concernés peuvent envisager de conclure des accords ou arrangements, conformément à leur droit interne, concernant l'éventuel octroi par l'autre État Partie du traitement décrit aux paragraphes 2 et 3 du présent article.

Article 27

Coopération entre les services de détection et de répression

1. Les États Parties coopèrent étroitement, conformément à leurs systèmes juridiques et administratifs respectifs, en vue de renforcer l'efficacité de la détection et de la répression des infractions visées par la présente Convention. En particulier, chaque État Partie adopte des mesures efficaces pour:
 - a) Renforcer ou, si nécessaire, établir des voies de communication entre ses autorités, organismes et services compétents pour faciliter l'échange sûr et rapide d'informations concernant tous les aspects des infractions visées par la présente Convention, y compris, si les États Parties concernés le jugent approprié, les liens

avec d'autres activités criminelles;

b) Coopérer avec d'autres États Parties, s'agissant des infractions visées par la présente Convention, dans la conduite d'enquêtes concernant les points suivants:

i) Identité et activités des personnes soupçonnées d'implication dans lesdites infractions, lieu où elles se trouvent ou lieu où se trouvent les autres personnes concernées;

ii) Mouvement du produit du crime ou des biens provenant de la commission de ces infractions;

iii) Mouvement des biens, des matériels ou d'autres instruments utilisés ou destinés à être utilisés dans la commission de ces infractions;

c) Fournir, lorsqu'il y a lieu, les pièces ou quantités de substances nécessaires à des fins d'analyse ou d'enquête;

d) Faciliter une coordination efficace entre les autorités, organismes et services compétents et favoriser l'échange de personnel et d'experts, y compris, sous réserve de l'existence d'accords ou d'arrangements bilatéraux entre les États Parties concernés, le détachement d'agents de liaison;

e) Échanger, avec d'autres États Parties, des informations sur les moyens et procédés spécifiques employés par les groupes criminels organisés, y compris, s'il y a lieu, sur les itinéraires et les moyens de transport ainsi que sur l'usage de fausses identités, de documents modifiés ou falsifiés ou d'autres moyens de dissimulation de leurs activités;

f) Échanger des informations et coordonner les mesures administratives et autres prises, comme il convient, pour détecter au plus tôt les infractions visées par la présente Convention.

2. Afin de donner effet à la présente Convention, les États Parties envisagent de conclure des accords ou des arrangements bilatéraux ou multilatéraux prévoyant une coopération directe entre leurs services de détection et de répression et, lorsque de tels accords ou arrangements existent déjà, de les modifier. En l'absence de tels accords ou arrangements entre les États Parties concernés, ces derniers peuvent se baser sur la présente Convention pour instaurer une coopération en matière de détection et de répression concernant les infractions visées par la présente Convention. Chaque fois que cela est approprié, les États Parties utilisent pleinement les accords ou arrangements, y compris les organisations internationales ou régionales, pour renforcer la coopération entre leurs services de détection et de répression.

3. Les États Parties s'efforcent de coopérer, dans la mesure de leurs moyens, pour faire face à la criminalité transnationale organisée perpétrée au moyen de techniques modernes.

Article 28

Collecte, échange et analyse d'informations sur la nature de la criminalité organisée

1. Chaque État Partie envisage d'analyser, en consultation avec les milieux scientifiques et universitaires, les tendances de la criminalité organisée sur son territoire, les circonstances dans lesquelles elle opère, ainsi que les groupes professionnels et les techniques impliqués.

2. Les États Parties envisagent de développer leurs capacités d'analyse des activités criminelles organisées et de les mettre en commun directement entre eux et par le biais des organisations internationales et régionales. À cet effet, des définitions, normes et méthodes communes devraient être élaborées et appliquées selon qu'il convient.

3. Chaque État Partie envisage de suivre ses politiques et les mesures concrètes prises pour combattre la criminalité organisée et d'évaluer leur mise en œuvre et leur efficacité.

Article 29

Formation et assistance technique

1. Chaque État Partie établit, développe ou améliore, dans la mesure des besoins, des programmes de formation spécifiques à l'intention du personnel de ses services de détection et de répression, y compris des magistrats du parquet, des juges d'instruction et des agents des douanes, ainsi que d'autres personnels chargés de prévenir, de détecter et de réprimer les infractions visées par la présente Convention. Ces programmes peuvent prévoir des détachements et des échanges de personnel. Ils portent en particulier, dans la mesure où le droit interne l'autorise, sur les points suivants:

- a) Méthodes employées pour prévenir, détecter et combattre les infractions visées par la présente Convention;
- b) Itinéraires empruntés et techniques employées par les personnes soupçonnées d'implication dans des infractions visées par la présente Convention, y compris dans les États de transit, et mesures de lutte appropriées;
- c) Surveillance du mouvement des produits de contrebande;
- d) Détection et surveillance du mouvement du produit du crime, des biens, des matériels ou des autres instruments, et méthodes de transfert, de dissimulation ou de déguisement de ce produit, de ces biens, de ces matériels ou de ces autres instruments, ainsi que les méthodes de lutte contre le blanchiment d'argent et contre d'autres infractions financières;
- e) Rassemblement des éléments de preuve;
- f) Techniques de contrôle dans les zones franches et les ports francs;
- g) Matériels et techniques modernes de détection et de répression, y compris la surveillance électronique, les livraisons surveillées et les opérations d'infiltration;
- h) Méthodes utilisées pour combattre la criminalité transnationale organisée perpétrée au moyen d'ordinateurs, de réseaux de télécommunication ou d'autres techniques modernes; et
- i) Méthodes utilisées pour la protection des victimes et des témoins.

2. Les États Parties s'entraident pour planifier et exécuter des programmes de recherche et de formation conçus pour échanger des connaissances spécialisées dans les domaines visés au paragraphe 1 du présent article et, à cette fin, mettent aussi à profit, lorsqu'il y a lieu, des conférences et séminaires régionaux et internationaux pour favoriser la coopération et stimuler les échanges de vues sur les problèmes communs, y compris les problèmes et besoins particuliers des États de transit.

3. Les États Parties encouragent les activités de formation et d'assistance technique de nature à faciliter l'extradition et l'entraide judiciaire. Ces activités de formation et d'assistance technique peuvent inclure une formation linguistique, des détachements et des échanges entre les personnels des autorités centrales ou des organismes ayant des responsabilités dans les domaines visés.

4. Lorsqu'il existe des accords ou arrangements bilatéraux et multilatéraux en vigueur, les États Parties renforcent, autant qu'il est nécessaire, les mesures prises pour optimiser les activités opérationnelles et de formation au sein des organisations internationales et régionales et dans le cadre d'autres accords ou arrangements bilatéraux et multilatéraux en la matière.

Article 30

Autres mesures: application de la Convention par le développement économique et l'assistance technique

1. Les États Parties prennent des mesures propres à assurer la meilleure application possible de la présente Convention par la coopération internationale, compte tenu des effets négatifs de la criminalité organisée sur la société en général, et sur le développement durable en particulier.

2. Les États Parties font des efforts concrets, dans la mesure du possible, et en coordination les uns avec les autres ainsi qu'avec les organisations régionales et internationales:

- a) Pour développer leur coopération à différents niveaux avec les pays en développement, en vue de renforcer la capacité de ces derniers à prévenir et combattre la criminalité transnationale organisée;
- b) Pour accroître l'assistance financière et matérielle à fournir aux pays en développement afin d'appuyer les efforts qu'ils déploient pour lutter efficacement contre la criminalité transnationale organisée et de les aider à appliquer la présente Convention avec succès;
- c) Pour fournir une assistance technique aux pays en développement et aux pays à économie en transition afin de les aider à répondre à leurs besoins aux fins de l'application de la présente Convention. Pour ce faire, les États

Parties s'efforcent de verser volontairement des contributions adéquates et régulières à un compte établi à cet effet dans le cadre d'un mécanisme de financement des Nations Unies. Les États Parties peuvent aussi envisager spécialement, conformément à leur droit interne et aux dispositions de la présente Convention, de verser au compte susvisé

un pourcentage des fonds ou de la valeur correspondante du produit du crime ou des biens confisqués en application des dispositions de la présente Convention;

d) Pour encourager et convaincre d'autres États et des institutions financières, selon qu'il convient, de s'associer aux efforts faits conformément au présent article, notamment en fournissant aux pays en développement davantage de programmes de formation et de matériel moderne afin de les aider à atteindre les objectifs de la présente Convention.

3. Autant que possible, ces mesures sont prises sans préjudice des engagements existants en matière d'assistance étrangère ou d'autres arrangements de coopération financière aux niveaux bilatéral, régional ou international.

4. Les États Parties peuvent conclure des accords ou des arrangements bilatéraux ou multilatéraux sur l'assistance matérielle et logistique, en tenant compte des arrangements financiers nécessaires pour assurer l'efficacité des moyens de coopération internationale prévus par la présente Convention et pour prévenir, détecter et combattre la criminalité transnationale organisée.

Article 31

Prévention

1. Les États Parties s'efforcent d'élaborer et d'évaluer des projets nationaux ainsi que de mettre en place et de promouvoir les meilleures pratiques et politiques pour prévenir la criminalité transnationale organisée.

2. Conformément aux principes fondamentaux de leur droit interne, les États Parties s'efforcent de réduire, par des mesures législatives, administratives ou autres appropriées, les possibilités actuelles ou futures des groupes criminels organisés de participer à l'activité des marchés licites en utilisant le produit du crime. Ces mesures devraient être axées sur:

a) Le renforcement de la coopération entre les services de détection et de répression ou les magistrats du parquet et entités privées concernées, notamment dans l'industrie;

b) La promotion de l'élaboration de normes et procédures visant à préserver l'intégrité des entités publiques et des entités privées concernées, ainsi que de codes de déontologie pour les professions concernées, notamment celles de juriste, de notaire, de conseiller fiscal et de comptable;

c) La prévention de l'usage impropre par les groupes criminels organisés des procédures d'appel d'offres menées par des autorités publiques ainsi que des subventions et licences accordées par des autorités publiques pour une activité commerciale;

d) La prévention de l'usage impropre par des groupes criminels organisés de personnes morales; ces mesures pourraient inclure:

i) L'établissement de registres publics des personnes morales et physiques impliquées dans la création, la gestion et le financement de personnes morales;

ii) La possibilité de déchoir les personnes reconnues coupables d'infractions visées par la présente Convention, par décision de justice ou par tout moyen approprié, pour une période raisonnable, du droit de diriger des personnes morales constituées sur leur territoire;

iii) L'établissement de registres nationaux des personnes déchues du droit de diriger des personnes morales; et

iv) L'échange d'informations contenues dans les registres mentionnés aux sous-alinéas i) et iii) du présent alinéa avec les autorités compétentes des autres États Parties.

3. Les États Parties s'efforcent de promouvoir la réinsertion dans la société des personnes reconnues coupables d'infractions visées par la présente Convention.

4. Les États Parties s'efforcent d'évaluer périodiquement les instruments juridiques et les pratiques administratives pertinents en vue de déterminer s'ils comportent des lacunes permettant aux groupes criminels organisés d'en faire un usage improprie.

5. Les États Parties s'efforcent de mieux sensibiliser le public à l'existence, aux causes et à la gravité de la criminalité transnationale organisée et à la menace qu'elle représente. Ils peuvent le faire, selon qu'il convient, par l'intermédiaire des médias et en adoptant des mesures destinées à promouvoir la participation du public aux activités de prévention et de lutte.

6. Chaque État Partie communique au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies le nom et l'adresse de l'autorité ou des autorités susceptibles d'aider les autres États Parties à mettre au point des mesures de prévention de la criminalité transnationale organisée.

7. Les États Parties collaborent, selon qu'il convient, entre eux et avec les organisations régionales et internationales compétentes en vue de promouvoir et de mettre au point les mesures visées dans le présent article. À ce titre, ils participent à des projets internationaux visant à prévenir la criminalité transnationale organisée, par exemple en agissant sur les facteurs qui rendent les groupes socialement marginalisés vulnérables à l'action de cette criminalité.

Article 32

Conférence des Parties à la Convention

1. Une Conférence des Parties à la Convention est instituée pour améliorer la capacité des États Parties à combattre la criminalité transnationale organisée et pour promouvoir et examiner l'application de la présente Convention.

2. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies convoquera la Conférence des Parties au plus tard un an après l'entrée en vigueur de la présente Convention. La Conférence des Parties adoptera un règlement intérieur et des règles régissant les activités énoncées aux paragraphes 3 et 4 du présent article (y compris des règles relatives au financement des dépenses encourues au titre de ces activités).

3. La Conférence des Parties arrête des mécanismes en vue d'atteindre les objectifs visés au paragraphe 1 du présent article, notamment:

a) Elle facilite les activités menées par les États Parties en application des articles 29, 30 et 31 de la présente Convention, y compris en encourageant la mobilisation de contributions volontaires;

b) Elle facilite l'échange d'informations entre États Parties sur les caractéristiques et tendances de la criminalité transnationale organisée et les pratiques efficaces pour la combattre;

c) Elle coopère avec les organisations régionales et internationales et les organisations non gouvernementales compétentes;

d) Elle examine à intervalles réguliers l'application de la présente Convention;

e) Elle formule des recommandations en vue d'améliorer la présente Convention et son application;

4. Aux fins des alinéas *d* et *e* du paragraphe 3 du présent article, la Conférence des Parties s'enquiert des mesures adoptées et des difficultés rencontrées par les États Parties pour appliquer la présente Convention en utilisant les informations que ceux-ci lui communiquent ainsi que les mécanismes complémentaires d'examen qu'elle pourra établir.

5. Chaque État Partie communique à la Conférence des Parties, comme celle-ci le requiert, des informations sur ses programmes, plans et pratiques ainsi que sur ses mesures législatives et administratives visant à appliquer la présente Convention.

Article 33

Secrétariat

1. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies fournit les services de secrétariat nécessaires à la Conférence des Parties à la Convention.

2. Le secrétariat:

- a) Aide la Conférence des Parties à réaliser les activités énoncées à l'article 32 de la présente Convention, prend des dispositions et fournit les services nécessaires pour les sessions de la Conférence des Parties;
- b) Aide les États Parties, sur leur demande, à fournir des informations à la Conférence des Parties comme le prévoit le paragraphe 5 de l'article 32 de la présente Convention; et
- c) Assure la coordination nécessaire avec le secrétariat des organisations régionales et internationales compétentes.

Article 34

Application de la Convention

1. Chaque État Partie prend les mesures nécessaires, y compris législatives et administratives, conformément aux principes fondamentaux de son droit interne, pour assurer l'exécution de ses obligations en vertu de la présente Convention.
2. Les infractions établies conformément aux articles 5, 6, 8 et 23 de la présente Convention sont établies dans le droit interne de chaque État Partie indépendamment de leur nature transnationale ou de l'implication d'un groupe criminel organisé comme énoncé au paragraphe 1 de l'article 3 de la présente Convention, sauf dans la mesure où, conformément à l'article 5 de la présente Convention, serait requise l'implication d'un groupe criminel organisé.
3. Chaque État Partie peut adopter des mesures plus strictes ou plus sévères que celles qui sont prévues par la présente Convention afin de prévenir et de combattre la criminalité transnationale organisée.

Article 35

Règlement des différends

1. Les États Parties s'efforcent de régler les différends concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention par voie de négociation.
2. Tout différend entre deux États Parties ou plus concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention qui ne peut être réglé par voie de négociation dans un délai raisonnable est, à la demande de l'un de ces États Parties, soumis à l'arbitrage. Si, dans un délai de six mois à compter de la date de la demande d'arbitrage, les États Parties ne peuvent s'entendre sur l'organisation de l'arbitrage, l'un quelconque d'entre eux peut soumettre le différend à la Cour internationale de Justice en adressant une requête conformément au Statut de la Cour.
3. Chaque État Partie peut, au moment de la signature, de la ratification, de l'acceptation ou de l'approbation de la présente Convention ou de l'adhésion à celle-ci, déclarer qu'il ne se considère pas lié par le paragraphe 2 du présent article. Les autres États Parties ne sont pas liés par le paragraphe 2 du présent article envers tout État Partie ayant émis une telle réserve.
4. Tout État Partie qui a émis une réserve en vertu du paragraphe 3 du présent article peut la retirer à tout moment en adressant une notification au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 36

Signature, ratification, acceptation, approbation et adhésion

1. La présente Convention sera ouverte à la signature de tous les États du 12 au 15 décembre 2000 à Palerme (Italie) et, par la suite, au Siège de l'Organisation des Nations Unies, à New York, jusqu'au 12 décembre 2002.
2. La présente Convention est également ouverte à la signature des organisations régionales d'intégration économique à la condition qu'au moins un État membre d'une telle organisation ait signé la présente Convention conformément au paragraphe 1 du présent article.
3. La présente Convention est soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Une organisation régionale d'intégration économique peut déposer ses instruments de ratification, d'acceptation

ou d'approbation si au moins un de ses États membres l'a fait. Dans cet instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, cette organisation déclare l'étendue de sa compétence concernant les questions régies par la présente Convention. Elle informe également le dépositaire de toute modification pertinente de l'étendue de sa compétence.

4. La présente Convention est ouverte à l'adhésion de tout État ou de toute organisation régionale d'intégration économique dont au moins un État membre est Partie à la présente Convention. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Au moment de son adhésion, une organisation régionale d'intégration économique déclare l'étendue de sa compétence concernant les questions régies par la présente Convention. Elle informe également le dépositaire de toute modification pertinente de l'étendue de sa compétence.

Article 37

Relation avec les protocoles

1. La présente Convention peut être complétée par un ou plusieurs protocoles.
2. Pour devenir Partie à un protocole, un État ou une organisation régionale d'intégration économique doit être également Partie à la présente Convention.
3. Un État Partie à la présente Convention n'est pas lié par un protocole, à moins qu'il ne devienne Partie audit protocole conformément aux dispositions de ce dernier.
4. Tout protocole à la présente Convention est interprété conjointement avec la présente Convention, compte tenu de l'objet de ce protocole.

Article 38

Entrée en vigueur

1. La présente Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la date de dépôt du quarantième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion. Aux fins du présent paragraphe, aucun des instruments déposés par une organisation régionale d'intégration économique n'est considéré comme un instrument venant s'ajouter aux instruments déjà déposés par les États membres de cette organisation.
2. Pour chaque État ou organisation régionale d'intégration économique qui ratifiera, acceptera ou approuvera la présente Convention ou y adhèrera après le dépôt du quarantième instrument pertinent, la présente Convention entrera en vigueur le trentième jour suivant la date de dépôt de l'instrument pertinent par ledit État ou ladite organisation.

Article 39

Amendement

1. À l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention, un État Partie peut proposer un amendement et en déposer le texte auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Ce dernier communique alors la proposition d'amendement aux États Parties et à la Conférence des Parties à la Convention en vue de l'examen de la proposition et de l'adoption d'une décision. La Conférence des Parties n'épargne aucun effort pour parvenir à un consensus sur tout amendement. Si tous les efforts en ce sens ont été épuisés sans qu'un accord soit intervenu, il faudra, en dernier recours, pour que l'amendement soit adopté, un vote à la majorité des deux tiers des États Parties présents à la Conférence des Parties et exprimant leur vote.
2. Les organisations régionales d'intégration économique disposent, pour exercer, en vertu du présent article, leur droit de vote dans les domaines qui relèvent de leur compétence, d'un nombre de voix égal au nombre de leurs États membres Parties à la présente Convention. Elles n'exercent pas leur droit de vote si leurs États membres exercent le leur, et inversement.
3. Un amendement adopté conformément au paragraphe 1 du présent article est soumis à ratification, acceptation ou approbation des États Parties.

4. Un amendement adopté conformément au paragraphe 1 du présent article entrera en vigueur pour un État Partie quatre-vingt-dix jours après la date de dépôt par ledit État Partie auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies d'un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation dudit amendement.

5. Un amendement entré en vigueur a force obligatoire à l'égard des États Parties qui ont exprimé leur consentement à être liés par lui. Les autres États Parties restent liés par les dispositions de la présente Convention et tous amendements antérieurs qu'ils ont ratifiés, acceptés ou approuvés.

*Article 40**Dénonciation*

1. Un État Partie peut dénoncer la présente Convention par notification écrite adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Une telle dénonciation prend effet un an après la date de réception de la notification par le Secrétaire général.
2. Une organisation régionale d'intégration économique cesse d'être Partie à la présente Convention lorsque tous ses États membres l'ont dénoncée.
3. La dénonciation de la présente Convention conformément au paragraphe 1 du présent article entraîne la dénonciation de tout protocole y relatif.

*Article 41**Dépositaire et langues*

1. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies est le dépositaire de la présente Convention.
2. L'original de la présente Convention, dont les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés, à ce dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention.

Annexe II

Protocole additionnel à la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée visant à prévenir, réprimer et punir la traite des personnes, en particulier des femmes et des enfants

Préambule

Les États Parties au présent Protocole,

Déclarant qu'une action efficace visant à prévenir et combattre la traite des personnes, en particulier des femmes et des enfants, exige de la part des pays d'origine, de transit et de destination une approche globale et internationale

comprenant des mesures destinées à prévenir une telle traite, à punir les trafiquants et à protéger les victimes de cette traite, notamment en faisant respecter leurs droits fondamentaux internationalement reconnus,

Tenant compte du fait que, malgré l'existence de divers instruments internationaux qui renferment des règles et des dispositions pratiques visant à lutter contre l'exploitation des personnes, en particulier des femmes et des enfants, il n'y a aucun instrument universel qui porte sur tous les aspects de la traite des personnes,

Préoccupés par le fait que, en l'absence d'un tel instrument, les personnes vulnérables à une telle traite ne seront pas suffisamment protégées,

Rappelant la résolution 53/111 de l'Assemblée générale du 9 décembre 1998, dans laquelle l'Assemblée a décidé de créer un comité intergouvernemental spécial à composition non limitée chargé d'élaborer une convention internationale générale contre la criminalité transnationale organisée et d'examiner s'il y avait lieu d'élaborer, notamment, un instrument international de lutte contre la traite des femmes et des enfants,

Convaincus que le fait d'adopter à la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée un instrument international visant à prévenir, réprimer et punir la traite des personnes, en particulier des femmes et des enfants, aidera à prévenir et combattre ce type de criminalité,

Sont convenus de ce qui suit:

I. Dispositions générales

Article premier

Relation avec la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée

1. Le présent Protocole complète la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée. Il est interprété conjointement avec la Convention.
2. Les dispositions de la Convention s'appliquent *mutatis mutandis* au présent Protocole, sauf disposition contraire dudit Protocole.
3. Les infractions établies conformément à l'article 5 du présent Protocole sont considérées comme des infractions établies conformément à la Convention.

Article 2

Objet

Le présent Protocole a pour objet:

- a) De prévenir et de combattre la traite des personnes, en accordant une attention particulière aux femmes et aux enfants;
- b) De protéger et d'aider les victimes d'une telle traite en respectant pleinement leurs droits fondamentaux; et
- c) De promouvoir la coopération entre les États Parties en vue d'atteindre ces objectifs.

Article 3

Terminologie

Aux fins du présent Protocole:

a) L'expression "traite des personnes" désigne le recrutement, le transport, le transfert, l'hébergement ou l'accueil de personnes, par la menace de recours ou le recours à la force ou à d'autres formes de contrainte, par enlèvement, fraude, tromperie, abus d'autorité ou d'une situation de vulnérabilité, ou par l'offre ou l'acceptation de paiements ou d'avantages pour obtenir le consentement d'une personne ayant autorité sur une autre aux fins d'exploitation. L'exploitation comprend, au minimum, l'exploitation de la prostitution d'autrui ou d'autres formes d'exploitation sexuelle, le travail ou les services forcés, l'esclavage ou les pratiques analogues à l'esclavage, la servitude ou le prélèvement d'organes;

b) Le consentement d'une victime de la traite des personnes à l'exploitation envisagée, telle qu'énoncée à l'alinéa a du présent article, est indifférent lorsque l'un quelconque des moyens énoncés à l'alinéa a a été utilisé;

c) Le recrutement, le transport, le transfert, l'hébergement ou l'accueil d'un enfant aux fins d'exploitation sont considérés comme une "traite des personnes" même s'ils ne font appel à aucun des moyens énoncés à l'alinéa a du présent article;

d) Le terme "enfant" désigne toute personne âgée de moins de 18 ans.

Article 4

Champ d'application

Le présent Protocole s'applique, sauf disposition contraire, à la prévention, aux enquêtes et aux poursuites concernant les infractions établies conformément à son article 5, lorsque ces infractions sont de nature transnationale et qu'un groupe criminel organisé y est impliqué, ainsi qu'à la protection des victimes de ces infractions.

Article 5

Incrimination

1. Chaque État Partie adopte les mesures législatives et autres nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale aux actes énoncés à l'article 3 du présent Protocole, lorsqu'ils ont été commis intentionnellement.

2. Chaque État Partie adopte également les mesures législatives et autres nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale:

a) Sous réserve des concepts fondamentaux de son système juridique, au fait de tenter de commettre une infraction établie conformément au paragraphe 1 du présent article;

b) Au fait de se rendre complice d'une infraction établie conformément au paragraphe 1 du présent article; et

c) Au fait d'organiser la commission d'une infraction établie conformément au paragraphe 1 du présent article ou de donner des instructions à d'autres personnes pour qu'elles la commettent.

II. Protection des victimes de la traite des personnes

Article 6

Assistance et protection accordées aux victimes de la traite des personnes

1. Lorsqu'il y a lieu et dans la mesure où son droit interne le permet, chaque État Partie protège la vie privée et l'identité des victimes de la traite des personnes, notamment en rendant les procédures judiciaires relatives à cette traite non publiques.

2. Chaque État Partie s'assure que son système juridique ou administratif prévoit des mesures permettant de fournir aux victimes de la traite des personnes, lorsqu'il y a lieu:

a) Des informations sur les procédures judiciaires et administratives applicables;

b) Une assistance pour faire en sorte que leurs avis et préoccupations soient présentés et pris en compte aux stades appropriés de la procédure pénale engagée contre les auteurs d'infractions, d'une manière qui ne porte pas préjudice aux droits de la défense.

3. Chaque État Partie envisage de mettre en œuvre des mesures en vue d'assurer le rétablissement physique, psychologique et social des victimes de la traite des personnes, y compris, s'il y a lieu, en coopération avec les organisations non gouvernementales, d'autres organisations compétentes et d'autres éléments de la société civile et, en particulier, de leur fournir:

a) Un logement convenable;

b) Des conseils et des informations, concernant notamment les droits que la loi leur reconnaît, dans une langue qu'elles peuvent comprendre;

c) Une assistance médicale, psychologique et matérielle; et d) Des possibilités d'emploi, d'éducation et de formation.

4. Chaque État Partie tient compte, lorsqu'il applique les dispositions du présent article, de l'âge, du sexe et des besoins spécifiques des victimes de la traite des personnes, en particulier des besoins spécifiques des enfants, notamment un logement, une éducation et des soins convenables.

5. Chaque État Partie s'efforce d'assurer la sécurité physique des victimes de la traite des personnes pendant qu'elles se trouvent sur son territoire.

6. Chaque État Partie s'assure que son système juridique prévoit des mesures qui offrent aux victimes de la traite des personnes la possibilité d'obtenir réparation du préjudice subi.

Article 7

Statut des victimes de la traite des personnes dans les États d'accueil

1. En plus de prendre des mesures conformément à l'article 6 du présent Protocole, chaque État Partie envisage d'adopter des mesures législatives ou d'autres mesures appropriées qui permettent aux victimes de la traite des personnes de rester sur son territoire, à titre temporaire ou permanent, lorsqu'il y a lieu.

2. Lorsqu'il applique la disposition du paragraphe 1 du présent article, chaque État Partie tient dûment compte des facteurs humanitaires et personnels.

Article 8

Rapatriement des victimes de la traite des personnes

1. L'État Partie dont une victime de la traite des personnes est ressortissante ou dans lequel elle avait le droit de résider à titre permanent au moment de son entrée sur le territoire de l'État Partie d'accueil facilite et accepte, en tenant dûment compte de la sécurité de cette personne, le retour de celle-ci sans retard injustifié ou déraisonnable.

2. Lorsqu'un État Partie renvoie une victime de la traite des personnes dans un État Partie dont cette personne est ressortissante ou dans lequel elle avait le droit de résider à titre permanent au moment de son entrée sur le territoire de l'État Partie d'accueil, ce retour est assuré compte dûment tenu de la sécurité de la personne, ainsi que de l'état de toute procédure judiciaire liée au fait qu'elle est une victime de la traite, et il est de préférence volontaire.

3. À la demande d'un État Partie d'accueil, un État Partie requis vérifie, sans retard injustifié ou déraisonnable, si une victime de la traite des personnes est son ressortissant ou avait le droit de résider à titre permanent sur son territoire au moment de son entrée sur le territoire de l'État Partie d'accueil.

4. Afin de faciliter le retour d'une victime de la traite des personnes qui ne possède pas les documents voulus, l'État Partie dont cette personne est ressortissante ou dans lequel elle avait le droit de résider à titre permanent au moment de son entrée sur le territoire de l'État Partie d'accueil accepte de délivrer, à la demande de l'État Partie d'accueil, les documents de voyage ou toute autre autorisation nécessaires pour permettre à la personne de se rendre et d'être réadmise sur son territoire.

5. Le présent article s'entend sans préjudice de tout droit accordé aux victimes de la traite des personnes par toute loi de l'État Partie d'accueil.

6. Le présent article s'entend sans préjudice de tout accord ou arrangement bilatéral ou multilatéral applicable régissant, en totalité ou en partie, le retour des victimes de la traite des personnes.

III. Prévention, coopération et autres mesures

Article 9

Prévention de la traite des personnes

1. Les États Parties établissent des politiques, programmes et autres mesures d'ensemble pour:

a) Prévenir et combattre la traite des personnes; et

b) Protéger les victimes de la traite des personnes, en particulier les femmes et les enfants, contre une nouvelle victimisation.

2. Les États Parties s'efforcent de prendre des mesures telles que des recherches, des campagnes d'information et des campagnes dans les médias, ainsi que des initiatives sociales et économiques, afin de prévenir et de combattre la traite des personnes.

3. Les politiques, programmes et autres mesures établis conformément au présent article incluent, selon qu'il convient, une coopération avec les organisations non gouvernementales, d'autres organisations compétentes et d'autres éléments de la société civile.

4. Les États Parties prennent ou renforcent des mesures, notamment par le biais d'une coopération bilatérale ou multilatérale, pour remédier aux facteurs qui rendent les personnes, en particulier les femmes et les enfants, vulnérables à la traite, tels que la pauvreté, le sous-développement et l'inégalité des chances.

5. Les États Parties adoptent ou renforcent des mesures législatives ou autres, telles que des mesures d'ordre éducatif, social ou culturel, notamment par le biais d'une coopération bilatérale et multilatérale, pour décourager la demande qui favorise toutes les formes d'exploitation des personnes, en particulier des femmes et des enfants, aboutissant à la traite.

Article 10

Échange d'informations et formation

1. Les services de détection, de répression, d'immigration ou d'autres services compétents des États Parties coopèrent entre eux, selon qu'il convient, en échangeant, conformément au droit interne de ces États, des informations qui leur permettent de déterminer:

a) Si des personnes franchissant ou tentant de franchir une frontière internationale avec des documents de voyage appartenant à d'autres personnes ou sans documents de voyage sont auteurs ou victimes de la traite des personnes;

b) Les types de documents de voyage que des personnes ont utilisés ou tenté d'utiliser pour franchir une frontière internationale aux fins de la traite des personnes; et

c) Les moyens et méthodes utilisés par les groupes criminels organisés pour la traite des personnes, y compris le recrutement et le transport des victimes, les itinéraires et les liens entre les personnes et les groupes se livrant à cette traite, ainsi que les mesures pouvant permettre de les découvrir.

2. Les États Parties assurent ou renforcent la formation des agents des services de détection, de répression, d'immigration et d'autres services compétents à la prévention de la traite des personnes. Cette formation devrait mettre l'accent sur les méthodes utilisées pour prévenir une telle traite, traduire les trafiquants en justice et faire respecter les droits des victimes, notamment protéger ces dernières des trafiquants. Elle devrait également tenir compte de la nécessité de prendre en considération les droits de la personne humaine et les problèmes spécifiques des femmes et des enfants, et favoriser la coopération avec les organisations non gouvernementales, d'autres organisations compétentes et d'autres éléments de la société civile.

3. Un État Partie qui reçoit des informations se conforme à toute demande de l'État Partie qui les a communiquées soumettant leur usage à des restrictions.

*Article 11**Mesures aux frontières*

1. Sans préjudice des engagements internationaux relatifs à la libre circulation des personnes, les États Parties renforcent, dans la mesure du possible, les contrôles aux frontières nécessaires pour prévenir et détecter la traite des personnes.
2. Chaque État Partie adopte les mesures législatives ou autres appropriées pour prévenir, dans la mesure du possible, l'utilisation des moyens de transport exploités par des transporteurs commerciaux pour la commission des infractions établies conformément à l'article 5 du présent Protocole.
3. Lorsqu'il y a lieu, et sans préjudice des conventions internationales applicables, ces mesures consistent notamment à prévoir l'obligation pour les transporteurs commerciaux, y compris toute compagnie de transport ou tout propriétaire ou exploitant d'un quelconque moyen de transport, de vérifier que tous les passagers sont en possession des documents de voyage requis pour l'entrée dans l'État d'accueil.
4. Chaque État Partie prend les mesures nécessaires, conformément à son droit interne, pour assortir de sanctions l'obligation énoncée au paragraphe 3 du présent article.
5. Chaque État Partie envisage de prendre des mesures qui permettent, conformément à son droit interne, de refuser l'entrée de personnes impliquées dans la commission des infractions établies conformément au présent Protocole ou d'annuler leur visa.
6. Sans préjudice de l'article 27 de la Convention, les États Parties envisagent de renforcer la coopération entre leurs services de contrôle aux frontières, notamment par l'établissement et le maintien de voies de communication directes.

*Article 12**Sécurité et contrôle des documents*

Chaque État Partie prend les mesures nécessaires, selon les moyens disponibles:

- a) Pour faire en sorte que les documents de voyage ou d'identité qu'il délivre soient d'une qualité telle qu'on ne puisse facilement en faire un usage improprie et les falsifier ou les modifier, les reproduire ou les délivrer illicitement; et
- b) Pour assurer l'intégrité et la sécurité des documents de voyage ou d'identité délivrés par lui ou en son nom et pour empêcher qu'ils ne soient créés, délivrés et utilisés illicitement.

*Article 13**Légitimité et validité des documents*

À la demande d'un autre État Partie, un État Partie vérifie, conformément à son droit interne et dans un délai raisonnable, la légitimité et la validité des documents de voyage ou d'identité délivrés ou censés avoir été délivrés en son nom et dont on soupçonne qu'ils sont utilisés pour la traite des personnes.

IV. Dispositions finales*Article 14**Clause de sauvegarde*

1. Aucune disposition du présent Protocole n'a d'incidences sur les droits, obligations et responsabilités des États et des particuliers en vertu du droit international, y compris du droit international humanitaire et du droit international relatif aux droits de l'homme et en particulier, lorsqu'ils s'appliquent, de la Convention de 1951³ et du Protocole de 1967⁴ relatifs au statut des réfugiés ainsi que du principe de non-refoulement qui y est énoncé.
2. Les mesures énoncées dans le présent Protocole sont interprétées et appliquées d'une façon telle que les personnes ne font pas l'objet d'une discrimination au motif qu'elles sont victimes d'une traite. L'interprétation et l'application de ces mesures sont conformes aux principes de non-discrimination internationalement reconnus.

Article 15
Règlement des différends

1. Les États Parties s'efforcent de régler les différends concernant l'interprétation ou l'application du présent Protocole par voie de négociation.
2. Tout différend entre deux États Parties ou plus concernant l'interprétation ou l'application du présent Protocole qui ne peut être réglé par voie de négociation dans un délai raisonnable est, à la demande de l'un de ces États Parties, soumis à l'arbitrage. Si, dans un délai de six mois à compter de la date de la demande d'arbitrage, les États Parties ne peuvent s'entendre sur l'organisation de l'arbitrage, l'un quelconque d'entre eux peut soumettre le différend à la Cour internationale de Justice en adressant une requête conformément au Statut de la Cour.
3. Chaque État Partie peut, au moment de la signature, de la ratification, de l'acceptation ou de l'approbation du présent Protocole ou de l'adhésion à celui-ci, déclarer qu'il ne se considère pas lié par le paragraphe 2 du présent article. Les autres États Parties ne sont pas liés par le paragraphe 2 du présent article envers tout État Partie ayant émis une telle réserve.
4. Tout État Partie qui a émis une réserve en vertu du paragraphe 3 du présent article peut la retirer à tout moment en adressant une notification au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 16
Signature, ratification, acceptation, approbation et adhésion

1. Le présent Protocole sera ouvert à la signature de tous les États du 12 au 15 décembre 2000 à Palerme (Italie) et, par la suite, au Siège de l'Organisation des Nations Unies, à New York, jusqu'au 12 décembre 2002.
2. Le présent Protocole est également ouvert à la signature des organisations régionales d'intégration économique à la condition qu'au moins un État membre d'une telle organisation ait signé le présent Protocole conformément au paragraphe 1 du présent article.
3. Le présent Protocole est soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Une organisation régionale d'intégration économique peut déposer ses instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation si au moins un de ses États membres l'a fait. Dans cet instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, cette organisation déclare l'étendue de sa compétence concernant les questions régies par le présent Protocole. Elle informe également le dépositaire de toute modification pertinente de l'étendue de sa compétence.
4. Le présent Protocole est ouvert à l'adhésion de tout État ou de toute organisation régionale d'intégration économique dont au moins un État membre est Partie au présent Protocole. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Au moment de son adhésion, une organisation régionale d'intégration économique déclare l'étendue de sa compétence concernant les questions régies par le présent Protocole. Elle informe également le dépositaire de toute modification pertinente de l'étendue de sa compétence.

Article 17
Entrée en vigueur

1. Le présent Protocole entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la date de dépôt du quarantième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, étant entendu qu'il n'entrera pas en vigueur avant que la Convention n'entre elle-même en vigueur. Aux fins du présent paragraphe, aucun des instruments déposés par une organisation régionale d'intégration économique n'est considéré comme un instrument venant s'ajouter aux instruments déjà déposés par les États membres de cette organisation.
2. Pour chaque État ou organisation régionale d'intégration économique qui ratifiera, acceptera ou approuvera le présent Protocole ou y adhérera après le dépôt du quarantième instrument pertinent, le présent Protocole entrera en vigueur le trentième jour suivant la date de dépôt de l'instrument pertinent par ledit État ou ladite organisation ou à la date à laquelle il entre en vigueur en application du paragraphe 1 du présent article, si celle-ci est postérieure.

Article 18

Amendement

1. À l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de l'entrée en vigueur du présent Protocole, un État Partie au Protocole peut proposer un amendement et en déposer le texte auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Ce dernier communique alors la proposition d'amendement aux États Parties et à la Conférence des Parties à la Convention en vue de l'examen de la proposition et de l'adoption d'une décision. Les États Parties au présent Protocole réunis en Conférence des Parties n'épargnent aucun effort pour parvenir à un consensus sur tout amendement. Si tous les efforts en ce sens ont été épuisés sans qu'un accord soit intervenu, il faudra, en dernier recours, pour que l'amendement soit adopté, un vote à la majorité des deux tiers des États Parties au présent Protocole présents à la Conférence des Parties et exprimant leur vote.

2. Les organisations régionales d'intégration économique disposent, pour exercer, en vertu du présent article, leur droit de vote dans les domaines qui relèvent de leur compétence, d'un nombre de voix égal au nombre de leurs États membres Parties au présent Protocole. Elles n'exercent pas leur droit de vote si leurs États membres exercent le leur, et inversement.

3. Un amendement adopté conformément au paragraphe 1 du présent article est soumis à ratification, acceptation ou approbation des États Parties.

4. Un amendement adopté conformément au paragraphe 1 du présent article entrera en vigueur pour un État Partie quatre-vingt-dix jours après la date de dépôt par ledit État Partie auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies d'un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation dudit amendement.

5. Un amendement entré en vigueur a force obligatoire à l'égard des États Parties qui ont exprimé leur consentement à être liés par lui. Les autres États Parties restent liés par les dispositions du présent Protocole et tous amendements antérieurs qu'ils ont ratifiés, acceptés ou approuvés.

Article 19

Dénonciation

1. Un État Partie peut dénoncer le présent Protocole par notification écrite adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Une telle dénonciation prend effet un an après la date de réception de la notification par le Secrétaire général.

2. Une organisation régionale d'intégration économique cesse d'être Partie au présent Protocole lorsque tous ses États membres l'ont dénoncé.

Article 20

Dépositaire et langues

1. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies est le dépositaire du présent Protocole.

2. L'original du présent Protocole, dont les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés, à ce dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent Protocole.

Annexe III
Protocole contre le trafic illicite de migrants par terre, air
et mer, additionnel à la Convention des Nations Unies contre la criminalité
transnationale organisée
Préambule

Les États Parties au présent Protocole,

Déclarant qu'une action efficace visant à prévenir et combattre le trafic illicite de migrants par terre, air et mer exige une approche globale et internationale, y compris une coopération, des échanges d'informations et d'autres mesures appropriées, d'ordre social et économique notamment, aux niveaux national, régional et international,

Rappelant la résolution 54/212 de l'Assemblée générale, en date du 22 décembre 1999, dans laquelle l'Assemblée a instamment engagé les États Membres et les organismes des Nations Unies à renforcer la coopération internationale dans le domaine des migrations internationales et du développement afin de s'attaquer aux causes profondes des migrations, en particulier celles qui sont liées à la pauvreté, et de porter au maximum les avantages que les migrations internationales procurent aux intéressés, et a encouragé, selon qu'il convenait, les mécanismes interrégionaux, régionaux et sous-régionaux à continuer de s'occuper de la question des migrations et du développement,

Convaincus qu'il faut traiter les migrants avec humanité et protéger pleinement leurs droits,

Tenant compte du fait que, malgré les travaux entrepris dans d'autres instances internationales, il n'y a aucun instrument universel qui porte sur tous les aspects du trafic illicite de migrants et d'autres questions connexes,

Préoccupés par l'accroissement considérable des activités des groupes criminels organisés en matière de trafic illicite de migrants et des autres activités criminelles connexes énoncées dans le présent Protocole, qui portent gravement préjudice aux États concernés,

Également préoccupés par le fait que le trafic illicite de migrants risque de mettre en danger la vie ou la sécurité des migrants concernés,

Rappelant la résolution 53/111 de l'Assemblée générale, en date du 9 décembre 1998, dans laquelle l'Assemblée a décidé de créer un comité intergouvernemental spécial à composition non limitée chargé d'élaborer une convention internationale générale contre la criminalité transnationale organisée et d'examiner s'il y avait lieu d'élaborer, notamment, un instrument international de lutte contre le trafic et le transport illicites de migrants, y compris par voie maritime,

Convaincus que le fait d'adopter à la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée un instrument international contre le trafic illicite de migrants par terre, air et mer aidera à prévenir et à combattre ce type de criminalité,

Sont convenus de ce qui suit:

I. Dispositions générales

Article premier

Relation avec la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée

1. Le présent Protocole complète la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée. Il est interprété conjointement avec la Convention.
2. Les dispositions de la Convention s'appliquent *mutatis mutandis* au présent Protocole, sauf disposition contraire dudit Protocole.
3. Les infractions établies conformément à l'article 6 du présent Protocole sont considérées comme des infractions établies conformément à la Convention.

Article 2

Objet

Le présent Protocole a pour objet de prévenir et combattre le trafic illicite de migrants, ainsi que de promouvoir la coopération entre les États Parties à cette fin, tout en protégeant les droits des migrants objet d'un tel trafic.

Article 3

Terminologie

Aux fins du présent Protocole:

a) L'expression "trafic illicite de migrants" désigne le fait d'assurer, afin d'en tirer, directement ou indirectement, un avantage financier ou un autre avantage matériel, l'entrée illégale dans un État Partie d'une personne qui n'est ni un ressortissant ni un résident permanent de cet État;

b) L'expression "entrée illégale" désigne le franchissement de frontières alors que les conditions nécessaires à l'entrée légale dans l'État d'accueil ne sont pas satisfaites;

c) L'expression "document de voyage ou d'identité frauduleux" désigne tout document de voyage ou d'identité:

i) Qui a été contrefait ou modifié de manière substantielle par quiconque autre qu'une personne ou une autorité légalement habilitée à établir ou à délivrer le document de voyage ou d'identité au nom d'un État; ou

ii) Qui a été délivré ou obtenu de manière irrégulière moyennant fausse déclaration, corruption ou contrainte, ou de toute autre manière illégale; ou

iii) Qui est utilisé par une personne autre que le titulaire légitime;

d) Le terme "navire" désigne tout type d'engin aquatique, y compris un engin sans tirant d'eau et un hydravion, utilisé ou capable d'être utilisé comme moyen de transport sur l'eau, à l'exception d'un navire de guerre, d'un navire de guerre auxiliaire ou autre navire appartenant à un gouvernement ou exploité par lui, tant qu'il est utilisé exclusivement pour un service public non commercial.

Article 4

Champ d'application

Le présent Protocole s'applique, sauf disposition contraire, à la prévention, aux enquêtes et aux poursuites concernant les infractions établies conformément à son article 6, lorsque ces infractions sont de nature transnationale et qu'un groupe criminel organisé y est impliqué, ainsi qu'à la protection des droits des personnes qui ont été l'objet de telles infractions.

Article 5

Responsabilité pénale des migrants

Les migrants ne deviennent pas passibles de poursuites pénales en vertu du présent Protocole du fait qu'ils ont été l'objet des actes énoncés à son article 6.

Article 6

Incrimination

1. Chaque État Partie adopte les mesures législatives et autres nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale, lorsque les actes ont été commis intentionnellement et pour en tirer, directement ou indirectement, un avantage financier ou autre avantage matériel:

a) Au trafic illicite de migrants;

b) Lorsque les actes ont été commis afin de permettre le trafic illicite de migrants:

i) À la fabrication d'un document de voyage ou d'identité frauduleux;

ii) Au fait de procurer, de fournir ou de posséder un tel document;

c) Au fait de permettre à une personne, qui n'est ni un ressortissant ni un résident permanent, de demeurer dans l'État concerné, sans satisfaire aux conditions nécessaires au séjour légal dans ledit État, par les moyens mentionnés à l'alinéa *b* du présent paragraphe ou par tous autres moyens illégaux.

2. Chaque État Partie adopte également les mesures législatives et autres nécessaires pour conférer le caractère d'infraction pénale:

a) Sous réserve des concepts fondamentaux de son système juridique, au fait de tenter de commettre une infraction établie conformément au paragraphe 1 du présent article;

b) Au fait de se rendre complice d'une infraction établie conformément à l'alinéa *a*, à l'alinéa *b* i) ou à l'alinéa *c* du paragraphe 1 du présent article et, sous réserve des concepts fondamentaux de son système juridique, au fait de se rendre complice d'une infraction établie conformément à l'alinéa *b* ii) du paragraphe 1 du présent article;

c) Au fait d'organiser la commission d'une infraction établie conformément au paragraphe 1 du présent article ou de donner des instructions à d'autres personnes pour qu'elles la commettent.

3. Chaque État Partie adopte les mesures législatives et autres nécessaires pour conférer le caractère de circonstance aggravante des infractions établies conformément aux alinéas *a*, *b* i) et *c* du paragraphe 1 du présent article et, sous réserve des concepts fondamentaux de son système juridique, des infractions établies conformément aux alinéas *b* et *c* du paragraphe 2 du présent article:

a) Au fait de mettre en danger ou de risquer de mettre en danger la vie ou la sécurité des migrants concernés; ou

b) Au traitement inhumain ou dégradant de ces migrants, y compris pour l'exploitation.

. Aucune disposition du présent Protocole n'empêche un État Partie de prendre des mesures contre une personne dont les actes constituent, dans son droit interne, une infraction.

II. Trafic illicite de migrants par mer

Article 7

Coopération

Les États Parties coopèrent dans toute la mesure possible en vue de prévenir et de réprimer le trafic illicite de migrants par mer, conformément au droit international de la mer.

Article 8

Mesures contre le trafic illicite de migrants par mer

1. Un État Partie qui a des motifs raisonnables de soupçonner qu'un navire battant son pavillon ou se prévalant de l'immatriculation sur son registre, sans nationalité, ou possédant en réalité la nationalité de l'État Partie en question bien qu'il batte un pavillon étranger ou refuse d'arborer son pavillon, se livre au trafic illicite de migrants par mer peut demander à d'autres États Parties de l'aider à mettre fin à l'utilisation dudit navire dans ce but. Les États Parties ainsi requis fournissent cette assistance dans la mesure du possible compte tenu des moyens dont ils disposent.

2. Un État Partie qui a des motifs raisonnables de soupçonner qu'un navire exerçant la liberté de navigation conformément au droit international et battant le pavillon ou portant les marques d'immatriculation d'un autre État Partie se livre au trafic illicite de migrants par mer peut le notifier à l'État du pavillon, demander confirmation de l'immatriculation et, si celle-ci est confirmée, demander l'autorisation à cet État de prendre les mesures appropriées à l'égard de ce navire. L'État du pavillon peut notamment autoriser l'État requérant à:

a) Arraisonner le navire;

b) Visiter le navire; et

c) S'il trouve des preuves que le navire se livre au trafic illicite de migrants par mer, prendre les mesures appropriées à l'égard du navire, des personnes et de la cargaison à bord, ainsi que l'État du pavillon l'a autorisé à le faire.

3. Un État Partie qui a pris une des mesures conformément au paragraphe 2 du présent article informe sans retard l'État du pavillon concerné des résultats de cette mesure.

4. Un État Partie répond sans retard à une demande que lui adresse un autre État Partie en vue de déterminer si un navire qui se prévaut de l'immatriculation sur son registre ou qui bat son pavillon y est habilité, ainsi qu'à une demande d'autorisation présentée conformément au paragraphe 2 du présent article.

5. Un État du pavillon peut, dans la mesure compatible avec l'article 7 du présent Protocole, subordonner son autorisation à des conditions arrêtées d'un commun accord entre lui et l'État requérant, notamment en ce qui concerne la responsabilité et la portée des mesures effectives à prendre. Un État Partie ne prend aucune mesure supplémentaire sans l'autorisation expresse de l'État du pavillon, à l'exception de celles qui sont nécessaires pour écarter un danger imminent pour la vie des personnes ou de celles qui résultent d'accords bilatéraux ou multilatéraux pertinents.

6. Chaque État Partie désigne une ou, s'il y a lieu, plusieurs autorités habilitées à recevoir les demandes d'assistance, de confirmation de l'immatriculation sur son registre ou du droit de battre son pavillon, ainsi que les demandes d'autorisation de prendre les mesures appropriées et à y répondre. Le Secrétaire général notifie à tous les autres États Parties l'autorité désignée par chacun d'eux dans le mois qui suit cette désignation.

7. Un État Partie qui a des motifs raisonnables de soupçonner qu'un navire se livre au trafic illicite de migrants par mer et que ce navire est sans nationalité ou peut être assimilé à un navire sans nationalité peut l'arraisonner et le visiter. Si les soupçons sont confirmés par des preuves, cet État Partie prend les mesures appropriées conformément au droit interne et au droit international pertinents.

Article 9

Clauses de protection

1. Lorsqu'il prend des mesures à l'encontre d'un navire conformément à l'article 8 du présent Protocole, un État Partie:

- a) Veille à la sécurité et au traitement humain des personnes à bord;
- b) Tient dûment compte de la nécessité de ne pas compromettre la sécurité du navire ou de sa cargaison;
- c) Tient dûment compte de la nécessité de ne pas porter préjudice aux intérêts commerciaux ou aux droits de l'État du pavillon ou de tout autre État intéressé;
- d) Veille, selon ses moyens, à ce que toute mesure prise à l'égard du navire soit écologiquement rationnelle.

2. Lorsque les motifs des mesures prises en application de l'article 8 du présent Protocole se révèlent dénués de fondement, le navire est indemnisé de toute perte ou de tout dommage éventuel, à condition qu'il n'ait commis aucun acte justifiant les mesures prises.

3

. Lorsqu'une mesure est prise, adoptée ou appliquée conformément au présent chapitre, il est tenu dûment compte de la nécessité de ne pas affecter ni entraver:

- a) Les droits et obligations des États côtiers et l'exercice de leur compétence conformément au droit international de la mer; ou
- b) Le pouvoir de l'État du pavillon d'exercer sa compétence et son contrôle
pour les questions d'ordre administratif, technique et social concernant le navire.

4. Toute mesure prise en mer en application du présent chapitre est exécutée uniquement par des navires de guerre ou des aéronefs militaires, ou d'autres navires ou aéronefs à ce dûment habilités, portant visiblement une marque extérieure et identifiables comme étant au service de l'État.

III. Prévention, coopération et autres mesures

Article 10

Information

1. Sans préjudice des articles 27 et 28 de la Convention, les États Parties, en particulier ceux qui ont des frontières communes ou sont situés sur des itinéraires empruntés pour le trafic illicite de migrants, pour atteindre

les objectifs du présent Protocole, échangent, conformément à leurs systèmes juridiques et administratifs respectifs, des informations pertinentes concernant notamment:

- a) Les points d'embarquement et de destination ainsi que les itinéraires, les transporteurs et les moyens de transport dont on sait ou dont on soupçonne qu'ils sont utilisés par un groupe criminel organisé commettant les actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole;
- b) L'identité et les méthodes des organisations ou groupes criminels organisés dont on sait ou dont on soupçonne qu'ils commettent les actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole;
- c) L'authenticité et les caractéristiques des documents de voyage délivrés par un État Partie, ainsi que le vol de documents de voyage ou d'identité vierges ou l'usage impropre qui en est fait;
- d) Les moyens et méthodes de dissimulation et de transport des personnes, la modification, la reproduction ou l'acquisition illicites ou tout autre usage impropre de documents de voyage ou d'identité utilisés dans les actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole, et les moyens de les détecter;
- e) Les données d'expérience d'ordre législatif ainsi que les pratiques et mesures tendant à prévenir et à combattre les actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole; et
- f) Des questions scientifiques et techniques présentant une utilité pour la détection et la répression, afin de renforcer mutuellement leur capacité à prévenir et détecter les actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole, à mener des enquêtes sur ces actes et à en poursuivre les auteurs.

2. Un État Partie qui reçoit des informations se conforme à toute demande de l'État Partie qui les a communiquées soumettant leur usage à des restrictions.

Article 11

Mesures aux frontières

1. Sans préjudice des engagements internationaux relatifs à la libre circulation des personnes, les États Parties renforcent, dans la mesure du possible, les contrôles aux frontières nécessaires pour prévenir et détecter le trafic illicite de migrants.
2. Chaque État Partie adopte les mesures législatives ou autres appropriées pour prévenir, dans la mesure du possible, l'utilisation des moyens de transport exploités par des transporteurs commerciaux pour la commission de l'infraction établie conformément à l'alinéa a du paragraphe 1 de l'article 6 du présent Protocole.
3. Lorsqu'il y a lieu, et sans préjudice des conventions internationales applicables, ces mesures consistent notamment à prévoir l'obligation pour les transporteurs commerciaux, y compris toute compagnie de transport ou tout propriétaire ou exploitant d'un quelconque moyen de transport, de vérifier que tous les passagers sont en possession des documents de voyage requis pour l'entrée dans l'État d'accueil.
4. Chaque État Partie prend les mesures nécessaires, conformément à son droit interne, pour assortir de sanctions l'obligation énoncée au paragraphe 3 du présent article.
5. Chaque État Partie envisage de prendre des mesures qui permettent, conformément à son droit interne, de refuser l'entrée de personnes impliquées dans la commission des infractions établies conformément au présent Protocole ou d'annuler leur visa.
6. Sans préjudice de l'article 27 de la Convention, les États Parties envisagent de renforcer la coopération entre leurs services de contrôle aux frontières, notamment par l'établissement et le maintien de voies de communication directes.

Article 12

Sécurité et contrôle des documents

Chaque État Partie prend les mesures nécessaires, selon les moyens disponibles:

a) Pour faire en sorte que les documents de voyage ou d'identité qu'il délivre soient d'une qualité telle qu'on ne puisse facilement en faire un usage impropre et les falsifier ou les modifier, les reproduire ou les délivrer illicitement; et

b) Pour assurer l'intégrité et la sécurité des documents de voyage ou d'identité délivrés par lui ou en son nom et pour empêcher qu'ils ne soient créés, délivrés et utilisés illicitement.

Article 13

Légitimité et validité des documents

À la demande d'un autre État Partie, un État Partie vérifie, conformément à son droit interne et dans un délai raisonnable, la légitimité et la validité des documents de voyage ou d'identité délivrés ou censés avoir été délivrés en son nom et dont on soupçonne qu'ils sont utilisés pour commettre les actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole.

Article 14

Formation et coopération technique

1. Les États Parties assurent ou renforcent la formation spécialisée des agents des services d'immigration et autres agents compétents à la prévention des actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole et au traitement humain des migrants objet de tels actes, ainsi qu'au respect des droits qui leur sont reconnus dans le présent Protocole.

2. Les États Parties coopèrent entre eux et avec les organisations internationales, les organisations non gouvernementales et les autres organisations compétentes ainsi qu'avec d'autres éléments de la société civile, selon qu'il convient, pour assurer une formation adéquate des personnels sur leur territoire, en vue de prévenir, de combattre et d'éradiquer les actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole et de protéger les droits des migrants objet de tels actes. Cette formation porte notamment sur:

a) L'amélioration de la sécurité et de la qualité des documents de voyage;

b) La reconnaissance et la détection des documents de voyage ou d'identité frauduleux;

c) Les activités de renseignement à caractère pénal, en particulier ce qui touche à l'identification des groupes criminels organisés dont on sait ou dont on soupçonne qu'ils commettent les actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole, aux méthodes employées pour transporter les migrants objet d'un trafic illicite, à l'usage impropre de documents de voyage ou d'identité pour commettre les actes énoncés à l'article 6 et aux moyens de dissimulation utilisés dans le trafic illicite de migrants;

d) L'amélioration des procédures de détection, aux points d'entrée et de sortie traditionnels et non traditionnels, des migrants objet d'un trafic illicite; et

e) Le traitement humain des migrants et la protection des droits qui leur sont reconnus dans le présent Protocole.

3. Les États Parties ayant l'expertise appropriée envisagent d'apporter une assistance technique aux États qui sont fréquemment des pays d'origine ou de transit pour les personnes ayant été l'objet des actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole. Les États Parties font tout leur possible pour fournir les ressources nécessaires, telles que véhicules, systèmes informatiques et lecteurs de documents, afin de combattre les actes énoncés à l'article 6.

Article 15

Autres mesures de prévention

1. Chaque État Partie prend des mesures visant à mettre en place ou renforcer des programmes d'information pour sensibiliser le public au fait que les actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole constituent une activité criminelle fréquemment perpétrée par des groupes criminels organisés afin d'en tirer un profit et qu'ils font courir de graves risques aux migrants concernés.

2. Conformément à l'article 31 de la Convention, les États Parties coopèrent dans le domaine de l'information afin d'empêcher que les migrants potentiels ne deviennent victimes de groupes criminels organisés.

3. Chaque État Partie promeut ou renforce, selon qu'il convient, des programmes de développement et une coopération aux niveaux national, régional et international, en tenant compte des réalités socioéconomiques des migrations, et en accordant une attention particulière aux zones économiquement et socialement défavorisées, afin de s'attaquer aux causes socioéconomiques profondes du trafic illicite de migrants, telles que la pauvreté et le sous-développement.

Article 16

Mesures de protection et d'assistance

1. Lorsqu'il applique le présent Protocole, chaque État Partie prend, conformément aux obligations qu'il a contractées en vertu du droit international, toutes les mesures appropriées, y compris, s'il y a lieu, des mesures législatives, pour sauvegarder et protéger les droits des personnes qui ont été l'objet des actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole, tels que ces droits leur sont accordés en vertu du droit international applicable, en particulier le droit à la vie et le droit de ne pas être soumis à la torture ou à d'autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants.

2. Chaque État Partie prend les mesures appropriées pour accorder aux migrants une protection adéquate contre toute violence pouvant leur être infligée, aussi bien par des personnes que par des groupes, du fait qu'ils ont été l'objet des actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole. 3. Chaque État Partie accorde une assistance appropriée aux migrants dont la vie ou la sécurité sont mises en danger par le fait qu'ils ont été l'objet des actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole.

4. Lorsqu'ils appliquent les dispositions du présent article, les États Parties tiennent compte des besoins particuliers des femmes et des enfants.

5. En cas de détention d'une personne qui a été l'objet des actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole, chaque État Partie respecte les obligations qu'il a contractées en vertu de la Convention de Vienne sur les relations consulaires, dans les cas applicables, y compris l'obligation d'informer sans retard la personne concernée des dispositions relatives à la notification aux fonctionnaires consulaires et à la communication avec ces derniers.

Article 17

Accords et arrangements

Les États Parties envisagent la conclusion d'accords bilatéraux ou régionaux, d'arrangements opérationnels ou d'ententes visant à:

- a) Établir les mesures les plus appropriées et efficaces pour prévenir et combattre les actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole; ou
- b) Développer les dispositions du présent Protocole entre eux.

Article 18

Retour des migrants objet d'un trafic illicite

1. Chaque État Partie consent à faciliter et à accepter, sans retard injustifié ou déraisonnable, le retour d'une personne qui a été l'objet d'un acte énoncé à l'article 6 du présent Protocole et qui est son ressortissant ou a le droit de résider à titre permanent sur son territoire au moment du retour.

2. Chaque État Partie étudie la possibilité de faciliter et d'accepter, conformément à son droit interne, le retour d'une personne qui a été l'objet d'un acte énoncé à l'article 6 du présent Protocole et qui avait le droit de résider à titre permanent sur son territoire au moment de l'entrée de ladite personne sur le territoire de l'État d'accueil.

3. À la demande de l'État Partie d'accueil, un État Partie requis vérifie, sans retard injustifié ou déraisonnable, si une personne qui a été l'objet d'un acte énoncé à l'article 6 du présent Protocole est son ressortissant ou a le droit de résider à titre permanent sur son territoire.

4. Afin de faciliter le retour d'une personne ayant été l'objet d'un acte énoncé à l'article 6 du présent Protocole et ne possédant pas les documents voulus, l'État Partie dont cette personne est ressortissante ou dans lequel elle a le droit de résider à titre permanent accepte de délivrer, à la demande de l'État Partie d'accueil, les documents de

voyage ou toute autre autorisation nécessaires pour permettre à la personne de se rendre et d'être réadmise sur son territoire.

5. Chaque État Partie concerné par le retour d'une personne qui a été l'objet d'un acte énoncé à l'article 6 du présent Protocole prend toutes les mesures appropriées pour organiser ce retour de manière ordonnée et en tenant dûment compte de la sécurité et de la dignité de la personne.

6. Les États Parties peuvent coopérer avec les organisations internationales compétentes pour l'application du présent article.

7. Le présent article s'entend sans préjudice de tout droit accordé par toute loi de l'État Partie d'accueil aux personnes qui ont été l'objet d'un acte énoncé à l'article 6 du présent Protocole.

8. Le présent article n'a pas d'incidences sur les obligations contractées en vertu de tout autre traité bilatéral ou multilatéral applicable ou de tout autre accord ou arrangement opérationnel applicable régissant, en totalité ou en partie, le retour des personnes qui ont été l'objet d'un acte énoncé à l'article 6 du présent Protocole.

IV. Dispositions finales

Article 19

Clause de sauvegarde

1. Aucune disposition du présent Protocole n'a d'incidences sur les autres droits, obligations et responsabilités des États et des particuliers en vertu du droit international, y compris du droit international humanitaire et du droit international relatif aux droits de l'homme et en particulier, lorsqu'ils s'appliquent, de la Convention de 1951³ et du Protocole de 1967⁴ relatifs au statut des réfugiés ainsi que du principe de non-refoulement qui y est énoncé.

2. Les mesures énoncées dans le présent Protocole sont interprétées et appliquées d'une façon telle que les personnes ne font pas l'objet d'une discrimination au motif qu'elles sont l'objet des actes énoncés à l'article 6 du présent Protocole. L'interprétation et l'application de ces mesures sont conformes aux principes de non-discrimination internationalement reconnus.

Article 20

Règlement des différends

1. Les États Parties s'efforcent de régler les différends concernant l'interprétation ou l'application du présent Protocole par voie de négociation.

2. Tout différend entre deux États Parties ou plus concernant l'interprétation ou l'application du présent Protocole qui ne peut être réglé par voie de négociation dans un délai raisonnable est, à la demande de l'un de ces États Parties, soumis à l'arbitrage. Si, dans un délai de six mois à compter de la date de la demande d'arbitrage, les États Parties ne peuvent s'entendre sur l'organisation de l'arbitrage, l'un quelconque d'entre eux peut soumettre le différend à la Cour internationale de Justice en adressant une requête conformément au Statut de la Cour.

3. Chaque État Partie peut, au moment de la signature, de la ratification, de l'acceptation ou de l'approbation du présent Protocole ou de l'adhésion à celui-ci, déclarer qu'il ne se considère pas lié par le paragraphe 2 du présent article. Les autres États Parties ne sont pas liés par le paragraphe 2 du présent article envers tout État Partie ayant émis une telle réserve.

4. Tout État Partie qui a émis une réserve en vertu du paragraphe 3 du présent article peut la retirer à tout moment en adressant une notification au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 21

Signature, ratification, acceptation, approbation et adhésion

1. Le présent Protocole sera ouvert à la signature de tous les États du 12 au 15 décembre 2000 à Palerme (Italie) et, par la suite, au Siège de l'Organisation des Nations Unies, à New York, jusqu'au 12 décembre 2002.

2. Le présent Protocole est également ouvert à la signature des organisations régionales d'intégration économique à la condition qu'au moins un État membre d'une telle organisation ait signé le présent Protocole conformément au paragraphe 1 du présent article.

3. Le présent Protocole est soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Une organisation régionale d'intégration économique peut déposer ses instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation si au moins un de ses États membres l'a fait. Dans cet instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, cette organisation déclare l'étendue de sa compétence concernant les questions régies par le présent Protocole. Elle informe également le dépositaire de toute modification pertinente de l'étendue de sa compétence.

4. Le présent Protocole est ouvert à l'adhésion de tout État ou de toute organisation régionale d'intégration économique dont au moins un État membre est Partie au présent Protocole. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Au moment de son adhésion, une organisation régionale d'intégration économique déclare l'étendue de sa compétence concernant les questions régies par le présent Protocole. Elle informe également le dépositaire de toute modification pertinente de l'étendue de sa compétence.

Article 22

Entrée en vigueur

1. Le présent Protocole entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la date de dépôt du quarantième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, étant entendu qu'il n'entrera pas en vigueur avant que la Convention n'entre elle-même en vigueur. Aux fins du présent paragraphe, aucun des instruments déposés par une organisation régionale d'intégration économique n'est considéré comme un instrument venant s'ajouter aux instruments déjà déposés par les États membres de cette organisation.

2. Pour chaque État ou organisation régionale d'intégration économique qui ratifiera, acceptera ou approuvera le présent Protocole ou y adhérera après le dépôt du quarantième instrument pertinent, le présent Protocole entrera en vigueur le trentième jour suivant la date de dépôt de l'instrument pertinent par ledit État ou ladite organisation ou à la date à laquelle il entre en vigueur en application du paragraphe 1 du présent article, si celle-ci est postérieure.

Article 23

Amendement

1. À l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de l'entrée en vigueur du présent Protocole, un État Partie au Protocole peut proposer un amendement et en déposer le texte auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Ce dernier communique alors la proposition d'amendement aux États Parties et à la Conférence des Parties à la Convention en vue de l'examen de la proposition et de l'adoption d'une décision. Les États Parties au présent Protocole réunis en Conférence des Parties n'épargnent aucun effort pour parvenir à un consensus sur tout amendement. Si tous les efforts en ce sens ont été épuisés sans qu'un accord soit intervenu, il faudra, en dernier recours, pour que l'amendement soit adopté, un vote à la majorité des deux tiers des États Parties au présent Protocole présents à la Conférence des Parties et exprimant leur vote.

2. Les organisations régionales d'intégration économique disposent, pour exercer, en vertu du présent article, leur droit de vote dans les domaines qui relèvent de leur compétence, d'un nombre de voix égal au nombre de leurs États membres Parties au présent Protocole. Elles n'exercent pas leur droit de vote si leurs États membres exercent le leur, et inversement.

3. Un amendement adopté conformément au paragraphe 1 du présent article est soumis à ratification, acceptation ou approbation des États Parties.

4. Un amendement adopté conformément au paragraphe 1 du présent article entrera en vigueur pour un État Partie quatre-vingt-dix jours après la date de dépôt par ledit État Partie auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies d'un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation dudit amendement.

5. Un amendement entré en vigueur a force obligatoire à l'égard des États Parties qui ont exprimé leur consentement à être liés par lui. Les autres États Parties restent liés par les dispositions du présent Protocole et tous amendements antérieurs qu'ils ont ratifiés, acceptés ou approuvés.

*Article 24**Dénonciation*

1. Un État Partie peut dénoncer le présent Protocole par notification écrite adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Une telle dénonciation prend effet un an après la date de réception de la notification par le Secrétaire général.
2. Une organisation régionale d'intégration économique cesse d'être Partie au présent Protocole lorsque tous ses États membres l'ont dénoncé.

*Article 25**Dépositaire et langues*

1. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies est le dépositaire du présent Protocole.
2. L'original du présent Protocole, dont les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés, à ce dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent Protocole.

